

HAMBURGER BEITRÄGE

zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik

Jahresbericht 1994

Heft 88
Hamburg, April 1995

Impressum

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg besteht seit dem Juni 1971 und ist eine unabhängige Einrichtung in Form einer Stiftung des Bürgerlichen Rechts. Laut Satzung ist es Zweck der Institutsarbeit "sich im Rahmen der Friedensforschung speziell mit sicherheitspolitischen Problemen zu befassen und dabei die Kriterien von freier Forschung und Lehre, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und Publizierung der Forschungsergebnisse zu erfüllen". Im Sinne dieser Aufgaben gibt das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik die Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik heraus.

Die Hamburger Beiträge erscheinen in unregelmäßiger Folge. Für Inhalt und Aussage der Beiträge sind jeweils die entsprechenden Autoren verantwortlich.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des IFSH.

Bestellungen können nur in begrenztem Umfang angenommen werden. Anfragen sind zu richten an:

Institut für Friedensforschung
und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg
Falkenstein 1
D – 22587 Hamburg
Tel.: 040 / 86 90 54 - 56

Redaktion: Susanne Bund

ISSN 0936 – 0018 ISSN 0936 – 0026

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort	5
1.1. Direktorenwechsel im IFSH - Dank an Egon Bahr	8
2. Zur Arbeit des IFSH 1994	12
2.1. Arbeitsschwerpunkte	13
2.1.1. Weltinnenpolitik	13
2.1.2. GUS/Osteuropa	19
2.1.3. ESG	22
2.1.4. OSZE-Jahrbuch	26
2.2. Tagungen	31
2.2.1. Internationale Tagung "Die Bedeutung des Peacekeeping für die Sicherheit Europas"	31
2.2.2. Workshop der AG "GUS und europäische Sicherheit" in Moskau	33
2.2.3. Europäische Sicherheit und deutsche Außenpolitik - Internationale Expertenkonferenz in Groningen	36
2.2.4. Wirken und Wirkung von Graf Baudissin	38
2.3. Expertisen	42
2.3.1. Bundestagsanhörung	42
2.3.2. TAB	43
2.4. Friedensgutachten 1994	44
2.5. Öffentlichkeitsarbeit	46
2.6. Die Arbeit der Pädagogin	48
2.7. Lehrtätigkeit	49
2.8. Personalialia	50
2.8.1. Direktorenwechsel	50
2.8.2. Weitere Personalialia	51
2.8.3. Nachwuchsförderung	54
2.8.4. Praktika	55
2.9. Drittmittel und sonstige Finanzierungen	56
2.10. Sonstiges	58
3. Forschungsprojekte	61
4. Veröffentlichungen	99

5. Anhang	116
5.1. Interdisziplinäre Arbeitsgruppe "Naturwissenschaftler und internationale Sicherheit"	116
5.2. Reihenübersicht	117
5.3. Kontakte des IFSH (Auswahl)	120
5.4. Resonanz auf die Arbeit des IFSH (Auswahl)	124

1. Vorwort

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) wurde im Sommer 1971 als Stiftung bürgerlichen Rechts gegründet. Stiftungsträgerin ist die Freie und Hansestadt Hamburg, vertreten durch die Behörde für Wissenschaft und Forschung. Die Organe des Instituts sind: Stiftungsvorstand, Kuratorium, Wissenschaftlicher Beirat und Institutsrat. Stiftungsvorstand ist der jeweilige wissenschaftliche Direktor.

Das Themenspektrum der Friedensforschung ist außerordentlich breit. Es findet in der Satzung des IFSH und im Namen des Instituts insofern eine Einschränkung, als der Schwerpunkt der Institutsarbeit bei friedenswissenschaftlichen Fragestellungen mit sicherheitspolitischen Bezügen liegen soll. Entsprechend standen im Mittelpunkt der Institutsprojekte der vergangenen Jahre Probleme der militärischen Kräfteverhältnisse und der Kooperativen Rüstungssteuerung (arms control), Themen wie Rüstungsdynamik, Kriegsgefahr und Rüstungskonversion, die Suche nach sicherheitspolitischen Alternativen, aber auch Fragen ökonomischer und ökologischer Aspekte von Sicherheit sowie Konzepte einer Neuen Europäischen Friedensordnung (NEFO) und eines Systems Kollektiver Sicherheit in und für Europa (SKSE).

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre arbeitete ein Teil der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Instituts vorrangig an einer Konkretisierung des Konzepts Gemeinsamer Sicherheit (GS). In den letzten Jahren gehörten hierzu auch Fragen der "Konventionellen Stabilität" und der "Strukturellen Angriffsunfähigkeit" unter besonderer Berücksichtigung auch der Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE).

Seit 1989 beteiligt sich das IFSH an der Diskussion der revolutionären Umbrüche in den Staaten Mittel- und Osteuropas. Der Bereich Rußland/Osteuropa und Gesamteuropäische Integration ist mittlerweile einer der Schwerpunkte der Institutsarbeit. Seit 1992 arbeitet ein Teil der Institutsmitarbeiter und -mitarbeiterinnen darüber hinaus an einem Konzept einer Europäischen Sicherheitsgemeinschaft (ESG), in das u.a. die Vorarbeiten des Instituts zu einem System Kollektiver Sicherheit und die Resultate der Diskussion Gemeinsamer Sicherheit weitgehend einfließen.

Ben. In diesem Zusammenhang zu sehen sind auch die Arbeiten des IFSH zur Rolle internationaler Organisationen, vor allem von UNO und OSZE sowie zum "Einsatz von Blauhelmen" (Peacekeeping).

Seit 1993 schließlich diskutiert das Institut im Rahmen eines neuen interdisziplinären Forschungsschwerpunktes eine Reihe globaler Risiken, Gefahren, Bedrohungen nicht-militärischer Art und ihre Rückwirkungen auf Frieden und Sicherheit. Der neue Forschungsschwerpunkt läßt sich vorläufig mit dem Arbeitstitel "Weltinnenpolitik" und dem Grundgesetzauftrag "... dem Frieden dienen" zusammenfassen.

Die Ergebnisse der Institutsarbeit werden in einer Vielzahl von Schriften publiziert. Ein Großteil der Buchpublikationen erscheint in der Schriftenreihe Demokratie, Sicherheit, Frieden (vormals: Militär, Rüstung, Sicherheit), ein Teil der Aufsätze in der Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F).

Das IFSH selbst gibt vier Reihen heraus: Die "Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik" richten sich eher an einen fachwissenschaftlichen Adressatenkreis; die "Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik" sind dagegen für eine breitere Öffentlichkeit gedacht; die "Pädagogischen Informationen" schließlich sind auf die schulische und außerschulische Bildungsarbeit ausgerichtet. Ergänzt werden diese drei Veröffentlichungsreihen seit 1991 durch den Rundbrief "IFSH-aktuell". IFSH-aktuell soll die interessierte Öffentlichkeit in knapper Form über neue Projekte, Veranstaltungen, aktuelle Stellungnahmen, Besucher und Veröffentlichungen des Instituts informieren. Alle vier IFSH-Reihen bzw. deren Veröffentlichungen sind - soweit vorrätig - kostenlos erhältlich.

Neben den Reihen gibt das Institut seit 1987 zusammen mit zwei weiteren Einrichtungen alljährlich das "Friedensgutachten" heraus. Seit 1994 schließlich ist das IFSH mit der Aufgabe betraut, das Jahrbuch der OSZE, als das Jahrbuch zur Arbeit der 53 Staaten, die sich in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zusammengeschlossen haben, herauszugeben.

Die Ergebnisse des Instituts werden jedoch nicht nur schriftlich vorgelegt. Das IFSH bemüht sich vielmehr durch ständige Kooperation und

eine Vielzahl von Diskussionen sowie über verschiedene Formen der Öffentlichkeitsarbeit nicht nur um die Vermittlung seiner Ergebnisse an andere in- und ausländische Institute und Fachexperten, sondern auch um ihre Umsetzung in Politik, Exekutive, Medien und Bildungseinrichtungen. Daneben nehmen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Instituts (teilweise in ständiger Lehrtätigkeit) seit 1971 Lehraufträge an der Universität Hamburg, an der Universität der Bundeswehr Hamburg und anderen Hochschulen innerhalb und außerhalb Hamburgs wahr.

Zu den Serviceleistungen für die Öffentlichkeit gehören ferner die Bibliothek und die Dokumentation des Instituts. Beide sind öffentlich zugänglich. In ihnen stehen annähernd 19 000 Bände, ca. 140 laufend geführte Zeitschriften und das ausgewertete Material aus etwa zwei Dutzend in- und ausländischen Zeitungen sowie Presse- und Informationsdiensten zur Verfügung.

Am IFSH sind in der Regel etwa 30 wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen tätig, darunter auch ausländische Fellows, abgeordnete Offiziere des Bundesministeriums der Verteidigung sowie Beamte des Auswärtigen Amtes und Pädagogen und Pädagoginnen der Schulbehörde. Wie bereits diese Aufzählung zeigt, findet das Institut Hilfe und Unterstützung bei einer Vielzahl von Personen und Institutionen. Die Hauptlast der Finanzierung ruht aber zweifelsohne bei der Stiftungsträgerin, der Freien und Hansestadt Hamburg. Ihr, bzw. ihren Bürgerinnen und Bürgern, gilt deshalb unser besonderer Dank.

Hamburg, Januar 1995

Dieter S. Lutz

1.1. Direktorenwechsel am IFSH - Dank an Egon Bahr

Ende Mai 1994 schied Prof. Egon Bahr auf eigenen Wunsch aus seinem Amt als Direktor und Stiftungsvorstand des IFSH aus. Zu seinem Nachfolger wurde Dr. Dr. Dieter S. Lutz vom Präses der Behörde für Wissenschaft und Forschung auf einstimmigen Beschluß des Kuratoriums des IFSH berufen (siehe auch noch Abschn. 2.8.1).

Egon Bahr hat das Institut zehn Jahre lang geleitet. Das IFSH und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ihm hierfür in Dankbarkeit verbunden.

Die nachfolgend abgedruckte Ansprache hielt der Erste Bürgermeister Dr. Henning Voscherau am 11. November 1994 anläßlich eines Senatsempfangs für Egon Bahr. Die weiteren Textpassagen sind dem Vorwort der Festschrift für Egon Bahr zum siebzigsten Geburtstag 1992 entnommen.

Bürgermeister Henning Voscherau verabschiedet Prof. Egon Bahr als Leiter des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik

"Unter Ihrer Leitung hat sich das Institut nach vorne entwickelt. Es hat Präsenz gewonnen - in der nationalen wie in der internationalen Fachdiskussion. Das gilt vor allem auch für den Forschungsschwerpunkt "Gemeinsame Sicherheit". Das Konzept, das Sie und Ihre Mitarbeiter erarbeitet haben, ist inzwischen ein allgemein akzeptierter und respektierter Ansatz.

Für Ihre Verdienste um die Friedensforschung, um den Wissenschaftsstandort Hamburg danke ich Ihnen im Namen des Senats, im Namen der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt herzlich. Hamburg hat von Ihrer wissenschaftlichen Arbeit großen Gewinn; nicht zu reden von Ihrer politischen Arbeit. Gerade wir in Hamburg profitieren von dem friedlichen Umbruch in Europa - und wir wissen: Sie sind einer dessen Väter.

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts war gelegentlich zu hören, nun sei Frieden gesichert. Schön wäre es, wenn es so wäre. Wir brauchen nur ein paar hundert Kilometer südlich zu schauen, um zu sehen, daß dem

aber nicht so ist. Im Gegenteil: Die Aufgaben für Friedens- und Sicherheitspolitik bleiben groß.

Die europäische, auch die deutsche Sicherheitspolitik muß sich die Frage gefallen lassen, ob sie die Chancen, die aus dem Ende des Ost-West-Konfliktes erwachsen sind, ergriffen hat. Fünf Jahre lang bereits gibt es die Chance dafür, ein regionales System kollektiver Sicherheit in und für Europa aufzubauen. Doch davon ist nichts zu sehen. Statt dessen zerfällt Europa noch immer in Teile ungleicher Sicherheit.

Friedliches Vertragen von Menschen ist nicht naturgegeben. Aber die Geschichte zeigt auch, daß Frieden durch Vernunft gewahrt werden kann. Der ewige Frieden bleibt Utopie - sagt Kant - wenn sich die Menschen nicht täglich aufs neue anstrengen, Frieden zu stiften. Das IFSH wird seinen Beitrag dazu leisten. Sie, lieber Herr Bahr, haben das Haus gut bestellt Ihrem Nachfolger übergeben. Wir danken Ihnen für zehn Jahre IFSH-Arbeit - und wünschen Sie uns weiterhin als den klugen Ratgeber, als den wir Sie kennen und schätzen."

Dieter S. Lutz, Das Udenkbare denken. Festschrift für Egon Bahr zum siebzigsten Geburtstag, Baden-Baden 1992, hier: Vorwort, Auszüge.

"... Will man Egon Bahrs Leistungen auch nur annähernd gerecht werden, so muß man ihn als einen ungewöhnlich vielseitigen Akteur der politischen Realität verstehen - einer Realität, die von ihm maßgeblich geprägt und erfolgreich mitgestaltet wurde. Die Ergebnisse z.B. seiner Verhandlungen zum "Moskauer Vertrag", zum Transit-Abkommen für Berlin sowie zum Verkehrsvertrag und zum Grundlagenvertrag mit der DDR in den Jahren nach 1966 sprechen für sich.

Zweifelsohne ist Egon Bahr ein *Praktiker* der Politik, sei es als Diplomat und Staatsmann, sei es als Journalist oder Abgeordneter. Zugleich weist ihn sein Lebensweg aber durchgängig als *Denker und Vordenker* aus - ein Widerspruch nur auf den ersten Blick. Für Bahr selbst sind "Denken" und "Machen" keine Gegensätze, sind Wissenschaft und Politik, Theorie und Praxis, ja auch Utopie und Alltag vielmehr die unauflöselichen Kehrseiten ein und derselben Medaille. Hier liegt auch der eigentliche Schlüssel seines ungewöhnlich hohen Erfolges: Seine Eigenschaft als Praktiker, d.h. sein Gespür für das politisch Machbare und seine

Sensibilität für das politisch Notwendige werden ergänzt durch seine Ausdauer als zäher Unterhändler hinter verschlossenen Türen und seine rhetorische Brillanz als Redner auf öffentlicher Bühne. Ihre tatsächliche Wirkung und Tiefe, Durchschlagskraft und Schärfe aber erfahren sie aus seinen Fähigkeiten zum logischen Denken und Vordenken mit sowohl wissenschaftlichem Anspruch als auch visionärer Kraft...

"Das Udenkbare denken" war und ist der an sich selbst gerichtete Anspruch Egon Bahrs, aber auch ein Ratschlag, mitunter auch eine Forderung an Mitarbeiter, Kollegen und Freunde - sei es in den 60er Jahren im Planungsstab des Auswärtigen Amtes, sei es in den 80er Jahren im Kreis der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des IFSH...

Die Rolle Egon Bahrs als analytischer und visionärer Denker und Vordenker für Wissenschaft und Politik ist spätestens seit den sogenannten Tutzinger Thesen von 1963 unbestritten. In diesen Thesen hat Bahr im Rahmen eines Vortrags in der Evangelischen Akademie Tutzing erstmals kühle Kalkulation gegen die bislang vorherrschenden Gefühle und Ideologien gesetzt und eine Politik des "Wandels durch Annäherung" im Interesse der betroffenen Menschen in Ost und West gefordert...

In den Jahren und Jahrzehnten nach der Tutzinger Rede sind Bahrs methodische Überlegungen praktische und parteiübergreifende Grundlagen der gesamten Ostpolitik geworden: Der Status quo wurde mit dem Ziel respektiert, das Verhältnis zueinander zu ordnen und zu verbessern. Wenn die Formel "Wandel durch Annäherung" aber umfassend sein wollte, dann mußte sie - entsprechend erweitert - auch für den existentiellen Bereich der Militär- und Sicherheitspolitik Gültigkeit besitzen. Bahr selbst hat Anfang der 80er Jahre diesen Gedanken als Idee der "Gemeinsamen Sicherheit" formuliert und in die sogenannte Palme-Kommission eingebracht...

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre war die Bahrsche Idee der Gemeinsamen Sicherheit zur sicherheitspolitischen Konzeption gereift und Gegenstand wissenschaftlicher und politischer Diskussionen in Ost und West. Hierzu gehörte auch die vielzitierte Überlegung Bahrs, die als "Anmerkung" in den Abschlußbericht der Palme-Kommission aufgenommen wurde: "Alle Atomwaffen werden aus den Staaten in Europa abge-

zogen, die nicht über sie verfügen". Aber mehr noch: Zu Ende der 80er Jahre war der Einfluß der Gemeinsamen Sicherheit auch auf die Praxis, insbesondere auf die sowjetische Sicherheits- und Abrüstungspolitik, unverkennbar.

Zu Beginn der 90er Jahre sind Bahrs "Träume der 60er Jahre" (Henry A. Kissinger) Wirklichkeit...

Egon Bahr umfassend würdigen zu wollen, hieße, ein Buch (oder mehrere) schreiben zu müssen. In dem Vorwort zu einer Festschrift kann hingegen - auch vom Herausgeber - nur das Wichtigste angesprochen, manches nur kurz angerissen werden. Vieles muß unerwähnt bleiben. Ein Aspekt allerdings liegt mir persönlich am Herzen; er soll nicht unausgesprochen bleiben.

Egon Bahr wird gemeinhin als nüchtern, distanziert, unterkühlt und eher emotionslos bezeichnet. Wer Egon Bahr kennt, weiß vom Gegenteil zu berichten. Egon Bahr ist leidenschaftlich und kraftvoll fröhlich, stets freundlich und besorgt, niemals zornig."

2. Zur Arbeit des IFSH 1994

Im Mittelpunkt der Institutsarbeit standen im Jahre 1994 zum einen erste Arbeiten im neuen interdisziplinären Forschungsschwerpunkt "Weltinnenpolitik" (vgl. Abschnitt 2.1.1), zum anderen die Analyse der Umbrüche und Konflikte in der GUS und in Osteuropa und deren Folgen (vgl. Abschnitt 2.1.2), ferner die Fortentwicklung des Konzeptes für ein System Kollektiver Sicherheit in und für Europa, der "Europäischen Sicherheitsgemeinschaft (ESG)" (vgl. Abschnitt 2.1.3), und schließlich die Erstellung von Studien zu aktuellen Problemen, z.B. zu den Kriegen im vormaligen Jugoslawien und in Tschetschenien sowie zum Einsatz der Bundeswehr "out of area". Darüber hinaus hat das IFSH mit den Vorbereitungen für ein OSZE-Jahrbuch begonnen, das 1995 - zum 20. Jahrestag der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte - erstmals erscheinen wird (vgl. Abschnitt 2.1.4). Genannt werden sollte auch die Ausrichtung und Durchführung von nationalen und internationalen Tagungen und Konferenzen (vgl. Abschnitte 2.2.1 bis 2.2.4), darunter zwei im Ausland (Moskau und Groningen).

Die Forschungsprojekte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Institutes werden im folgenden detailliert im Abschnitt 3 aufgeführt; die Ergebnisse der Forschungsarbeiten in Form von Veröffentlichungen werden in Abschnitt 4 und 5.2 aufgelistet. Die Breite der Tätigkeiten und Initiativen, aber auch die Unterschiedlichkeit der Kooperations- bzw. Adressatenkreise, die das Institut mit seiner Arbeit bzw. seinen Arbeitsergebnissen zu erreichen sucht, werden in den Abschnitten 2.1 ff. und im Anhang illustriert.

2.1. Arbeitsschwerpunkte

2.1.1. Weltinnenpolitik

Der Ost-West-Konflikt ist zu Ende. Der Kalte Krieg ist vorbei. Die revolutionären Umbrüche in den Staaten der vormaligen Warschauer Vertragsorganisation haben die ordnungs-, wirtschafts- und militärpolitische Landkarte Europas, ja der Welt, radikal verändert. Doch ist die Veränderung auch radikal genug? Gibt es nicht vielmehr grundlegende Gefahren, die der Menschheit weltweit und unabhängig vom vormaligen Ost-West-Gegensatz drohen? Welches sind diese Gefahren? Auf welchen Wegen und mit welchen Mitteln sind sie - bei Scheitern mit der möglichen Folge des Untergangs - zu beheben?

Diese und ähnliche Fragen standen in den vergangenen Monaten unter der Leitung von Dr. Dieter S. Lutz im Mittelpunkt ausführlicher Beratungen des Institutes. Zu den Problemdimensionen und den darin enthaltenen Konfliktmöglichkeiten, die von den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des IFSH diskutiert wurden, gehören u.a.:

- die militärische Dimension, darunter Fragen der Rüstung und Abrüstung ebenso wie die Probleme drohender und/oder aktueller Kriege;
- die ökonomische Dimension, darunter insbes. das Massenelend und die Massenarmut der sog. Dritten Welt;
- die ökologische Dimension, darunter der Raubbau an den Ressourcen ebenso wie die Vernichtung von Umwelt und Nachwelt;
- die technologische Dimension, darunter die Kosten für Reparaturmaßnahmen oder Effizienzsteigerungen ebenso wie die zivilen Risiken und der militärische Mißbrauch innovativer Technologien;
- die anthropologische Dimension, darunter die Folgen und Einwirkungen von Umwelt und Technologie auf den Menschen als "Person", insbes. aber die (schleichenden) Veränderungen des Menschen(bildes).

Im Ergebnis der Überlegungen kamen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH zu dem Schluß, daß das Institut weder den Versuch unternehmen sollte, sich auf lediglich einen dieser globalen Problemsektoren zu konzentrieren noch sich darauf beschränken sollte, nur problem-

übergreifend die Entwicklung analysierend zu begleiten. In Berücksichtigung des Satzungsauftrages und der Themenkontinuität der bisherigen Arbeitsschwerpunkte sollte das IFSH vielmehr die Möglichkeiten erforschen, wie Deutschland entsprechend seinem Verfassungsauftrag "dem Frieden in der Welt zu dienen", tätig werden kann, um zu einer Entwicklung beizutragen, in der zunehmend Gewalt zwischen und in Staaten verhindert wird, also die Entwicklung in die Richtung einer Weltinnenpolitik gefördert wird.

Als Folge dieser Überlegungen sollen Projekte, die bevorzugt Konflikte

- globaler Reichweite,
- wachsender Zukunftsbedeutung,
- lebens- und existenzbedrohenden Charakters
- und latenter Gewalttätigkeit

zum Gegenstand haben, im Mittelpunkt stehen. Generelles Forschungsziel ist die Prüfung bzw. Erarbeitung kooperativer Strategien der Problemlösung zwecks Konflikt- und Gewaltvorbeugung in besonderer Ausrichtung auf Handlungsoptionen der Bundesrepublik Deutschland.

Probleme und Themen des neuen Schwerpunktes wurden im Berichtszeitraum im Rahmen einer Reihe institutsinterner, aber auch institutsübergreifender interdisziplinärer Sitzungen diskutiert. Stellvertretend für die Teilnehmer der Beratungen seien genannt: Prof. Dr. Graßl, Klimatologe, Genf; Prof. Dr. Simonis, Wissenschaftszentrum Berlin; Prof. Dr. Reller, Chemiker, Hamburg. Zu den Ergebnissen der Diskussionen gehört u.a. die Problemzuspitzung der grenzüberschreitenden Gefahren auf Klimaaspekte, ferner der Fragen der Technologiefolgenabschätzung, auf Aspekte der Gentechnologie sowie die Identifizierung potentieller gewaltträchtiger Konfliktregionen, darunter insbesondere China. Zu den ersten Ergebnissen der Diskussion gehört auch die Anfertigung einer Reihe von Aufsätzen, u.a. die Erstellung zweier eher theoretischer Studien zur Weltinnenpolitik von Prof. Dr. Kurt Tudyka und Dr. Erwin Müller (siehe auch Abschnitt 4).

Prof. Kurt Tudyka unternimmt den Versuch, die Weltordnungs-Modelle der letzten Jahrhunderte in ihrer zeitlichen Abfolge wie in ihrer jeweiligen Charakteristik herauszuarbeiten, wobei den konkreten historisch-po-

litischen Umständen gemäß der Fokus der Analyse auf Europa als der damaligen weltpolitischen Metropole liegt. Er kommt zu dem Schluß, daß sich das Staatensystem von einem Zustand der unorganisierten anarchischen Selbsthilfepraxis mit hoher Konflikt- und Kriegsanfälligkeit mittlerweile zu einem höher organisierten Aggregatzustand hinentwickelt hat, dessen globale Steuerungskapazität in Gestalt internationaler Einrichtungen aber unzulänglich bleibt: Das internationale System ist weiterhin auf Mechanismen der Selbstregulierung angewiesen, die sein normgerechtes Funktionieren gravierend beeinträchtigen.

An diesem Punkt setzen die Studien von Dr. Erwin Müller an: Das ihnen vorgegebene Desiderat ist die Überführung überkommener Weltpolitik und Weltordnungspolitik in einen Zustand der Weltinnenpolitik, der die Garantie globaler Werte wie Frieden, Sicherheit, Entwicklung usw. auf innovativem Wege übernimmt, indem die mit den bekannten Defiziten behaftete Außenpolitik zwischen Staaten in eine Politik verwandelt wird, die nach den Maßstäben von Innenpolitik gestaltet wird. Da die Idee eines Weltstaats auf absehbare Zeit in das Reich der Utopie verwiesen werden muß, geht es dem Projekt in erster Linie darum, organisatorische Alternativen herauszuarbeiten, mit deren Hilfe eine Weltinnenpolitik (zumindest im weiteren Sinne) praktikierbar wäre, etwa in der Gestalt einer entscheidungsmächtigen internationalen bzw. supranationalen Organisation.

Entsprechend den Beratungen und Diskussionen hat der Institutsrat im Berichtszeitraum ein Forschungsprojekt (siehe Abschnitt 3, Projekt Neureither/Gießmann/Lutz) sowie sechs Expertisen zum neuen Forschungsschwerpunkt beschlossen. Drei der Expertisen sind ökologischen Problemen der Volksrepublik China gewidmet.

Mit "Politischen Initiativen und administrativen Maßnahmen der Behörden zur Kontrolle und Bewältigung der Umweltprobleme in der VR China" befaßt sich die Expertise von Prof. Dr. Yang Dawei, Peking. Analysiert werden die Umweltsituation im Kontext der Wirtschaftsentwicklung, Quellen und Struktur der Umweltprobleme sowie politische und administrative Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der Umweltverschmutzung. Als wichtigste ökologische Herausforderungen werden in der VR China der hohe Ressourcenverbrauch und die zunehmende -verknappung, die starke Belastung der Atmosphäre und der Luft

mit industriell verursachten Schadstoffen und die erkennbaren Auswirkungen globaler Klimaveränderungen auf die Landwirtschaft sowie die Tier- und Pflanzenwelt angesehen. Neben der Problemanalyse enthält die Studie einen Abriß der Programme, Gesetzesinitiativen und Maßnahmen der Regierung im Rahmen der nationalen "Agenda 21" in den Bereichen Planung, Landschaftsgestaltung, Familienpolitik, Umweltschutz, Bildung und Erziehung, Verwaltung, Energie- und Technologiepolitik. Der Verfasser verdeutlicht die Position der chinesischen Regierung über die Hauptverantwortung des industrialisierten Westens an den globalen Problemen der Unterentwicklung und der Umweltbelastung und reflektiert entsprechende Erwartungen zur uneigennützig internationalen Hilfeleistung bei der Überwindung technologischer Rückständigkeit in der Energie- und Umweltpolitik der Entwicklungsländer durch die Bereitstellung von mehr Kapital und den Transfer von moderner Technologie.

Die Studie von Marion Hinte (derzeit Bangkok) "Internationale Imperative und nationale Restriktionen in der Energiepolitik der VR China" befaßt sich mit der Energiepolitik Chinas unter besonderer Berücksichtigung von Energieverbrauch und Kohlendioxid-Emissionen. Mit mehr als zwei Milliarden Tonnen nehmen die CO₂-Emissionen der VR China in absoluten Zahlen einen Spitzenplatz in der Welt ein. Mit etwa 75 Prozent stellt Kohle den wichtigsten Anteil am gegenwärtigen Energieverbrauch des Landes. Als Hauptursachen für CO₂-induzierte Umweltbelastungen in der VR China werde eine unterdurchschnittliche Energienutzungsrate und technologische Rückständigkeit herausgehoben. Unter diesen Vorzeichen werden die Einsparung von Energie durch höhere Effizienz, die Einführung ressourcenschonender Technologien in der Wirtschaft und die stärkere Auslastung regenerativer Energieträger ein zwingendes Erfordernis für die Erhaltung bzw. geringere Schädigung der Umwelt. Die Expertise beschreibt nationale bzw. internationale Handlungsoptionen zur schrittweisen Verringerung bzw. zur Dämpfung des Zuwachses der Emissionen von Kohlendioxid in der VR China.

Die dritte Expertise mit dem Titel "Modernisierung in der VR China: Neue Konfliktpotentiale und immanente sowie globale Regelungsmechanismen" von Dr. Thomas Kiefer, Hamburg, behandelt, ausgehend vom Modernisierungskonzept für die Wirtschaft und die gesellschaftliche Transformation der VR China, nationalstaatliche Besonderheiten in der

Organisation von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft und in der Bewältigung von Konflikten sowie die ökonomischen und sozialen Auswirkungen der chinesischen Modernisierungspolitik im nationalen, regionalen und globalen Kontext. Einen kritischen Bezug erfährt die tendenziell unreflektierte Übertragung bzw. Übernahme westlicher bzw. japanischer Entwicklungsmodelle auf die chinesische Wirtschaft in ihrer Wirkung auf die Herausbildung regionaler und globaler Zerstörungspotentiale. Im einzelnen werden Probleme des Bevölkerungswachstums und der Urbanisierung, der Beschäftigungspolitik, des Ressourcenverbrauchs, der Umweltpolitik und der Umwelt- und Klimaveränderungen in der VR China untersucht. Entsprechende Wechselwirkungen werden dabei vor allem am Beispiel der sich rasch entwickelnden Automobilindustrie verdeutlicht.

"Beobachtete und modellierte Klimaänderungen - Projektionen in die Zukunft" ist der Titel der Studie von Dr. Hans-Friedrich Graf, Max-Planck-Institut für Meteorologie, Hamburg. Untersucht werden die physikalischen Bestandteile des Klimasystems in ihrer Wechselwirkung mit biologischen und chemischen Prozessen. Davon ausgehend werden beobachtete sowie wahrscheinliche anthropogene Einflüsse auf Klimaveränderungen dargestellt und mögliche Klimamodelle abgeleitet. Im Mittelpunkt stehen Temperatur- und Niederschlagsänderungen bei erhöhtem Treibhauseffekt.

Dr. Volker Linneweber, Potsdam Institut für Klimafolgenforschung, befaßt sich mit "Nutzung globaler Ressourcen als Konfliktpotential". Umweltnutzer werden dabei gleichermaßen als umweltverändernde Akteure wie als von diesen Veränderungen Betroffene betrachtet. Es werden Strategien zur Wahrnehmung ökologischen Wandels erarbeitet und in Beziehung zu Merkmalen der Ressourcennutzung gesetzt. Die Studie untersucht lokale, regionale und globale Kausalitäten von Umwelt und sozialen Reaktionen auf veränderte Lebensbedingungen.

Prof. Dr. Kurt Tudyka schließlich befaßt sich in seiner Expertise mit dem Thema "Weltarbeitslosigkeit". Hier wurde versucht, Arbeitslosigkeit statt aus einem selektiven nationalen oder regionalen Blickwinkel einmal in seiner globalen Gänze zu erfassen. Ein solcher Ansatz ist schon wegen der heutigen Ursachen, Bedingungen und Wirkungen der Arbeitslosigkeit sowie vor allem wegen der Politik ihrer Bestreitung und deren pro-

blematischen Folgen dringend geboten. Im einzelnen wurden folgende Aspekte behandelt: 1. Politische und internationale Bedeutung von Arbeit und Arbeitslosigkeit; 2. Das wachsende Defizit an Arbeitsplätzen und die steigende Deformation von Arbeit (Arbeitslosigkeit, Arbeitsdisparität, Arbeitsdefizite); 3. Verursachende Verhältnisse und der Katalog der Maßnahmen zu ihrer Veränderung (herkömmliche Ursachen, Programme zur Behebung der Probleme, Wettlauf der Nationen um Arbeitsplätze); 4. Die Problematik und mögliche Lösungen (rationalisierte Produktivitätsbedingungen, global-integrierte internationale Arbeitsteilung, regional-adäquate Verknüpfung aller Marktkreisläufe).

Erste Veröffentlichungen sind u.a.:

- Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Unsere Gemeinsame Zukunft - Globale Herausforderungen. Teil II des Symposiums über Perspektiven Europäischer und Globaler Sicherheitspolitik, Baden-Baden 1994/1995.
- Gießmann, Hans-Joachim, Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung in der VR China: Wechselwirkungen und politische Herausforderungen, in: Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Unsere Gemeinsame Zukunft - Globale Herausforderungen, Baden-Baden 1994/1995, S. 65-78.
- Neureither, Ulrike, Genetische Veränderung des Menschen, in: Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Unsere Gemeinsame Zukunft - Globale Herausforderungen, Baden-Baden 1994/1995, S. 121-129.
- Müller, Erwin, "Weltinnenpolitik" - mehr als ein Wort?, in: Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Unsere Gemeinsame Zukunft - Globale Herausforderungen, Baden-Baden 1994/1995, S. 165-176.
- Tudyka, Kurt, Von der strategischen Weltpolitik über die funktionelle Weltpolitik zur föderalen Weltpolitik, in: Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Unsere Gemeinsame Zukunft - Globale Herausforderungen, Baden-Baden 1994/1995, S. 151-164.

2.1.2. Arbeitsschwerpunkt GUS/Osteuropa

Die Sicherheit Europas wird weiterhin entscheidend mitbestimmt werden durch den Verlauf des Transformationsprozesses in Ostmitteleuropa und insbesondere in den Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Eine der zentralen Aufgaben europäischer Friedenspolitik liegt in der politischen und ökonomischen Stabilisierung und Einbindung der Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) in einen gesamteuropäischen Kooperations- und Integrationsprozeß. Dieses Ziel kann wiederum nur erreicht werden durch die beharrliche Fortsetzung des Demokratisierungsprozesses in den Staaten Ost- und Mitteleuropas. Wegen der damit verbundenen Problemvielfalt und Komplexität gilt es um so mehr, intensive wissenschaftliche Analysen der Bedingungen, Möglichkeiten und Wege anzustellen, die diese Entwicklung fördern. Dieser akuten Problemrelevanz Rechnung tragend, untersucht die von Dr. Hans-Georg Ehrhart geleitete "Arbeitsgruppe GUS und Europäische Sicherheit" am IFSH sicherheitspolitisch relevante Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS sowie ihre Wechselwirkungen mit west- bzw. gesamteuropäischen Kooperations- bzw. Integrationszusammenhängen im Hinblick auf eine künftige europäische Friedensordnung. Dieser Forschungsprozeß wird begleitet durch den Ausbau von Kooperationsbeziehungen mit Forschungsinstituten aus Mittel- und Osteuropa.

Im Berichtszeitraum konnte die wissenschaftliche Kooperation weiter ausgebaut werden. Z.B. wurde mit dem Moskauer Staatsinstitut für Internationale Beziehungen (MGIMO) im Rahmen eines von der Volkswagen-Stiftung geförderten Forschungsprojektes zum Thema "Russische Außen- und Sicherheitspolitik in bewaffneten Konflikten auf dem Territorium der früheren Sowjetunion (1993-95)", das von Anna Kreikemeyer in Kooperation mit dem MGIMO bearbeitet wird, eine internationale Konferenz in Moskau durchgeführt (vgl. Abschnitt 2.2.2.). In Ergänzung hierzu wurde von Hans-Georg Ehrhart in Zusammenarbeit mit David Haglund vom Center for International Relations der Universität Kingston/Ontario eine internationale Konferenz über die Rolle von Peacekeeping-Operationen für die europäische Sicherheit organisiert (vgl. Abschnitt 2.2.1.).

Weitere Mitglieder der Arbeitsgruppe sind neben den genannten: Ursel Schlichting, Hans-Joachim Gießmann und Wolfgang Zellner. Während

Ursel Schlichting und Hans-Joachim Gießmann insbesondere ein Handbuch mit sicherheitspolitischen Daten, Fakten und Trends in den Staaten Osteuropas fertiggestellt haben, hat Wolfgang Zellner mit dem von der Volkswagen-Stiftung finanzierten Projekt "Strategien zur Bewältigung des sicherheitspolitischen Vakuums in Osteuropa: Das Beispiel Ungarns 1990-1995" begonnen. Das ebenfalls von der Volkswagen-Stiftung finanzierte Projekt von Herrn Gießmann zur militärischen Sicherheit in Mitteleuropa konnte termingerecht abgeschlossen werden. Im Berichtszeitraum waren zwei Fellows der Arbeitsgruppe angeschlossen. Dr. Dmitry Trofimov vom MGIMO, Moskau, arbeitete zum Thema "The Islamic Factor in Russian Foreign Policy" und Frau Luba Trautmann befaßte sich mit der Demokratieentwicklung in Rußland.

In den letzten Jahren konnte die Arbeitsgruppe am IFSH zahlreiche Gäste zu Gesprächsrunden begrüßen. Die bisherigen Forschungen der Gruppe zu wechselseitigen Perzeptionen und Erwartungshaltungen ergaben, daß große Informationsdefizite sowohl bei Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus dem Westen als auch bei solchen aus Osteuropa und der GUS bestehen. Schon allein deshalb stellt der direkte Austausch mit ihnen einen wichtigen Bestandteil der Forschungsarbeit dar.

Unter den Gästen der Arbeitsgruppe waren u.a.: Dr. Andrej V. Zagorskij, stellv. Direktor des Staatsinstituts für internationale Beziehungen, Moskau; Dr. Jurij V. Andreev, Institut für Friedensforschung der Russischen Akademie der Wissenschaften, Moskau; Dr. Mikail Gerasev und Dr. Vladimir Akimow, Institut für USA- und Kanadastudien, Moskau; Dr. Victor Sergejew, Pavel Papchin und Andrei Beljajev, Analytical Centre, Moscow; Vladimir Kuleba, Herausgeber der Zeitschrift "Unabhängigkeit", Kiev; Galina G. Tschinarichina, EPI-Centre for Economic and Political Studies; Oleg A. Kokoschinsky, Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der Ukraine, Dr. Evgeniy A. Schaposchnikow, Psychologe, Moskau.

Aus den Veröffentlichungen der Arbeitsgruppe seien hier stellvertretend zwei jüngst erschienene Bücher genannt:

- Ehrhart, Hans-Georg/Kreikemeyer, Anna/Zagorski, Andrei V. (eds.), Crisis Management in the CIS: Whither Russia?, Baden-Baden 1995.

- **Gießmann, Hans-Joachim/Schlichting, Ursel (Hrsg.), Handbuch Sicherheit. Militär und Sicherheit in Mittel- und Osteuropa. -Daten - Fakten - Analysen, Baden-Baden 1995.**

2.1.3. Arbeitsschwerpunkt Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG)

Die wissenschaftliche Analyse von Problemen des Friedens und der Sicherheit in Europa stellt eine der Aufgaben dar, die dem IFSH durch seine Satzung vorgegeben ist. Einen historischen Augenblick lang schien der Eindruck begründet, diese Aufgabe würde sich politisch erledigen. Dem Ende des Ost-West-Konflikts ging die Hoffnung auf eine dauerhafte Sicherung des Friedens mangels kriegsträchtiger Konfliktgründe einher. Inzwischen zählt Europa in den vier Jahren der postkonfrontativen Ära ein Vielfaches an Kriegstoten als in den vier Jahrzehnten des Kalten Krieges zuvor; die Hoffnung hat getrogen.

Vor fünf Jahren war nicht absehbar, daß in den nachfolgenden Monaten und Jahren in Staaten wie Jugoslawien, Moldawien, Georgien und Armenien geschossen und getötet wird. Heute sind die Kriegsschauplätze der kommenden Jahre unbekannt. Aber die Beschaffenheit der europäischen, insbesondere der osteuropäischen Konfliktgeographie macht die Annahme wahrscheinlich, daß dann weiterhin einige der alten, vermehrt um einige neue Krisenherde militärische Gewalt hervorbringen werden. Anders als gestern bei Untersuchungen zur Ost-West-Konfrontation sind heute die Streitparteien von morgen nicht eindeutig identifizierbar. Frieden in Europa wird mehr denn je zu einer generellen Frage politisch-institutionell-organisatorischer Konfliktprävention und Sicherheitsvorsorge.

Das IFSH hat bereits im Frühjahr 1990, wenige Monate nach dem Systemumbruch in Osteuropa, eine erste Studie über die Grundzüge eines regionalen Systems Kollektiver Sicherheit in Europa vorgelegt. Es hat diese Arbeit seither in verschiedenen Teiluntersuchungen kontinuierlich vertieft und erweitert. Im Frühjahr 1993 schloß unter der Leitung von Prof. Egon Bahr eine im Herbst 1992 eingerichtete Forschungsgruppe vorläufig die Arbeiten zu den konstitutionellen Elementen der Entwicklung einer übergreifenden Sicherheitsstruktur für Gesamteuropa ab. Das Modell selbst zeichnet sich durch eine Reihe innovativer Elemente kooperativer und kollektiver Sicherheit aus, mit deren Hilfe die herkömmlichen Schwächen internationaler Sicherheitsorganisationen vermieden werden sollen, um Frieden und Sicherheit im KSZE-Gebiet verlässlich garantieren zu können. Es baut auf den vielfältigen Studien auf, die am IFSH seit Beginn der 80er Jahre (vgl. z.B. Heft 1/1984 der Vierteljahres-

schrift für Sicherheit und Frieden (S+F) zum Themenschwerpunkt "Kollektive Sicherheit - Eine Alternative?" zu dieser Thematik erarbeitet wurden und macht sich so die in langjähriger Forschungstätigkeit erworbene Expertise seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zunutze.

Im April 1993 legte das IFSH einen ersten Zwischenbericht vor mit dem Titel "Vom Recht des Stärkeren zur Stärke des Rechts. Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG) als Garant von Sicherheit und Frieden - Eine Studie des IFSH" (Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 75). Er wurde im Rahmen einer Reihe von Veranstaltungen und Arbeitskreisen diskutiert, darunter eine interne Tagung am IFSH am 1. und 2. Februar (vgl. auch Jahresbericht 1993, Abschnitt 2.2.1), ein internationales Symposium im Dezember 1993 (vgl. auch Jahresbericht 1993, Abschnitt 2.2.3) sowie der Arbeitskreis "Völkerrecht und Friedensordnung". Er ist ferner in ein Buch eingeflossen, das von Dieter S. Lutz unter dem Titel "Deutschland und die Kollektive Sicherheit" (Opladen 1993) veröffentlicht wurde. Ein Teil der ergänzenden Beiträge und Kritiken schließlich wurden unter dem Themenschwerpunkt "ESG" als Ausgabe 3/1993 der Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) publiziert.

Im Jahr 1994 haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH die Arbeiten zur ESG vertieft und erweitert. Zu den Ergänzungen gehören u.a. eine Analyse der gegenwärtigen defizitären Sicherheitsarchitektur, die Darstellung möglicher Umsetzungsschritte und die Einarbeitung der obligatorischen Schiedsgerichtbarkeit in das Gesamtkonzept. Die Ergebnisse der Diskussion werden Anfang 1995 von der Stiftung für Entwicklung und Frieden, Bonn, als Buch publiziert. Darüber hinaus wurde 1994 ein Sammelband zu den Ergebnissen des Internationalen Symposions vom Dezember 1993 fertiggestellt und in der Reihe "Demokratie, Sicherheit, Frieden" unter dem Titel "Egon Bahr/Dieter S. Lutz (Hrsg.), Unsere Gemeinsame Zukunft - Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG) veröffentlicht.

Die ESG selbst wird im Vorschlag des IFSH als ein System kollektiver Sicherheit verstanden. Sie funktioniert so, wie die Vereinten Nationen ihrer Gründungsabsicht zufolge funktionieren sollten, aber aus unterschiedlichen Gründen weder während des Kalten Krieges noch danach funktionieren konnten: nach dem Prinzip des konsequenten Einstehens

der Gemeinschaft für die Sicherheit jedes einzelnen ihrer Mitglieder. Große, wie kleine Staaten stehen unter gleichem Recht, erhalten gleiche Sicherheit, übernehmen gleiche Verpflichtungen. Die verlässliche Funktionsfähigkeit verlangt dazu einen begrenzten Schritt von der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit zu einem übernationalen Mechanismus; deshalb wird die Gewaltoption, die letzte Zuflucht des Rechts auf Sicherheit, aus der Verfügung der Einzelstaaten bzw. ständiger oder zeitweiliger Interessenkoalitionen in die Obhut der internationalen Rechtsgemeinschaft überführt. Das meint die Leitidee von der Ablösung des Rechts des Stärkeren durch die Stärke des Rechts.

Folgende Merkmale charakterisieren das Konzept:

1. Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft ist eine regionale Abmachung im Sinne des Kapitels VIII der Charta der Vereinten Nationen.
2. Sie steht zum Beitritt allen Mitgliedstaaten der KSZE offen, die rechtsverbindlich auf die Anwendung von Gewalt zur Lösung von Konflikten verzichten, die Minderheiten- und Menschenrechte achten und sich zur Einhaltung des ESG-Vertrages verpflichten.
3. Ihren obersten Organisationszweck, die Aufrechterhaltung des Friedens in der Gemeinschaft, erfüllt die ESG mittels Gewaltverhütung durch friedliche Streitbeilegung. Dazu dient ihr ein breiter Fächer ziviler Einwirkungsmittel von der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit über klassische und unkonventionelle politische Einflußnahmen bis zur Verhängung wirtschaftlicher Sanktionen. Ihre Finanzierung ist so geregelt, daß sie nicht durch Mittelverknappung lahmgelegt werden kann.
4. Militärischer Waffeneinsatz bleibt die äußerste Sanktion gegen Bruch der ESG-Regeln, Aggression oder zur Beendigung bereits ausgebrochener militärischer Gewalt. Sollte zu Zwangsmaßnahmen gegriffen werden müssen, so unterliegen sie der ausschließlichen Verantwortung der Gemeinschaft im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen. An die Stelle von Interventionen tritt Ordnungsrecht.

5. Der Entscheidungsprozeß der ESG-Organe - neben dem Schiedsgerichtshof: der Europäische Sicherheitsrat, die Ständige Kommission und der Generalsekretär - ist in hohem Maße demokratisiert, indem er unter Beteiligung der größtmöglichen Zahl von Mitgliedstaaten, jedoch ohne einzelstaatliches Vetorecht, abläuft.
6. Die Kompetenzverteilung zwischen den entscheidungsbefugten Organen ist so geregelt, daß in einem System von "checks and balances" eine gegenseitige Kontrolle gewährleistet wird, jedoch ohne die negative Konsequenz einer gegenseitigen Lähmung der Gremien.
7. Um die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft sicherzustellen, wird der Generalsekretär als eine nationalen Interessen nicht verpflichtete Institution mit weitreichenden Vollmachten ausgestattet, über die er autonom verfügen kann, soweit andere Organe der ESG die behandelten Angelegenheiten nicht an sich ziehen.
8. Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft wird ihre Außenbeziehungen zu Nichtmitgliedstaaten, zu den Vereinten Nationen und zu den Bündnisorganisationen nach dem Grundsatz engstmöglicher Kooperation gestalten, um auch jenseits ihres geografischen Geltungsbereichs zu einem Faktor sicherheitspolitischer Stabilität zu werden.
9. Die kollektive Sicherheitsleistung der Gemeinschaft senkt den verteidigungspolitischen Selbstvorsorgebedarf ihrer Mitglieder, was militärische Abrüstung in erheblichen Größenordnungen ermöglicht.
10. Die Errichtung der ESG läßt sich nur als Prozeß vorstellen, nicht als einmaliger Gründungsakt, sondern als schrittweise Funktionsübertragung bis zum schließlichen Aufgehen bestehender Sicherheitsorganisationen in der Gemeinschaft.

2.1.4. OSZE-Jahrbuch unter der Federführung des ISFH

Am 5./6. Dezember 1994 trafen sich die Staats- und Regierungschefs der KSZE-Staaten in Budapest. Im Rahmen dieses Gipfeltreffens wurde u.a. beschlossen, der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa den Status einer internationalen Organisation zu geben und die KSZE dementsprechend in OSZE umzubenennen.

Auch eine internationale Institution braucht Öffentlichkeit. Bleiben ihre Aktivitäten und Leistungen unbekannt, so wird sie über kurz oder lang für überflüssig gehalten und verliert ihre materiellen Zuwendungen. Umgekehrt kann seriös Kritik nur üben, wer Daten und Fakten kennt und um die Erfolge und Mißerfolge weiß. Wird die Existenz der internationalen Institution nicht in Frage gestellt, soll im Gegenteil ihre Leistungsfähigkeit gestärkt werden, so bedarf es schließlich oftmals des öffentlichen Drucks, sei es bei inhaltlichen Fragen, sei es im Streit um Finanzen, Ressourcen, Kompetenzen. Nicht zuletzt aus diesen und ähnlichen Gründen haben auch die KSZE-Staaten selbst in einem "Zusatzdokument zur Durchführung einiger Bestimmungen der Charta von Paris für ein neues Europa", also im Rahmen der Erklärung des Pariser KSZE-Treffens der Staats- und Regierungschefs am 21. November 1990, beschlossen, daß das Sekretariat der KSZE "Jahrbücher" herausgibt. Dieser Beschluß ist bislang nicht realisiert worden.

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) plant deshalb als eines der ersten Projekte des neuen Direktors Dr. Dr. Dieter S. Lutz die periodische Herausgabe eines Jahrbuches über die OSZE.

Während auf einer Vielzahl von Sachfeldern Jahrbücher herausgegeben werden und auch andere europäische bzw. internationale Organisationen sich durch Eigen- oder Fremddarstellungen intensiv der Öffentlichkeit präsentieren, fehlt es bislang an vergleichbaren Publikationen über die OSZE. Eine Ausnahme bildet lediglich der sehr kurz und bündig gehaltene englischsprachige Helsinki-Monitor. Von einer ausreichenden Information über die Aktivitäten der OSZE und einer wissenschaftlich unabhängigen Analyse ihrer Arbeit kann keinesfalls gesprochen werden. Dies gilt vor allem auch für deutschsprachige Organe.

Das vorgesehene Jahrbuch will versuchen, sowohl dieses öffentliche Defizit abzudecken als auch dem Beschluß der KSZE in der Pariser Charta von 1990 selbst zu entsprechen. Das geplante Jahrbuch soll Transparenz für die Öffentlichkeit herstellen, zur Verankerung und Festigung der OSZE im Bewußtsein eines breiten Publikums beitragen, der Orientierung für Militär und Politik dienen, die Basis für weiterführende wissenschaftliche Untersuchungen bilden, schließlich durch Kritik und Analyse die Tätigkeit der OSZE selbst wiederum beeinflussen.

Nicht unerwähnt bleiben sollte als relevante Implikation für die Forschung ferner der Aufbau eines KSZE/OSZE-Archivs beim IFSH sowie der Ausbau der bestehenden Sammlung an Sekundär-Literatur mit dem mittel- und langfristigen Ziel der Schaffung eines dringend erforderlichen Forschungszentrums für gesamteuropäische Zusammenarbeit und Sicherheit.

Die Gestaltung des Jahrbuchs/Annuals

Die geplanten Periodika sollen in deutscher und englischer Sprache herausgegeben werden.

Das *deutschsprachige KSZE/OSZE-Jahrbuch* soll erstmalig im August 1995 zum 20. Jahrestag der Helsinki-Deklaration erscheinen. Die Struktur der Veröffentlichung in deutscher Sprache folgt dem üblichen Verständnis eines Jahrbuches. Sie wird - jährlich sich wiederholend - die breite Palette der Themen der KSZE/OSZE und deren Aufgaben, Funktionen und Hauptaktivitäten widerspiegeln. In seinem Hauptteil wird das Jahrbuch sich Fragen widmen, die in den formellen Aufgabebereich der KSZE gehören, also europäische Sicherheit, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Angelegenheiten der sog. menschlichen Dimension. In einem (eventuell besonders gekennzeichneten) Abschnitt werden der Wandel und der Stand strukturell-organisatorischer Merkmale, Daten, Chroniken etc. der KSZE/OSZE-Organe bzw. ihrer Aktivitäten wiedergegeben. Im Anhang werden Dokumente aufgenommen. Insgesamt sollen die einzelnen Beiträge über Sachverhalte informieren, Probleme empirisch analysieren, etwaige Lösungen skizzieren oder evaluieren und kommentieren. Zu den Erkenntniszielen gehört das Maß, d.h. die Verdichtung oder die Lockerung der Zusammenarbeit, die Stärkung

oder die Schwächung der Sicherheit sowie die Konvergenz- oder die Divergenztendenzen der nationalen Politiken im KSZE/OSZE-Bereich.

Die *englische Ausgabe* soll in Absprache mit den ausländischen Partnern als "Annual" angelegt sein und (jährlich alternierend) eher themenschwerpunktorientiert sein. Die englischsprachige Ausgabe soll erstmals im Herbst 1995 erscheinen. Schwerpunkt des Annual 1995 wird die "Präventive Diplomatie" sein. Für die nächsten Jahre sind folgende Schwerpunkte geplant: "Kooperative Sicherheit", "Nationale Minoritäten", "Ökonomische Transformation" und "Ökologische Herausforderungen".

Das deutschsprachige KSZE/OSZE-Jahrbuch wird im NOMOS-Verlag Baden-Baden erscheinen. Das englischsprachige Annual soll bei Nijhoff-Publishers in den Niederlanden herausgegeben werden.

Sitz der Redaktion von Jahrbuch und Annual ist das IFSH in Hamburg. Chefredakteur des deutschsprachigen KSZE/OSZE-Jahrbuches wird Professor Dr. Kurt P. Tudyka sein. Die Chefredakteure des englischsprachigen Annual sind Professor Dr. Arie Bloed und Professor Dr. Kurt P. Tudyka.

- *Kurt P. Tudyka*, geboren im April 1935, ist emeritierter Professor an der Universität Nijmegen/Niederlande. Er lehrt als Honorarprofessor Politikwissenschaft an der Universität Osnabrück. Seine Hauptarbeitsgebiete sind Europäische Zusammenarbeit, Internationale Organisationen, Europäische Friedenspolitik. Zu seinen Veröffentlichungen gehören u.a.: Auf dem Weg zur politischen Union Europas, Wien 1993; Die Europäisierung nationaler Politik nach 1990, Essen 1994; Elemente einer neuen europäischen Sicherheitspolitik, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 4/1991, S. 184-189.
- *Arie Bloed*, geboren im Juli 1951, ist Direktor der Stiftung für "Inter-Ethnic Relations" in Den Haag/Niederlande und Generalsekretär des niederländischen "Helsinki Committee". Er ist u.a. Herausgeber und Chefredakteur des "Helsinki Monitor" und lehrt als a.pl. Professor für Recht der Internationalen Organisationen an der Universität Utrecht. Zu seinen Veröffentlichungen gehören u.a.: The Conference on Security and Cooperation in Europe, Dordrecht 1993; Legal

Aspects of a New European Infrastructure, Utrecht 1992; The Human Dimension of the Helsinki Process, Dordrecht 1991.

Herausgeberschaft und Autorennetzwerk

Herausgeber von Jahrbuch und Annual ist das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), vertreten durch seinen Direktor Dr. Dr. Dieter S. Lutz, in Kooperation mit folgenden Institutionen:

- dem "Stockholm International Peace Research Institute" (SIPRI), vertreten durch dessen Direktor Professor Dr. Adam Daniel Rotfeld,
- dem "Moscow State Institute for International Relations", vertreten durch dessen Vize-Rektor Dr. Andrei Zagorski,
- dem "Hungarian Institute of International Relations" in Budapest, vertreten durch dessen Vize-Direktor Dr. Pál Dunay,
- dem "Netherlands Helsinki Committee" in Den Haag, vertreten durch dessen Generalsekretär Prof. Dr. Arie Bloed.

Die genannten Institutionen planen, in den nächsten Jahren ein weiteres Institut aus Nordamerika zur Herausgeberschaft einzuladen. Für die folgenden Jahre ist vorgesehen, weitere Institutionen aus Mittel- und Osteuropa einzubeziehen.

Die *Autorinnen und Autoren* der Periodika sollen Experten aus den Mitgliedstaaten der KSZE/OSZE sein. Die Herausgeber sehen vor, bei der Vergabe der Themen bzw. der Auswahl der Artikel Autorinnen und Autoren in mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten zumindest in den kommenden Jahren ein Prä zu geben. Ziel dieser Verfahrensweise (und Nebenfunktion der Herausgabe von Jahrbuch und Annual) ist es, über die vorgesehenen Veröffentlichungen ein stabiles Netzwerk von Expertinnen und Experten auf Dauer zu schaffen, das insbesondere auch von jüngeren Nachwuchskräften aus dem Gebiet des ehemaligen WVO-Machtbereiches genutzt werden kann.

Offizielle Unterstützung

Das Generalsekretariat der KSZE/OSZE in Wien hat dem IFSH seine volle Unterstützung des Vorhabens zugesagt und wird dem Institut alle

erforderlichen Hilfeleistungen erbringen. Das IFSH steht sowohl mit dem Generalsekretär selbst als auch mit der KSZE/OSZE-Administration in direktem Kontakt. Das zwischen dem IFSH und den anderen herausgebenden Institutionen vereinbarte "Statement of Understanding concerning the Edition of OSZE-Annuals" ist den Mitgliedstaaten der KSZE über das Generalsekretariat zugeleitet worden. Auch der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland sowie die zuständigen Abteilungen im Auswärtigen Amt haben dem IFSH ihre Unterstützung zugesichert.

Wissenschaftliche Begleitforschung

Zu den Service- und Unterstützungsleistungen der KSZE/OSZE gegenüber dem IFSH bzw. den Herausgebern und Redakteuren des KSZE/OSZE-Jahrbuches gehören u.a. auch die Übermittlung aller relevanten Informationen, Daten und Fakten (darunter auch die Unterstützung des Aufbaus einer möglichen Datenbank), ferner der freie Zugang zu allen auch nicht offiziell publizierten Akten und Dokumenten sowie die Erlaubnis zur Teilnahme an KSZE/OSZE-Konferenzen und sonstigen Treffen der Organisation und ihrer Mitglieder und schließlich auch die Möglichkeit zur beobachtenden Teilnahme an den Aktivitäten der KSZE/OSZE vor Ort. Es steht völlig außer Zweifel, daß auf dieser Basis nicht nur günstige Bedingungen für die Herausgabe eines Jahrbuches geschaffen, sondern auch ideale Bedingungen für eine wissenschaftliche Begleitforschung gegeben sind. Das IFSH wird diese - in vergleichbarem Maße nur selten gebotene - Chance nutzen. Es wird sich dabei als zentrales Problem auf die Rolle der KSZE/OSZE im Rahmen der gegenwärtigen Sicherheitsarchitektur Europas und auf ihre Bedeutung für die Errichtung einer neuen europäischen Sicherheitsordnung konzentrieren.

2.2. Tagungen

Das IFSH und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat - neben der Teilnahme an einer Vielzahl von Kongressen, Symposien etc. - im Berichtszeitraum 1994 selbst vier Tagungen - darunter drei auf internationaler Ebene - durchgeführt.

2.2.1. Internationale Tagung "Die Bedeutung des Peacekeeping für die Sicherheit Europas"

Mit der Rolle des Peacekeeping in einer entstehenden neuen Welt-(un)ordnung und seiner Bedeutung für die europäische Sicherheit hat sich vom 25.-27. Mai 1994 eine unter Federführung von Dr. Hans-Georg Ehrhart und Prof. David Haglund gemeinsam vom IFSH und dem kanadischen Queen's Centre for International Relations (QCIR) in Hamburg veranstaltete deutsch-kanadische Konferenz beschäftigt.

Nach einer Begrüßung durch den Wissenschaftlichen Direktor des IFSH, Dr. Dr. Dieter S. Lutz, unterstrich der kanadische Botschafter in Bonn, Paul Heinbecker, in seiner Eröffnungsrede die unverändert große Bedeutung des Peacekeeping-Konzeptes gerade angesichts der Veränderungen im internationalen System nach 1989. Er betonte außerdem die Notwendigkeit, sich künftig mehr um Konfliktverhütung zu bemühen und nicht wie bisher erst auf Gewaltausbrüche zu reagieren. Allerdings warnte Heinbecker vor der Illusion, Konfliktverhütung allein könne die Welt friedlicher machen. Dazu sei auch die ausdrückliche Bereitschaft zu Interventionen vonnöten, wenn Prävention scheitern sollte. Heinbecker forderte vor diesem Hintergrund eine tiefgreifende Reform und entschlossene Stärkung der Vereinten Nationen und nicht zuletzt eine Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an allen Formen von UNO-Peacekeeping-Operationen.

Die von Botschafter Heinbecker aufgeworfenen Fragen und Themenstellungen zogen sich wie rote Fäden durch den weiteren Konferenzverlauf. In Anwesenheit des ehemaligen stellvertretenden kanadischen Verteidigungsministers und amtierenden Botschafters in Pakistan, Louis Delvoie, und des früheren deutschen Botschafters bei den Vereinten Nationen, Graf York von Wartenburg, debattierten die aus verschiedenen Ländern angereisten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit dem Vorsit-

zenden des UNO-Unterausschusses des Deutschen Bundestages, Eberhard Brecht, dem Vertreter des KSZE-Generalsekretärs, Piotr Switalski, sowie mit Mitgliedern der Führungsakademie der Bundeswehr und kanadischen Militärs. Die Rolle der UNO in einer vermeintlich neuen Weltordnung war dabei ebenso ein Gesprächsgegenstand wie neue Aspekte und Dimensionen von Peacekeeping oder der Zusammenhang von Peacekeeping und nationaler Verteidigungsplanung. Besonders die Berichte der Praktiker machten deutlich, mit welchen Schwierigkeiten die Durchführung von Peacekeeping-Missionen nach wie vor behaftet ist. Auf dem Arbeitsprogramm stand außerdem die Frage der Beteiligung der beiden Großmächte Rußland und USA und die der Kooperation von europäischen Institutionen (NATO, WEU bzw. KSZE) mit den Vereinten Nationen bei Peacekeeping-Operationen. Auch die innergesellschaftliche Akzeptanz von Peacekeeping in der Bundesrepublik und Kanada wurde in einem Forum erörtert. Die kanadischen Konferenzteilnehmer und -teilnehmerinnen machten im übrigen kein Hehl daraus, daß sie sich künftig eine vollwertige deutsche Beteiligung an Blauhelmeinsätzen gleich welcher Art wünschen.

Beendet wurde die auch wegen der angenehmen Gesprächsatmosphäre und großen Offenheit ausgesprochen erfolgreiche Konferenz schließlich mit einer öffentlichen Veranstaltung in der Handelskammer Hamburg. Dort diskutierten General a.D. Wolfgang Altenburg, Angelika Beer (Vorstand Bündnis 90/Die Grünen), der Direktor des QCIR, Prof. David Haglund, sowie der Wissenschaftliche Direktor des IFSH, Dr. Dr. Dieter S. Lutz, über die zukünftige Beteiligung Deutschlands an UNO-Peacekeeping-Operationen.

Die Referate der internationalen Tagung sind mittlerweile als Buch erschienen: Hans-Georg Ehrhart/David G. Haglund (Eds.), *The "New Peacekeeping" and European Security: German and Canadian Interests and Issues*, Baden-Baden 1995.

2.2.2. Workshop der AG "GUS und europäische Sicherheit" in Moskau 15.-16. Juni 1994

Am 15. - 16. Juni führte das IFSH einen Workshop in Moskau durch. Mit diesem ersten IFSH-Workshop in Moskau knüpfte die Arbeitsgruppe "GUS und europäische Sicherheit" an ihre erste gesamteuropäische Konferenz zum Thema "Pan-European Cooperation under the Conditions of Integration and Disintegration. Security-Political Aspects of the Relationship between EC- and CIS-Members" an, die im Dezember 1992 in Hamburg stattfand. Zur Arbeitsweise der Arbeitsgruppe und insbesondere des von ihr durchgeführten Kooperationsprojektes "Russische Außen- und Sicherheitspolitik in bewaffneten Konflikten auf dem Territorium der FSU" gehört es übrigens, die Forschungsprobleme in enger Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen aus Rußland und den GUS-Staaten zu bearbeiten.

Neben den Referentinnen und Referenten nahmen an dem Workshop über vierzig Gäste von verschiedenen westlichen und Moskauer Forschungsinstituten, Journalisten sowie Vertreter von in der russischen Hauptstadt ansässigen Stiftungen und Botschaften teil. Als Vortragende hatte der russische Kooperationspartner Vice-Rector Dr. Andrej V. Zagorskij vom Moscow State Institute for International Relations (MGIMO) in Zusammenarbeit mit Anna Kreikemeyer und Dr. Hans-Georg Ehrhart vom IFSH Expertinnen und Experten ausgewählt, die die russische Außen- und Sicherheitspolitik in einzelnen Konfliktfallstudien (Dnjestr-Region, Abchasien, Süd-Ossetien, Moldawien, Nagornij-Karabach) untersuchen sollten.

Nach einführenden Referaten zum russischen außenpolitischen Entscheidungsprozeß (Prof. Dr. Jurij Fjodoroff, MGIMO, Moskau) und zu Erscheinungsformen, Ursachen und Regelungsmöglichkeiten von Nationalitätenkonflikten (Ursel Schlichting, IFSH, Hamburg) standen die Fallstudien zum russischen Konfliktverhalten im Mittelpunkt der gemeinsamen Arbeit. Dr. Dmitrij A. Trofimov (MGIMO, Moskau) berichtete über den Konflikt in Abchasien, Dr. Sergej Solodovni (MGIMO, Moskau) widmete sich den Auseinandersetzungen in Süd-Ossetien und Dr. Viktor Kirillov (MGIMO, Moskau) denen in der moldavischen Dnjestr-Region. Dr. Dmitrij Furman (Europa-Institut, Moskau) analysierte den langjährig anhaltenden bewaffneten Konflikt in und um Na-

gornij-Karabach, Alexander Iskandarian und Alan Kasajev (beide Cavinform, Moskau) untersuchten den nordkaukasischen Faktor in den transkaukasischen Problemen. Zum Abschluß dieser Arbeitseinheit sprach Dr. Dmitrij Trenin (Europa-Institut/Carnegie Endowment, Moskau) über Russisches Peacekeeping.

Aus einer vergleichenden Betrachtung der Fallstudien wurde folgendes deutlich: Die große Vielfalt von Konfliktursachen, -formen und -verläufen erscheint als kennzeichnendes Merkmal der neuartigen Sicherheitsgefährdung in Gestalt ethno-territorialer Konflikte und bringt damit erhebliche Probleme für eine Konfliktregelung mit sich (Schlichting). Während die aus der sowjetischen Vergangenheit überkommene, unheilvolle Verknüpfung zwischen den föderalen Beziehungen der russischen Gebietskörperschaften im Nordkaukasus und denen im Transkaukasus erhebliches Konfliktpotential in sich birgt, wird der islamische Faktor in der Regel überschätzt (Iskanderian). Die örtliche politische Kultur im Kaukasus kann hingegen als konfliktverschärfend angesehen werden (Solodovnik). Bewaffnete Auseinandersetzungen basieren in viel höherem Maße auf konfligierenden Gruppeninteressen als auf einander widerstrebenden Interessen von Nationalstaaten. Dementsprechend sind Aussagen über den offiziellen außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsprozeß in Rußland nur von begrenzter Erklärungskraft (Fjodoroff). Das Militär als eine Gruppe mit starken Partikularinteressen erwies sich in allen Fällen als in hohem Maße konfliktbestimmend (Trenin, Trofimov). Selbst in dieser Interessengruppe gibt es jedoch mehrere, in unterschiedlichem Maße konfliktrelevante Akteure. Wie die Fallstudie Abchasien eindrücklich belegte, spielten z.B. informelle Kontakte der sog. "Afghanistan-Mafia", d.h. zwischen georgischen, abchasischen und russischen Militärs, die im Krieg in Afghanistan zusammen gekämpft hatten, eine nicht zu unterschätzende Rolle bei politisch nicht kontrollierter militärischer Einmischung in den georgisch-abchasischen Konflikt. Verschärfend kommt hinzu, daß die Moskauer Machtkämpfe der Jahre 1992 und 1993 ganz offensichtlich über die bewaffneten Konflikte ausgetragen wurden (Trofimov).

Beim Thema Friedenssicherung wurde während dieses Workshops erneut deutlich, daß die Schwäche der Nachfolgestaaten der UdSSR einerseits und die mangelnde Bereitschaft des Westens, sich in Konfliktregionen der GUS zu engagieren, die russische Hegemonialposition minde-

stens ebenso befördert wie imperiale Interessen in Moskau. Gerade unter russischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern besteht aber eine fortdauerende Bereitschaft, sich mit völkerrechtlichen Standards der Friedenssicherung auseinanderzusetzen und die Zusammenarbeit mit UNO und/oder KSZE anzustreben (Krivcikova, Zagorskij). Die Aussichten auf eine mittelfristige Befriedung der GUS sind stark von der künftigen Entwicklung der russischen Sicherheitspolitik abhängig. Da Moskau der Konfliktprävention in der Regel einen zu geringen Stellenwert einräumt, münden die aktuellen friedens erzwingenden und -erhaltenden Maßnahmen allenfalls in eine Stagnation der Konflikte, die nur scheinbar Stabilität in sich birgt.

Eine abschließende Arbeitssitzung widmete sich allgemeinen und vergleichenden Aspekten der Friedenssicherung. Dr. Hans-Georg Ehrhart referierte über grundsätzliche und praktische Probleme von Peacekeeping, Albrecht Schnabel, Queen's University, Kingston/Canada wies in einer vergleichenden Studie der amerikanischen, deutschen und russischen Politik zur Friedenssicherung auf den Trend zum Mißbrauch der humanitären Intervention zugunsten nationaler Interessenpolitik hin.

Die IFSH-Konferenz in Moskau wurde nicht zuletzt von den russischen Partnern als erfolgreiches Novum gewertet. Sie begrüßten es, als Gastgeber eine interessante Debatte über gemeinsame politische Probleme mit westlicher Unterstützung vor Ort, anstelle wie schon fast zur Gewohnheit geworden, im Westen, zu führen.

Die Beiträge zum Workshop sind mittlerweile in dem von Hans-Georg Ehrhart, Anna Kreikemeyer und Andrej V. Zagorskij herausgegebenen Sammelband "Crisis Management in the CIS. Whither Russia?", Baden Baden 1995 erschienen.

2.2.3. Europäische Sicherheit und deutsche Außenpolitik - Internationale Expertenkonferenz in Groningen

Knapp 50 Fachwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler aus 17 europäischen Ländern diskutierten Ende November 1994 in der nordholländischen Stadt Groningen über die "Zukunft von Sicherheit und Stabilität in Europa und die Rolle Deutschlands darin." Gemeinsame Veranstalter der zweitägigen Forschungskonferenz waren der Fachbereich Politikwissenschaft der Universität Groningen und das IFSH.

Die Idee zu dem Vorhaben entsprang einer Beobachtung, die sich in den vergangenen Jahren bei internationalen Tagungen des Instituts regelmäßig einstellte: die Erwartungen unserer ausländischen Kollegen an die Außenpolitik des nunmehr größeren und nicht länger geteilten Deutschland sind nicht weniger heterogen als die Auffassungen dazu in der Bundesrepublik selbst. Das Zukunftsproblem einer stabilen Sicherheitsordnung Europas schien der geeignete Themenfokus, um die Bedingungen und Möglichkeiten eines deutschen Beitrages systematisch zu erörtern.

Der Vortrag von Prof. Bahr zum Thema "The Future of German Foreign Policy" und die anschließende Diskussion unter der Moderation von Prof. Dr. Herman de Lange boten einen Einstieg in die Problematik. Beiträge sowohl zur deutschen Außenpolitik als auch - schwerpunktmäßig - zu Erwartungen der Nachbarstaaten gegenüber der deutschen Außenpolitik folgten.

Wie beurteilt ein Pole und eine Russin, ein Lette und ein Ukrainer, ein Brite und ein Schweizer die Konturen der neuen deutschen Sicherheitspolitik? Zunächst einmal mit der professionellen Nüchternheit, die der Gebrauch annähernd gleichartiger analytischer Standards hervorbringt. Zugleich aber auch mit spezifischen Färbungen, die sich durch unterschiedliche methodische Vorgehensweisen nicht hinreichend erklären. Unübersehbar war: Von der Bundesrepublik wird außer einem dezidiert friedenspolitischen Engagement in Europa, das ihrem veränderten außenpolitischen Gewicht entspricht, auch Verständnis, wenn nicht Unterstützung für jeweilige nationale Anliegen und Sichtweisen erwartet. Daß sich die Vielfalt der Perzeptionen zu keiner homogenen Rollendefinition fügt, nimmt nicht wunder.

Das IFSH haben in Groningen Dr. Hans-Georg Ehrhart, Dr. Hans-Joachim Gießmann und Dr. Reinhard Mutz vertreten. Der Nutzen der Tagung lag u.a. im Gewinn von Einsichten, die sich ohne die Möglichkeit unmittelbaren Fragens und Entgegnehmens, ohne direkte Kommunikation nicht erlangen lassen. Der Wunsch nach Fortsetzung und Vertiefung des Erkenntnisaustausches war ungeteilt - vielleicht in einem anderen Nachbarland, aber mit einem ähnlichen Teilnehmerkreis.

Zu den Teilnehmern und Teilnehmerinnen der Tagung gehörten u.a.: Dr. Pal Dunay, Eötvös Lorand Univ., Budapest; Dr. Heinz Gärtner, Österreichisches Institut für Internationale Politik, Laxenburg; Dr. Adrian Hyde-Price, Univ. Southampton; Prof. Dr. Herman de Lange, Univ. Groningen; Prof. Dr. Adam Daniel Rotfeld, SIPRI, Stockholm.

2.2.4. Wirken und Wirkung von Wolf Graf von Baudissin

Gemeinsames Symposium der Führungsakademie der Bundeswehr (FüAk) und des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)

Am 7. Juni 1994 ehrte die Bundeswehr den am 5. Juni 1993 im Alter von 86 Jahren verstorbenen Vater der Inneren Führung, General a.D. Prof. Wolf Graf von Baudissin, durch die Umbenennung der General-Schwartzkopff-Kaserne in Generalleutnant-Graf-von-Baudissin-Kaserne. Aus diesem Anlaß veranstalteten der Fachbereich Sozialwissenschaften der FüAk, zu der die Kaserne gehört, und das IFSH, dessen Gründungsdirektor Graf Baudissin war, am 8. und 9. Juni 1994 in der neu benannten Kaserne gemeinsam ein Symposium unter dem Motto: Wirken und Wirkung von Wolf Graf von Baudissin.

Nach der Begrüßung durch den Schulkommandeur, Generalmajor Dr. Hartmut Olboeter, und durch den Direktor des IFSH, Dr. Dr. Dieter S. Lutz, referierte Dr. Martin Kutz, FüAk, über das Thema: Reform als Weg aus der Katastrophe? Seiner Meinung nach habe Baudissin frühzeitig erkannt, daß bei der Gründung der Bundeswehr ein Anknüpfen an Formen soldatischer Existenz bis 1945 in Deutschland nicht mehr in Frage kam. Bei der Suche nach einem tragfähigen Konzept für den erforderlichen Neuaufbau der Streitkräfte bot einzig das Staats- und Sittenverständnis der preußischen Reformer die notwendigen Ansatzpunkte für ein neues sittliches Fundament der Streitkräfte, das sich bewußt von unseligen Konventionen bisheriger deutscher Armeen abgrenzen mußte. Im Anschluß sprach der scheidende Kommandeur des Zentrums für Innere Führung, Admiral Ulrich A. Hundt, zur Wirkungsgeschichte des Baudissinschen Konzeptes in der Bundeswehr. Während Kutz noch auf das große Scheitern der Reformen, auch in den Augen seines Schöpfers verwiesen hatte, unterstrich Admiral Hundt, daß wesentliche Ansätze des "Ur-Baudissin" als Bezugspunkte der Inneren Führung heute Eingang in den täglichen Dienst der Bundeswehr gefunden hätten und von dort auch nicht mehr wegzudenken seien.

Eine Annäherung an Graf Baudissin als Wissenschaftler, Sicherheitspolitiker und Friedensforscher versuchte Oberst i.G. Heinrich Buch, der als Abgeordneter der Streitkräfte einige Zeit eng mit Graf Baudissin am

IFSH zusammengearbeitet hatte. Buch zeichnete noch einmal ein Bild von Baudissins scharfsinnigem, analytischen Verstand und intellektuellem Beharrungsvermögen. Wichtige Überlegungen, wie etwa das Konzept zur Kooperativen Rüstungssteuerung, seien einem Grundprinzip des Baudissinschen Denkens, zuerst das Gemeinsame und nicht das Trennende zu sehen, dabei jedoch den eigenen Standort niemals aufzugeben, entsprungen. Der Erfolg Baudissins lasse sich nicht zuletzt daran bemessen, daß vieles von dem, was zunächst sehr skeptisch aufgenommen und belächelt worden sei, heute ganze Ministerialabteilungen beschäftige.

Oberstleutnant Freiherr Klaus von Rosen, FüAk, stellte einen erst jüngst im Hause Baudissins wieder aufgefundenen Text zum Thema "Ost - West, Gedanken zu deutsch-europäischen Schicksalsfragen" vor, den Graf Baudissin noch in der Zeit alliierter Kriegsgefangenschaft 1946 in Australien geschrieben hatte. Der Text sucht nach Antworten auf drängende Schicksalsfragen einer Umbruchzeit, die den Weg zurück in die Normalität zu finden versucht. Für Graf Baudissin war dabei schon relativ früh ersichtlich, daß Deutschland eine sichere Zukunft nur in einer Überwindung des nationalstaatlichen Denkens in Europa und in einer konsequenten Orientierung an den westlichen Demokratien finden konnte.

Dr. Detlef Bald vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr würdigte Baudissins Schaffen als Militärreformer. Schon während dessen Dienstzeit beim angesehenen Infanterieregiment 9 in Potsdam habe er den Mißklang zwischen rechtsstaatlichem Denken und preußischer Verfassungstreue einerseits und der 'unbekümmerten Illoyalität' vieler Kameraden gegenüber der jungen Weimarer Republik andererseits, empfunden. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrung galt es für Graf Baudissin, beim Neuaufbau der Bundeswehr einen radikalen Gesinnungswandel zu vollziehen, der in der Erneuerung jener alten preußischen Tugenden, vor allem der Treuepflicht gegenüber Staat und Verfassung, seinen eigentlichen Wesenskern finden sollte. Sein Konzept der Inneren Führung stellte schließlich den Einklang her zwischen Staats- und Wehrverfassung. Mit der Orientierung am Leitbild eines 'Soldaten für den Frieden' unterstrich er die normative Begründung aller Politik als Friedenshandeln.

Das Thema "Baudissin und die Soziologen" behandelte der Beitrag von Prof. Dr. Wilfried von Bredow, Universität Marburg. Er verwies auf die beidseitige Distanz zwischen Militärreformern und Soziologen und auf die überwiegende Skepsis, auf die das Konzept der Inneren Führung innerhalb der Soziologie stieß. Die Unvereinbarkeit von moderner Gesellschaft und Militär, charakterisiert mit dem Begriff des Inkompatibilitätstheorems, bilde den Angelpunkt der Debatte, deren Exponenten die Innere Führung als modernisiertes Beherrschungselement brandmarkten.

Abschließend referierte Dr. Reinhard Mutz, IFSH, über das Baudissinsche Konzept einer friedensverträglichen Sicherheitspolitik und die Möglichkeiten einer Aktualisierung für die 90er Jahre. War in der Vergangenheit Frieden die allgemeine und erste Auffassung von Sicherheit überhaupt und dabei Abschreckung das Mittel, um Sicherheit vor Krieg und Aggression zu erlangen, so ist heute feststellbar, daß der Abschreckungsfriede nicht mehr greift. Krieg ist nicht länger mit der Vernichtung der eigenen Existenz gleichzusetzen, folglich wird Frieden auch nicht mehr zur Sicherung dieser Existenz vorausgesetzt. Der Krieg ist in die Realität Europas zurückgekehrt, wengleich der Frieden den Rang eines Postulats, eines zivilisatorischen Imperativs behält. Die bislang existierenden Institutionen zur Verteidigungs- und Sicherheitspolitik sind alle in irgendeiner Weise unzureichend, die anstehenden Sicherheitsprobleme Europas zu lösen, da sie entweder darauf ausgelegt sind, Rußland auszugrenzen, oder, wie im Falle der KSZE/OSZE, zu schwach sind, eine entscheidende Rolle zu übernehmen. Auf der Suche nach tragfähigen Lösungsansätzen gibt es mittel- und langfristig nur die Alternative, ein kollektives Sicherheitssystem zu errichten, und durch ein überstaatliches Gewaltmonopol, ein funktionstüchtiges, völkerrechtliches System der Nothilfe zu garantieren.

In seinem Schlußwort unterstrich der Wissenschaftliche Direktor des IFSH, Dr. Dr. Dieter S. Lutz, noch einmal das große Interesse, das an der Arbeit Graf von Baudissins vorhanden ist, und dankte allen Beteiligten für die lebhaften Diskussionen. Er regte zugleich an, weitere Symposien zu diesem Themenbereich durchzuführen und sprach sich dafür aus, eine Forschungsstelle in der Art eines 'Fellowship Graf Baudissin' einzurichten. Die Aufgabe eines solchen Fellowship könnte darauf ausgerichtet sein, die Gedanken Graf Baudissins aufzubereiten und in ihren konzeptionellen Grundlinien sowie praktischen Auswirkungen zu analy-

sieren, die Übertragbarkeit des Werkes auf die Zeit nach dem Ost-West-Konflikt zu erforschen und den Stellenwert der Inneren Führung als Modell für die Reform von Streitkräften insbes. in den Staaten Mittel- und Osteuropas zu ermitteln.

Die anlässlich des Symposiums gehaltenen Vorträge sind mittlerweile in dem vom Leiter des Fachbereichs Sozialwissenschaften der FüAk, Dr. Hilmar Linnenkamp, und dem Direktor des IFSH, Dr. Dr. Dieter S. Lutz, herausgegebenen Band "Innere Führung. Zum Gedenken an Wolf Graf von Baudissin", Baden-Baden 1995 erschienen.

2.3. Expertisen

2.3.1. IFSH bei Bundestagsanhörung

"Möglichkeiten und Grenzen der Konfliktvorbeugung und -vermeidung und nicht-militärischer Konfliktlösungen" waren das Thema einer öffentlichen Anhörung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages am 25. Mai 1994. Mit Dr. Reinhard Mutz und Ursel Schlichting stellte das IFSH zwei der neun geladenen Sachverständigen, zu denen u.a. Professor Ulrich Albrecht (FU Berlin), Dr. Wilhelm Höynck, Generalsekretär der KSZE (Wien), Dr. Winrich Kühne (Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen) und John Roper (WEU, Institute for Security Studies, Paris) gehörten. Während Reinhard Mutz das Modell der Europäischen Sicherheitsgemeinschaft als regionales System Kollektiver Sicherheit vorstellte und eine von ihm gemeinsam mit Sabine Jaberg und Konrad Klingenburg (IFSH) erarbeitete Expertise zu dem umfassenden Fragenkatalog der Abgeordneten präsentierte, erläuterte Ursel Schlichting die Problematik am Beispiel des georgisch-abchasischen Sezessionskonflikts in der ehemaligen Sowjetunion.

Die mündlichen und schriftlichen Stellungnahmen der Sachverständigen sind in der Bundestagsdrucksache, Protokoll Nr. 97, Auswärtiger Ausschuß, 12. Wahlperiode, zusammengestellt.

Gerade die zahlreichen Konflikte, die insbesondere auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion in den letzten Jahren zutage traten, machen den Bedarf an umfassender Konfliktregulierung, möglichst unter internationaler Beteiligung, deutlich. Allen gemeinsam ist ein Merkmal: ihre Komplexität. Demographische, wirtschaftliche, historische und politische Hintergründe und Ursachen, die Mobilisierung ethnischer oder religiöser Identität durch alte und neue Interessengruppen verdichten sich zu einem komplizierten Gemisch aus Interessen- und Identitätskonflikt. Militärische Lösungsversuche, ob intern zur Verhinderung einer Sezession oder extern, beseitigen weder die Ursachen, noch können sie die Konflikte dauerhaft lösen. Erfolgreiche Konfliktregulierung mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft erfordert die intensivere Nutzung der vorhandenen Instrumente der friedlichen Streitbeilegung, ihren institutionellen und strukturellen Ausbau sowie eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung der internationalen Institutionen. Notwendig ist die Erarbeitung wirksamer Konzepte sowohl zur Konfliktregulierung als auch zur ursachenorientierten Gewaltprävention.

2.3.2. Expertisen für das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB)

Im Rahmen eines Auftrages des Unterausschusses Rüstungskontrolle und Abrüstung des Deutschen Bundestages führt das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) ein Projekt mit dem Titel "Kontrollkriterien für die Bewertung und Entscheidung bezüglich neuer Technologien im Rüstungsbereich" durch. Das IFSH hat sich bereits in der Vorphase an dem Projekt beteiligt.

Seit mehreren Jahren beschäftigt sich das IFSH mit der Entwicklung von militärrelevanten Technologien im Rüstungsbereich bzw. mit deren Rüstungskontrollmöglichkeiten. Zum Auftakt des Projektes fand 1993 ein Workshop mit Experten und Parlamentariern in Bonn statt, an dem Egon Bahr und Götz Neuneck die Vorstellungen des IFSH zur präventiven Rüstungskontrolle vortrugen. In einer vertiefenden Expertise über Erfahrungen und Möglichkeiten qualitativer Rüstungskontrolle unter Leitung von Egon Bahr wurden 1994 von Götz Neuneck und Reinhard Mutz die sicherheitspolitischen und technologischen Rahmenbedingungen präventiver Rüstungskontrolle ausgeführt. Es wurde näher untersucht, welche Technologien verstärkt in die militärische Planung einfließen werden und inwieweit sie rüstungskontrollpolitisch erfaßt werden. Die heutige verstärkte Nutzung von zivilen Technologien für den militärischen Sektor (Dual-Use-Strategien) und die zunehmende Weiterverbreitung von Produktions- und Herstellungsstrategien in Länder, die selbst eigene Rüstungsindustrien unterhalten bzw. aufbauen, verkompliziert die präventive Beschränkung destabilisierender Waffensysteme.

In dem Nachfolgeprojekt (siehe noch Abschn. 3, Projekt Mutz/Neuneck/Wallner) werden vor dem Erfahrungshintergrund der traditionellen Rüstungskontrolle und mit Blick auf die Aufgaben zukünftiger Rüstungskontrollsteuerung institutionelle und verfahrensmäßige Probleme genauer analysiert und mögliche Lösungen auf politische Umsetzbarkeit hin vorgeschlagen. Die Arbeiten werden auch im Jahr 1995 weitergeführt. Die Studien basieren auf Forschungen, die am IFSH in den vergangenen Jahren mit Unterstützung der Volkswagenstiftung und in Zusammenarbeit mit der Naturwissenschaftlergruppe CENSIS durchgeführt worden sind.

2.4. Friedensgutachten 1994

"Der Zustand der Sicherheit in Europa gibt Anlaß zu ernster Sorge", re-sümiert das Friedensgutachten 1994. "Die kriegerischen Konflikte haben sich nicht abgeschwächt; die Gefahr des Umschlagens weiterer Auseinandersetzungen in Gewalt ist nicht zurückgegangen. Die Fähigkeiten der internationalen Organisationen, diese Herausforderungen zu beherrschen, bleiben begrenzt."

Auf dem ex-jugoslawischen Kriegsschauplatz wird das Leiden der Menschen kein Ende nehmen, solange sich die politischen und militärischen Führungen der Konfliktparteien von ihren Waffen mehr Vorteile versprechen als von einem Friedensschluß am Verhandlungstisch. Dagegen ist das übrige Europa zwar nicht machtlos, aber es kann den Sinneswandel auch nicht herbeizwingen. Die langfristig ernstere Bedrohung internationaler Sicherheit rührt daher, daß beim Geschäft des Konfliktmanagements die Schlichtungsmächte von Partnern zu Rivalen werden. Die beiden NATO-Ultimeaten des Frühjahrs haben die Gefahr illustriert. Über "Sarajewo 1994" lag ein Hauch "Sarajewo 1914".

Die meisten der 18 Fallstudien und Hintergrundanalysen des Friedensgutachtens 1994 reflektieren den Abstand zwischen dem, was geboten und möglich ist, und dem, was tatsächlich geschieht. Das Fokus-Thema "Vereinte Nationen" zeigt eine Weltorganisation, die weit davon entfernt ist, die zentrale friedenspolitische Rolle zu spielen, die ihr die UN-Charta zuweist. Das Kapitel "Globale Herausforderungen" registriert die Handlungsdefizite der internationalen Politik auf den Gebieten der Menschenrechte, der Weltwirtschaftsordnung, der Sicherung natürlicher Lebensgrundlagen und der nuklearen Proliferation. Der Europa-Teil dokumentiert, wie sich die wiedererlangte Einheit des Kontinents in einer neuen Fragmentierung europäischer Sicherheitsstrukturen zu verlieren beginnt. Von der insgesamt negativen Bilanz heben sich lediglich die regionalen Friedensprozesse im Nahen Osten und in Südafrika vorteilhaft ab.

Das Friedensgutachten 1994 ist das achte, das das IFSH gemeinsam mit der FEST, Heidelberg, und der HSFK, Frankfurt, publiziert. Es wurde am 7. Juli 1994 der Bundespressekonferenz in Bonn vorgestellt und erfuhr das mittlerweile gewohnte breite Medienecho. Knapp dreißig Wis-

senschaftlerinnen und Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen haben daran mitgearbeitet. Die Beiträge aus dem IFSH stammen von Hans-Georg Ehrhart, Hans-Joachim Gießmann, Sabine Jaberg, Margret Johannsen, Konrad Klingenburg, Reinhard Mutz, Ursel Schlichting, Claudia Schmid und Angelika Spelten.

2.5. Öffentlichkeitsarbeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFSH

Neben den schriftlichen Publikationen (s. Abschnitt 4) besteht die Öffentlichkeitsarbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH im wesentlichen in Aktivitäten wie Interviews, Vorträgen, Diskussionsbeiträgen und ähnlichem mehr. Nach groben Schwerpunkten unterteilt, gibt die folgende Aufstellung diese Tätigkeiten im quantitativen Zugriff wieder.

Themen	Vorträge	Podiums- disk.	Tagun- gen	Inter- views	Gesamt
Aktuelle sicherheits- pol. Fragen	53	8	19	110	190
Regionale Konflikte	15	1	16	44	76
Friedens- forschung (auch IFSH)	10	2	2	9	23
Friedens- pädagogik	4			1	5
Europ.Frie- densordnung, ESG	21	2	5	9	37
Weltinnen- politik	2		1	3	6
Sonstiges	7			3	10
Gesamt	112	13	43	179	347

Auch 1994 gab es wieder eine große Anzahl von Anfragen an das IFSH. Insbesondere die Medien traten mit zahlreichen Wünschen nach Interviews und Hintergrundinformationen an das IFSH heran. Die Schwerpunkte des Interesses lagen im Berichtszeitraum v.a. bei der Entwicklung in Osteuropa, speziell in Rußland und den dortigen Regionalkonflikten sowie bei Aspekten des Krieges in Bosnien-Herzegowina. Auch die Frage des Einsatzes der Bundeswehr im Rahmen der UNO (Blauhelmeinsätze) sowie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli zu dieser Frage hatten ein reges öffentliches Interesse zur Folge. Darüber hinaus fanden auch die Überlegungen des Instituts zu einem regionalen System Kollektiver Sicherheit in und für Europa breite Beachtung. Zu nennen ist auch eine große Zahl von Anfragen zu Diskussionsveranstaltungen besonders von gesellschaftlichen Gruppen. Das IFSH bemühte sich, allen Anforderungen nachzukommen, wenngleich mittlerweile die Grenzen der personellen und zeitlichen Ressourcen als erreicht angesehen werden müssen.

Das IFSH empfing auch 1994 wieder eine Reihe in- und ausländischer Gäste. Stellvertretend für die vielen anderen Besucher seien genannt: Dr. Wilhelm Höynck, Generalsekretär der KSZE; Krista Sager, Sprecherin Bündnis 90/Die Grünen; Mr. Shepherd, britischer Generalkonsul in Hamburg; Peter Wyden, Publizist, USA; Marianne Takle, International Peace Research Institute, Oslo; Udo Cardes, Japanisches Generalkonsulat Hamburg; Gerrit W. Gang, Director, Asian Studies Programme, Washington; Cameron Stewart, The Australian, Canberra; Dale Lautenbach, Argus Foreign Service, Südafrika; Shiofumi Takasuka, Yomiuri Shimbun, Tokio; Dr. Vladimir Akimov und Dr. Michael Gerasov, beide Moskauer Institut für USA- und Kanada-Studien; Dr. Victor Sergejew, Pavel Parschin, Andrei Beljajer, Moscow Academy of Sciences, Analytical Center; General Julio Arnaldo Balconi Turcios, Brigadegeneral Cesar Antonio Garcia Gonzales, Brigadegeneral Victor Manuel Ventura Arellana, Guatemala; Karin Roth, DGB-Nordmark; Prof. Dr. Hartmut Graßl, UNEP, Genf; Prof. Dr. Udo E. Simonis, Wissenschaftszentrum Berlin; Ole von Beust, Prof. Dr. Ulrich Karpen, Klaus Lattmann, CDU-Hamburg; Dr. Switalski, KSZE, Wien; Peter Zumkley, MdB; Dr. von Berg, Auswärtiges Amt; Dr. Drozd, Institut für Internationale Beziehungen, Warschau; Rainer Funke, Parl. Staatssekretär im Justizministerium (vgl. auch Abschnitt 2.1.2., der u.a. einen Teil der zahlreichen Besucher aus Osteuropa ausweist).

2.6. Die Arbeit der Pädagogin am IFSH 1994

Durch die Abordnung einer Pädagogin, Dr. Margret Johannsen, von der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung an das IFSH konnte das Institut auch 1994 dem Wunsch von Schulen und anderen Bildungseinrichtungen nach pädagogisch aufbereiteter Information zu Problemen der Friedensforschung und Sicherheitspolitik nachkommen.

Unverändert besteht eine hohe Nachfrage nach der pädagogischen Vermittlungsarbeit der abgeordneten Lehrerin. 1994 standen im Mittelpunkt der Anfragen die aktuelle Diskussion über die Rolle der Bundeswehr nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, insbesondere über Blauhelm- und Kampfeinsätze außerhalb des NATO-Vertragsgebietes, sowie Regionalkonflikte und regionale Friedensprozesse.

Inzwischen gibt es einen Stamm von Lehrern an Schulen Hamburgs sowie des Hamburger Umlandes, die mit ihren Lerngruppen das Angebot des IFSH an Information über aktuelle Themen aus der Friedensforschung und Sicherheitspolitik regelmäßig nutzen. Es handelt sich in der Mehrzahl um Grund- und Leistungskurse der Fächer Gemeinschaftskunde und Geschichte aus der Oberstufe von Gesamtschulen, Gymnasien und berufsbildenden Schulen sowie um Projektgruppen. Nach wie vor suchen Schüler die Beratung der Pädagogin bei der Materialsuche und der Anfertigung von Referaten und Jahresarbeiten sowie bei der Vorbereitung auf das Abitur. Darüber hinaus beriet sie Pädagoginnen und Pädagogen bei der Planung von Unterrichtseinheiten sowie bei der Erstellung von Abiturvorschlägen.

Die Pädagogin wirkte auch 1994 wieder an den einjährigen Weiterbildungsseminaren des Instituts für Lehrerfortbildung in den Fächern Gemeinschaftskunde und Geschichte (Zeitgeschichte) mit. In ihrem Mittelpunkt stand die aktuelle Debatte um die Rolle der Bundesrepublik bei der Bewältigung von internationalen Krisen und Konflikten nach der deutschen Einigung sowie die Vorschläge des IFSH zur Neuorganisation europäischer Sicherheit im Rahmen einer Europäischen Sicherheitsgemeinschaft.

Für den Lehrgang "Sozialkunde/Sekundarstufe II" des Instituts für Lernsysteme (Hamburg) wurde ein zweibändiges Studienheft "Internationale Politik I: Frieden und Sicherheit am Beispiel des Nahost-Konflikts" erstellt. Die IFSH-Reihe "Pädagogische Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik" wurde mit einem Heft "Frieden für Palästina" fortgesetzt.

2.7. Lehrtätigkeit von Mitarbeitern des IFSH

Die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts führten die folgenden Lehrveranstaltungen durch:

Wintersemester 1993/94

1. **Universität Hamburg**
Fachbereich Mathematik: Seminar "Mathematik und Internationale Sicherheit" (Götz Neuneck)
2. **Christian-Albrechts-Universität zu Kiel**
Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften: Seminar "Endzeit: Alptraum oder Wirklichkeit? Probleme einer Weltinnen- und Nachweltpolitik" (Dieter S. Lutz)

Sommersemester 1994

3. **Universität Hamburg**
Fachbereich Mathematik: Seminar "Mathematik und Internationale Sicherheit" (Götz Neuneck)
4. **Universität Hamburg**
Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften: Lektürekurs "Paul Kennedy: In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert" (Dieter S. Lutz)

Wintersemester 1994/1995

5. **Universität Hamburg**
Fachbereich Mathematik: Seminar "Mathematik und Internationale Sicherheit" (Götz Neuneck)
6. **Universität Hamburg**
Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften: Hauptseminar "Kollektive Sicherheit in und für Europa. Konzeptionelle, politische, rechtliche und militärische Aspekte" (Dieter S. Lutz)

2.8. Personalia

2.8.1. Direktorenwechsel

Am 1. Juni 1994 hat es einen Wechsel an der Spitze des IFSH gegeben (siehe auch bereits Abschn. 1.1.). Als Nachfolger von Prof. Egon Bahr, der das Institut seit 1984 leitete, wurde sein bisheriger Stellvertreter Dr. Dr. Dieter S. Lutz zum Direktor und Stiftungsvorstand des IFSH berufen. Neuer Stellvertretender Direktor wurde Dr. Reinhard Mutz, bislang Referent am IFSH.

Egon Bahr, der die Leitung des IFSH abgab, um sich intensiv publizistischen Aufgaben widmen zu können, bleibt dem IFSH auch weiterhin verbunden. Der Präses der Behörde für Wissenschaft und Forschung, Prof. Dr. Leonhard Hajen, berief ihn auf Vorschlag des Kuratoriums des IFSH in den Wissenschaftlichen Beirat des Instituts.

"Ich kenne Herrn Lutz als stellvertretenden wissenschaftlichen Direktor und als geschäftsführenden Direktor des IFSH sowie aus seinen gleichermaßen fundierten wie engagierten Veröffentlichungen. Egon Bahr hat einen würdigen Nachfolger gefunden - das IFSH wird Hamburg in der weltweit immer wichtiger werdenden Friedensforschung weiterhin erfolgreich vertreten." Mit diesen Worten begrüßte Wissenschaftssenator Hajen den Beschluß des Kuratoriums, ihm Dieter S. Lutz einstimmig als Leiter des IFSH vorzuschlagen.

Dieter S. Lutz studierte Rechtswissenschaft und Politikwissenschaft in Tübingen, Den Haag und London. Er promovierte in Tübingen (1981) und Nijmegen/Niederlande (1991). 1993 habilitierte er in Hamburg. Dem IFSH gehört Lutz seit 1976 an, zunächst als Stellvertretender Wissenschaftlicher Direktor, ab 1984 als Geschäftsführender Direktor. 1988 war er Gastwissenschaftler am renommierten Massachusetts Institute of Technology (MIT), Cambridge, USA. 1991/92 nahm er eine Vertretungsprofessur an der Universität der Bundeswehr Hamburg wahr. Über die Jahre hinweg führte er Lehrveranstaltungen an einer Reihe von Hochschulen in- und außerhalb Hamburgs durch, seit 1993 als Privatdozent. Der neue Direktor des IFSH veröffentlichte bisher über 40 Bücher und ca. 400 Aufsätze; er ist Begründer und Herausgeber der Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) sowie der wissenschaftlichen Buchreihe "Demokratie, Sicherheit, Frieden", die mit ca. 100 Titeln mit als die erfolgreichste ihrer Art in Deutschland angesehen werden kann. Dieter S. Lutz, Jahrgang 1949, ist verheiratet und hat zwei Kinder.

2.8.2. Weitere Personalia

Im Jahr 1994 wurden am IFSH eine wissenschaftliche Hilfskraft, zwei studentische Hilfskräfte sowie drei wissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen eingestellt. Im gleichen Zeitraum verließen das Institut zwei wissenschaftliche Hilfskräfte, eine wissenschaftliche Mitarbeiterin und eine studentische Hilfskraft. Über das Jahr waren zwei ausländische Fellows zu einem Forschungsaufenthalt Gast des IFSH; drei weitere Fellows erarbeiteten Kurzstudien für das Institut.

Zur Zeit arbeiten am IFSH der Direktor, der Stellvertretende Direktor, fünf wissenschaftliche Referentinnen und Referenten, sechs wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, eine Öffentlichkeitsreferentin, zwei abgeordnete Beamte, zwei wissenschaftliche Hilfskräfte, zwei studentische Hilfskräfte sowie sieben nichtwissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Institutsangehörige:

Institutsleitung:

Wiss. Direktor: Prof. Egon Bahr (bis Mai 1994)
Wiss. Direktor: PD Dr. Dr. Dieter S. Lutz (seit Juni 1994)
Stv. Wiss. Direktor: Dr. Reinhard Mutz

Wissenschaftliche Referentinnen/Referenten:

Dr. Hans-Georg-Ehrhart
Dr. Hans-Joachim Gießmann
Dr. Erwin Müller
Götz Neuneck, Dipl.-Phys.
Ursel Schlichting, M.A.

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter:

Dr. Otfried Ischebeck
Sabine Jaberg, M.A.
Konrad Klingenburg, Dipl.-Pol.
Anna Kreikemeyer, M.A.

Ulrike Neureither, Dipl.-Pol.
Dr. Jörg Wallner
Dr. Wolfgang Zellner

Öffentlichkeitsreferentin:

Susanne Bund

Abgeordnete Pädagogin:

Dr. Margret Johannsen-Seidemann

Abgeordnete der Streitkräfte:

Major Dr. Jürgen Groß
Major i.G. Peter-Michael Zenk

Fellows:

Dr. Ewald Böhlke
Dr. Ljuba Trautmann
Dr. Dmitri Trofimov/Rußland
Prof. Dr. Kurt P. Tudyka/Niederlande
Prof. Dr. Yang Dawei/China

Wissenschaftliche Hilfskräfte:

Ilja Hinrichs, Dipl.-Pol.
Matthias Karadi, Dipl.-Pol.
Angelika Spelten, Dipl.-Pol.

Studentische Hilfskräfte:

Julia Bartelt
Stefani Halle
Tina Kamp
Verena Fritz
Sönke Richardsen

Sekretärinnen:

**Heike Maurer
Gabriele Mayring
Gunda Meier
Heinke Peters**

Bibliothek:

Anke Roering, Dipl.-Bibl.

Dokumentation:

Dagmar Otto, Wiss. Dokumentarin

Verwaltung:

Heidemarie Bruns

2.8.3. Nachwuchsförderung

Das IFSH fördert bereits über viele Jahre hinweg nachdrücklich den wissenschaftlichen Nachwuchs. Traditionell erfolgt Nachwuchsförderung über die Mitarbeit studentischer Hilfskräfte, gegebenenfalls auch über die Mitarbeit von examinierten oder diplomierten Nachwuchswissenschaftlern und -wissenschaftlerinnen im Rahmen von Drittmittelprojekten. Das IFSH bildet darüber hinaus schulische und studentische Praktikanten aus, bietet Rechtsreferendaren ein erstes Praxis- und Betätigungsfeld, besetzt neben den studentischen Hilfskräften zwei Stellen mit wissenschaftlichen Hilfskräften, wirbt zusätzliche Mittel für Stipendiatenstellen ein und hat schließlich (mit Zustimmung von Kuratorium und Hochschulamt) eine Referentenstelle in zwei Nachwuchswissenschaftler/innen-Stellen aufgeteilt.

Im Berichtszeitraum haben zwei Nachwuchswissenschaftler des IFSH ihre Promotion abgeschlossen. Die Arbeiten wurden in beiden Fällen mit Auszeichnung (sehr gut) bewertet.

2.8.4. Praktika

Im Rahmen seiner traditionell intensiven Nachwuchsförderung bietet das IFSH Studentinnen und Studenten auch die Gelegenheit zur Absolvierung eines Praktikums - ein Angebot, von dem mittlerweile stark Gebrauch gemacht wird: 1994 konnten 14 Praktikantinnen und Praktikanten im IFSH hospitieren. Sie bescheinigen dem Institut ausnahmslos, ihnen einen interessanten und fruchtbaren Aufenthalt ermöglicht zu haben.

Die Praktikantinnen und Praktikanten bewerben sich teils aus eigener Initiative, teils aufgrund universitärer Studienordnungen, die Praktika als verbindliches Element des Studiengangs vorschreiben. Das IFSH wird in diesem Zusammenhang auch als Ausbildungseinrichtung anerkannt, z.B. von der Referendarausbildungsstelle des Hamburger Oberlandesgerichts.

Unter den studentischen Gästen des IFSH dominieren angehende Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler. Das Fach Politikwissenschaft ist besonders stark vertreten. An zweiter Stelle liegt die rechtswissenschaftliche Disziplin mit dem Schwerpunkt Völkerrecht. Der Frauenanteil entspricht dem an den Universitäten. Bewerbungen aus dem Ausland nehmen zu, einerseits von deutschen Studentinnen und Studenten, die an ausländischen Universitäten studieren, andererseits von Studierenden aus Staaten der Europäischen Gemeinschaft.

Ein Praktikum besteht u.a. aus der Mitwirkung in Bibliothek und Dokumentation des IFSH, der Teilnahme an den Diskussionsrunden im Hause und der Anfertigung einer dem Ausbildungsstand entsprechenden schriftlichen Ausarbeitung unter Anleitung und Betreuung durch erfahrene Institutsmitglieder.

Die Praktika, die in der Regel mindestens sechs Wochen dauern, begründen kein Arbeitsverhältnis. Eine finanzielle Unterstützung von seiten des IFSH ist nicht möglich. Trotzdem häufen sich die Praktikumsbewerbungen derart, daß die Kapazitätsgrenzen mittlerweile erreicht sind bzw. zeitweise überschritten werden. Dennoch bemüht sich das IFSH weiterhin, die Zahl der Absagen so gering wie möglich zu halten.

2.9. Drittmittel und sonstige Finanzierungen

Das IFSH bemüht sich - über die Jahre hinweg kontinuierlich - um die Finanzierung von Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen und Projekten außerhalb des regulären Institutsetats. Im Berichtszeitraum haben sieben Mitarbeiter/innen ihre Tätigkeit am IFSH über Fremdfinanzierung aufnehmen bzw. fortführen können:

- VW-Stiftung: 4 Wiss. Mitarbeiter
- Bundesverteidigungsministerium: 1 abgeordneter Offizier
- Schulbehörde: 1 abgeordnete Lehrerin
- TAB/Bundestag: 1 Wiss. Mitarbeiter

Die internationale Tagung "Die Bedeutung des Peacekeeping für die Sicherheit Europas" wurde von der VW-Stiftung und der FHH gefördert (vgl. auch Abschnitt 2.2.1.).

Der Workshop der AG "GUS und europäische Sicherheit" in Moskau wurde ebenfalls von der VW-Stiftung finanziell unterstützt.

Die Internationale Expertenkonferenz in Groningen "Europäische Sicherheit und deutsche Außenpolitik" wurde durch eine Reihe niederländische Organisationen, darunter die Niederländische Akademie der Wissenschaften, durch die NATO sowie durch die FHH gefördert.

Folgende Drittmittelanträge sind gestellt, im Berichtszeitraum aber noch nicht beschieden:

- Die Kooperation der Forschungs- und Entwicklungszentren Indiens und Pakistans bei nicht-militärischen Programmen als Strategie zur Eindämmung der Proliferation von Kernwaffen und Trägersystemen (VW-Stiftung)
- Innere Führung, Demokratie, Sicherheitspolitik (VW-Stiftung)
- Von Nonproliferation zu Counterproliferation: Die (richtige?) Antwort des Westens auf die globalen Proliferationsgefahren (VW-Stiftung)

- Gesamteuropäische Sicherheitspolitik im Übergang. Startförderung eines KSZE/OSZE-Jahrbuches und einer wissenschaftlichen Begleitforschung (VW-Stiftung).
- Regionale und globale Dimensionen nuklearer Rüstungskontrolle im Nahen und Mittleren Osten und die Rolle der USA beim Madrider Friedensprozeß (Thyssen-Stiftung)
- Kaliningrad: Krisenregion oder "Euroregion"? Minderheitenkonflikte und Konfliktprävention in Europa am Beispiel der deutschstämmigen Bevölkerung im Kaliningrader Gebiet (Thyssen-Stiftung)

2.10. Sonstiges

Der Buchbestand der *Bibliothek* erhöhte sich 1993 um 895 Bände auf insgesamt 18 991 Bände. Zur Zeit werden ca. 140 Zeitschriften fortlaufend gehalten. Die Arbeiten am Schlagwortkatalog wurden ebenso wie die Umstellung der Bibliothekskataloge auf EDV 1994 fortgeführt.

In der *Dokumentation*, die seit 1981 nach einer Systematik mit 16 Haupt- und inzwischen ca. 160 Unterkategorien geführt wird, werden 12 Tages- und Wochenzeitungen ausgewertet. Aus dem 'Article Alert Service', des Amerika-Hauses werden Veröffentlichungen amerikanischer Zeitungen und Zeitschriften ausgewählt und ebenfalls in die Systematik des IFSH eingearbeitet. Darüber hinaus werden 12 regelmäßig erscheinende Presse- und Informationsdienste von Ministerien, Botschaften sowie Publikationen anderer offizieller und inoffizieller Stellen archiviert. Bibliothek und Dokumentation sind öffentlich zugänglich. Bücher, Zeitschriften und Zeitungsausschnitte sind Präsenzbestände. Kopiermöglichkeit ist vorhanden.

Das *Kuratorium* des IFSH tagte im Berichtszeitraum zweimal. Es setzt sich Ende 1994 aus folgenden Mitgliedern zusammen:

Staatsrätin Dr. Barbara Bludau
Behörde für Wissenschaft und Forschung
- Hochschulamt -
(Vorsitzende)

Dr. Jürgen Lühje
Präsident der Universität Hamburg
(Stellv. Vorsitzender)

Prof. Dr. Gunnar Andersson-Lindström
Institut für Experimentalphysik

Dr. Johannes Bastian
Institut für Schulpädagogik

Helmut Bilstein
Staatsrat a.D.
SPD-Hamburg

Dr. Hartmut Delmas
Literaturwissenschaftliches Seminar

Olaf Grewe
Studentenvertreter

Klaus Lattmann
Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft
CDU-Hamburg

Dr. Heinz Liebrecht
Staatsrat a.D.
F.D.P.-Hamburg

Prof. Dr. Heinz Renn
Institut für Soziologie

Prof. Dr. Rainer Tetzlaff
Institut für Politische Wissenschaft

Der *Wissenschaftliche Beirat* trat im Berichtszeitraum nicht zusammen. Beiratssitzungen finden in der Regel im Zweijahresturnus statt. Die nächste Sitzung wird im September 1995 durchgeführt werden. 1994 gehörten dem Wissenschaftlichen Beirat an:

Prof. Dr. Marian Dobrosielski
Universität Warschau
(Vorsitzender)

Prof. Dr. Vojin Dimitrijevic
Universität Belgrad

Prof. Dr. Hans-Peter Dürr
Werner-Heisenberg-Institut für Physik, München

Prof. Dr. Jean Klein
Institut Français des Relations Internationales, Paris

Prof. Dr. Theodor Leuenberger
Hochschule St. Gallen

Prof. Dr. Jiri Valenta
Institute of International Relations, Prag

Prof. Egon Bahr
Bundesminister a.D., vormals Direktor IFSH

Der *Institutsrat* trat im Berichtszeitraum zu fünf Sitzungen zusammen.

3. Forschungsprojekte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Egon Bahr/Dieter S. Lutz

- Gemeinsame Sicherheit/Kollektive Sicherheit

Hans-Georg Ehrhart

- Peacekeeping und europäische Sicherheit

Hans-Georg Ehrhart/Anna Kreikemeyer/Ursel Schlichting

- Sicherheit durch gesamteuropäische Integration: Welche Perspektiven haben die Nachfolgestaaten der Sowjetunion?

Hans-Joachim Gießmann

- Militärische Sicherheit in Mitteleuropa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts

Jürgen Groß

- Die eingebildete Ohnmacht: Sicherheitspolitik zwischen globalen Herausforderungen und lokalen Konflikten

Otfried Ischebeck

- Kooperative Strategien zur Prävention der Proliferation von Raketen und Nuklearwaffen - Perspektiven für Süd-Asien

Sabine Jaberg

- Ein System der Kollektiven Sicherheit in und für Europa im Spannungsfeld zwischen Theorie und Praxis

Margret Johannsen

- Die nukleare Frage im Madrider Friedensprozeß: Regionale und globale Dimensionen der amerikanischen Rüstungskontrollpolitik im Nahen und Mittleren Osten

Matthias Z. Karádi

- Europäische Sicherheit im Geflecht ineinandergreifender Institutionen - Arbeitsteilung oder Konkurrenz? Konzeptionelle und organisatorische Entwicklungen der sicherheitspolitischen Institutionen Europas nach Ende des Ost-West-Konflikts

Konrad Klingenburg

- Vom Krisenmanagement zur Konfliktprävention - Herausforderung und Chance für die internationale Gemeinschaft nach dem Ende des Ost-West-Konflikts

Anna Kreikemeyer

- Russische Außen- und Sicherheitspolitik in bewaffneten Konflikten auf dem Territorium der früheren Sowjetunion

Erwin Müller

- Ein System Kollektiver Sicherheit (SKS) als Basis einer neuen Europäischen Sicherheitsordnung

Reinhard Mutz

- Europäische Sicherheit zwischen alter und neuer Frontenbildung und die sicherheitspolitische Orientierung der Bundesrepublik Deutschland

Reinhard Mutz/Götz Neuneck/Jörg Wallner

- Vorbeugende Rüstungskontrolle - Ziele und Aufgaben unter besonderer Berücksichtigung verfahrensmäßiger und institutioneller Umsetzung im Rahmen internationaler Rüstungskontroll- und Abrüstungsregime

Götz Neuneck

- Qualitative Rüstungsdynamik und Rüstungskontrolle - Erfahrungen und Probleme

Ulrike Neureither/Hans-Joachim Gießmann/Dieter S. Lutz

- Technik - Gewalt - Ethik. Entwicklungen von Gesellschaft und Technik, ihrer wechselseitigen Beeinflussung und Kontrolle

Ursel Schlichting

- Nationalitätenkonflikte in der ehemaligen Sowjetunion

Wolfgang Zellner

- Strategien zur Bewältigung des sicherheitspolitischen Vakuums in Osteuropa. Das Beispiel Ungarns 1990 bis 1995

Bearbeiter: Egon Bahr/Dieter S. Lutz

Projekt: Gemeinsame Sicherheit/Kollektive Sicherheit

Kurzbeschreibung:

In den vergangenen Jahren hat das IFSH versucht, Gemeinsame Sicherheit theoretisch und konzeptionell zu entwickeln und eine Vielfalt der Probleme ihrer Umsetzung in die Praxis zu diskutieren. Überlegungen und Diskussionen haben ihren Niederschlag unter anderem in sechs Sammelbänden und einer Reihe weiterer Veröffentlichungen gefunden.

Die Einsicht, die zur Gemeinsamen Sicherheit führt, besitzt auch nach den revolutionären Umbrüchen in der vormaligen Sowjetunion und in Ost- und Südosteuropa weiterhin ihre Gültigkeit. Grenzüberschreitende Gefahren, seien es militärische, seien es ökonomische, ökologische oder technologische, bedürfen auch nach Überwindung des Ost-West-Konfliktes und nach Ablösung der Pakte der (Einsicht zur) grenzüberschreitenden partnerschaftlichen Kooperation. Allerdings zielt Gemeinsame Sicherheit auf die Bewältigung der Bedrohung und Gefährdung des Friedens "lediglich" im Frieden. Was als Überlegung für den Normalfall, sprich: Frieden gilt, muß aber erst recht für den Ernstfall Gültigkeit besitzen, d.h. muß für den Krisen- und Kriegsfall fortentwickelt werden. Nukleare Strahlung z.B. kennt weder staatliche noch zeitliche Grenzen. Die Rationalisierung, die in der "gemeinsamen" Bewältigung von Gefahren liegt, endet deshalb nicht, wenn der Ernstfall eintritt. Im Gegenteil: Als Ansatz zur Bewältigung von Konflikten muß sich die Idee der "Gemeinsamen Sicherheit" gerade im Konfliktfall bewähren. Konsequenterweise gedacht, führt "Gemeinsame Sicherheit" somit langfristig zu einem "System Kollektiver Sicherheit".

In den neunziger Jahren bietet sich erstmals die Chance zur Realisierung des auch in der Logik Gemeinsamer Sicherheit liegenden Systems "Kollektiver Sicherheit". Ein solches regionales System Kollektiver Sicherheit findet sich im übrigen auch seit langem in einer Reihe von Verträgen und Rechtsnormen. Zu ihnen gehören Artikel 52 ff. der Charta der Vereinten Nationen und der Artikel 24 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland.

Das Prinzip der Kollektiven Sicherheit ist also nicht gänzlich neu. Erst aber, wenn die Ergebnisse der Diskussion um Gemeinsame Sicherheit Eingang finden in die Überlegungen zur Schaffung eines Systems Kollektiver Sicherheit, besteht die berechtigte Hoffnung, daß sich die Probleme und Fehler von Völkerbund und UNO nicht wiederholen.

Im Berichtszeitraum standen im Mittelpunkt die Analyse der gegenwärtigen defizitären Sicherheitsarchitektur Europas sowie die weitere Ausgestaltung eines regionalen Modells kollektiver Sicherheit in und für Europa, einer Europäischen Sicherheitsgemeinschaft/ESG (vgl. auch bereits Abschnitt 2.1.3). Daneben machte die Realität des Jahres 1994 die Bearbeitung einer Vielzahl von Detailfragen erforderlich, darunter insbes. das Problem des Einsatzes der Bundeswehr "out of area". In Angriff genommen wurde schließlich die Frage nach Funktion und Funktionsfähigkeit einer internationalen obligatorischen (Schieds-)Gerichtsbarkeit.

Wissenschaftliche Kooperation:

- Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI)
- Moskauer Staatliches Institut für Internationale Beziehungen beim Außenministerium der Russischen Föderation
- Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV), Ruhr-Universität Bochum
- Union of Concerned Scientists, Washington D.C.
- Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg

Veröffentlichungen zum Thema:

- Dieter S. Lutz, Sicherheit 2000. Gemeinsame Sicherheit im Übergang vom Abschreckungssystem zu einem System Kollektiver Sicherheit in und für Europa, Baden-Baden 1991.
- Vom Recht des Stärkeren zur Stärke des Rechts. Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG) als Garant von Sicherheit und Frieden - Eine Studie des IFSH -, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 75, Hamburg 1993.
- Dieter S. Lutz, Deutschland und die Kollektive Sicherheit. Politische, rechtliche und programmatische Aspekte, Opladen 1993.

Bearbeiter: Hans-Georg Ehrhart

Projekt: Peacekeeping und europäische Sicherheit

Kurzbeschreibung:

Nach den weltpolitischen Umbrüchen der letzten Jahre ist das wiedervereinigte Deutschland auf der Suche nach seiner künftigen friedenspolitischen Rolle in der Weltpolitik. Es ist weitgehend unbestritten, daß die UNO und regionale Sicherheitsorganisationen den institutionellen Rahmen für die Schaffung bzw. Bewahrung von Sicherheit und Frieden bilden sollen. Umstritten sind hingegen die dafür einzusetzenden Mittel und deren Wirksamkeit. Das gilt auch für Peacekeeping-Operationen (PKO) der UN-Blauhelme, die 1988 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden waren. Die radikalen Veränderungen in den internationalen Beziehungen haben nicht nur neue Handlungsmöglichkeiten zur Konfliktregelung eröffnet. Angesichts veränderter Konfliktstrukturen verändert sich auch das Anforderungsprofil an PKO, deren sicherheitspolitische Relevanz gerade für Europa zuzunehmen scheint.

Die Möglichkeit der Anwendung militärischer Zwangsmaßnahmen im Rahmen von robusten Peacekeeping-Operationen (PKO) hat in der Bundesrepublik die politische Auseinandersetzung über die künftige friedenspolitische Rolle des wiedervereinigten Deutschland in der Welt verschärft. Die politischen Fronten verlaufen innerhalb der Regierungsparteien, zwischen den Regierungsparteien, innerhalb der Opposition sowie zwischen Opposition und Regierung.

Die Debatte ist u.a. gekennzeichnet durch politisch-taktische Erwägungen, große Verunsicherung und viele offene Fragen. In ihrem Mittelpunkt steht das äußerst komplexe Problem eines Rechtes auf Einmischung. Demnach soll das Recht der Staaten zu einem Recht der Völker und Menschen weiterentwickelt werden, welches wiederum eine friedenspolitisch gerechtfertigte Einmischung in Form eines humanitär begründeten, die klassische staatliche Souveränität einschränkenden Interventionismus erfordert. Diesem Ansatz liegt die Vorstellung von der Notwendigkeit einer Zivilisierung von Staaten- und Gesellschaftswelt im Rahmen einer zukunftsorientierten Weltinnenpolitik zugrunde. Einerseits können vor dem Hintergrund zunehmender Interdependenzen weitere Schritte in Richtung eines sich verdichtenden Multilateralismus fest-

gestellt werden. Andererseits steht einer Implementierung des universellen Zivilisierungsprojektes insbesondere die Persistenz nationaler Egoismen und die begrenzte Reichweite der zur Verfügung stehenden Mittel entgegen.

Der Wissenschaft fällt die Aufgabe zu, die Problemkomplexität methodisch zu durchdringen und versachlichend in die öffentliche Auseinandersetzung einzugreifen. Mit der Konzentration des Projekts auf Möglichkeiten und Grenzen des Peacekeeping soll ein friedens- und sicherheitspolitischer Teilaspekt in den Mittelpunkt der Untersuchung gerückt werden, der sowohl auf globaler als auch auf europäischer Ebene zunehmende Bedeutung zu gewinnen scheint.

Die Leitfrage des Projektes lautet deshalb: Welche konflikttheoretischen und -praktischen Lehren kann die Bundesrepublik Deutschland aus den jüngsten Erfahrungen im Hinblick auf tatsächliche und mögliche friedenspolitische Funktionen von PKO im allgemeinen und auf ihren Stellenwert für die europäische Sicherheit im besonderen ableiten?

Wissenschaftliche Kooperation:

- Center for Strategic and International Studies, Washington, D.C., USA
- Center for International Relations, Queen's University, Kingston, Kanada
- The Canadian Institute of Strategic Studies, Ottawa, Kanada
- Université de Montréal, Kanada

Veröffentlichungen zum Thema:

- L'Allemagne et l'UNO, in: Politique Etrangère 3/1993, S. 673 - 685.
- Was ist Peacekeeping? Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Ausgabe 15/1994 (zusammen mit Konrad Klingenburg).

Bearbeiter: Hans-Georg Ehrhart/Anna Kreikemeyer/Ursel Schlichting

Projekt: Sicherheit durch gesamteuropäische Integration: Welche Perspektiven haben die Nachfolgestaaten der Sowjetunion?

Kurzbeschreibung:

Die Sowjetunion existiert nicht mehr. Gleichwohl wird uns die Brisanz der "sowjetischen Frage" täglich vor Augen geführt. Sie beinhaltet in einem doppelten Sinne die Alternativen "Integration oder Zerfall?": Einerseits geht es um die Entwicklung neuer kooperativer Strukturen zwischen den unabhängigen Staaten der GUS sowie um ihre Einbindung in einen gesamteuropäischen Integrationsprozeß. Andererseits geht es um den von gewaltsamen Auseinandersetzungen begleiteten Zerfall der politischen und gesellschaftlichen Strukturen in dieser Region und seine Folgen für die Sicherheit Europas.

So richtig die These ist, daß die Schaffung entsprechender innenpolitischer und gesellschaftlicher Bedingungen von entscheidender Bedeutung für das Gelingen des Systemwechsels ist, so naheliegend scheint im Zeitalter zunehmender Interdependenz auch die Annahme, daß dieser Umbruch ohne westliche Flankierung keinen Erfolg haben wird. Da dieser Erfolg aber im wohlverstandenen sicherheitspolitischen Eigeninteresse aller europäischen Staaten liegt, geht das Projekt von der zentralen These aus, daß die Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion in einen gesamteuropäischen Assoziations- und/oder Integrationsprozeß einbezogen werden sollten. Die daraus abgeleitete übergreifende Fragestellung lautet: Sind diese Staaten integrationsfähig und welche integrationspolitischen Perspektiven haben sie? Oder anders ausgedrückt: Welche Rolle wollen, können und sollen die Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion in einem gesamteuropäischen Integrationsprozeß spielen?

Die aus dieser Fragestellung abgeleiteten Hauptfragen lauten:

1. Welche gesellschaftlichen Interessen artikulieren sich in den Staaten der GUS vor dem Hintergrund welcher gesellschaftlichen/nationalen Konfliktstrukturen zur Problematik der europäischen Sicherheit und Integration?

2. Welche Politik verfolgt Rußland hinsichtlich seiner eigenen Stabilisierung, gegenüber den anderen Mitgliedern der GUS und gegenüber den anderen Staaten des KSZE-Raumes?
3. Welche sicherheits- und europapolitischen Vorstellungen existieren innerhalb der GUS und wie sollen sie durchgesetzt werden?
4. Welche Politik verfolgen die Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion gegenüber den europäischen Integrationssystemen NATO, KSZE, EG und Europarat?
5. Wie verhalten sich die genannten Integrationssysteme gegenüber der GUS und den einzelnen Staaten und welche Positionen vertreten aus welchen Gründen die westlichen Regierungen?
6. Wie können die Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR in einen gesamteuropäischen Prozeß integriert werden, welche institutionellen Partizipationsmöglichkeiten bestehen und welche gesamteuropäischen Sicherheitsstrukturen sind mittel- und langfristig unter welchen Bedingungen anzustreben?

Wissenschaftliche Kooperation:

- Staatsinstitut für Internationale Beziehungen, Moskau
- Europainstitut der Russischen Akademie der Wissenschaften, Moskau
- Institut für USA- und Kanada-Studien der Russischen Akademie der Wissenschaften, Moskau
- Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln
- Gorbatschow-Stiftung für sozialwissenschaftliche und politische Forschung, Moskau
- Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der Ukraine, Kiew
- Institut für Politikwissenschaft, Universität Minsk

Veröffentlichung zum Thema:

- Andrei V. Zagorski/Anna Kreikemeyer/Hans-Georg Ehrhart (Hrsg.), Strany Bywschego SSR u Europeiskaja Besopasnost (Die Staaten der ehemaligen UdSSR und die europäische Sicherheit), Moskau 1994.

Bearbeiter: Hans-Joachim Gießmann

Projekt: Militärische Sicherheit in Mitteleuropa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts

Kurzbeschreibung:

Der Umbruch der europäischen Sicherheitsordnung ist an einen kritischen Punkt gelangt. Neue Herausforderungen sind virulent, ohne daß bestehende Institutionen und Mechanismen imstande wären, ihnen wirksam zu entsprechen. Weder ist erkennbar, wie bewaffnete Konflikte im Osten und im Süden des Kontinents eingedämmt oder verhindert werden können, noch wie die Einbindung der Reformstaaten in verlässliche übergreifende Sicherheitsstrukturen erfolgen soll. Die Erreichbarkeit einer ungeteilten europäischen Sicherheit ist für die Zukunft Mitteleuropas von außerordentlicher Bedeutung. Umgekehrt wird vom künftigen Kurs der Staaten Mitteleuropas maßgeblich mit abhängen, ob und in welcher Form ein kooperatives Sicherheitssystem in Europa errichtet werden kann.

Empirische Grundlage des von der *Volkswagen-Stiftung* geförderten Projekts bildet eine vergleichende Analyse von sicherheitspolitischen Perzeptionen, militärischen Doktrinen, Verteidigungsplanung und Streitkräfteentwicklungen der mitteleuropäischen Staaten Ungarn, Tschechien, Slowakei, Polen und Österreich. Davon ausgehend werden verschiedene sicherheitspolitische Alternativen in der Region bzw. aus regionaler Sicht diskutiert und Handlungsangebote auch für die Bundesrepublik Deutschland unterbreitet. Die Forschungsergebnisse sollen Aufschluß über Ziele, Interessen und Möglichkeiten nationaler und regionaler Politik für die Gestaltung einer europaweiten Sicherheitsordnung geben.

Wissenschaftliche Kooperation:

- Institut für Strategische und Verteidigungsstudien, Budapest
- Institut für Internationale Studien, Bratislawa
- Institut für Internationale Beziehungen, Warschau
- Militärakademie der Tschechischen Republik, Brno
- Österreichisches Institut für Internationale Politik, Wien
- Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg
- Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit

Veröffentlichungen zum Thema:

- Militärische Neuordnung in Mittel-Ost-Europa (Hrsg. zusammen mit Frank Rödiger), Bremen 1994.
- Osteuropa zwischen sicherheitspolitischen Visionen und nationalen Interessen, in: Militärische Neuordnung in Mittel-Ost-Europa, Bremen 1994, S. 16-41.
- Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft: Vision und Akzeptanz im Spiegel der Interessen Mittel-Osteuropas, in: Kollektive Sicherheit zwischen Realität und Modell. Beiträge zur Diskussion über eine Europäische Sicherheitsgemeinschaft (Hrsg. zusammen mit Hans-Georg Ehrhart, Dieter S. Lutz, Erwin Müller), Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 82, Hamburg 1994, S. 25-54.
- Baupläne, aber kein Gebäude: Fragmente europäischer Sicherheit (zusammen mit Hans-Georg Ehrhart, Sabine Jaberg, Reinhard Mutz), in: Friedhelm Solms/Reinhard Mutz/Gert Krell (Hrsg.), Friedensgutachten 1994, Münster/Hamburg 1994, S. 196-212.

Bearbeiter: Jürgen Groß

Projekt: Die eingebildete Ohnmacht. Sicherheitspolitik zwischen globalen Herausforderungen und lokalen Konflikten

Kurzbeschreibung:

Fünf Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges in Europa wird immer deutlicher, daß er eine Fülle anderer Konfliktpotentiale nur verdeckt bzw. deren Austragung verhindert hatte. Diese vergessenen und verdrängten Konflikte drängen sich jetzt wieder in den Vordergrund und bedürfen dringend der politischen Einhegung. Daneben tritt eine neue Kategorie von Herausforderungen, die insbesondere durch ihre globale Reichweite sowie ihren exponentiellen Verlauf charakterisiert sind. Angesichts dieser Entwicklungen sind alle Staaten bei der Sicherung ihres Überlebens auf eine neue Qualität ihrer Zusammenarbeit angewiesen: Erforderlich ist eine "Weltinnenpolitik". Andererseits sind die meisten Staaten offenbar unter keinen Umständen bereit, ihre Souveränität aufzugeben; für die meisten Menschen bleibt der Nationalstaat immer noch der primäre Ort ihrer sozialen Identität.

Angesichts dieser Hindernisse hat "Weltinnenpolitik" nur dann eine Chance auf ihre politische Realisierbarkeit, wenn sie sukzessiv, regional differenziert und insbesondere unter Berücksichtigung der öffentlichen Meinung erfolgt. Ohne die Zustimmung der Bevölkerung, die mehr sein muß als eine vordergründige verbale Duldungsbereitschaft, erscheint eine solche Politik utopisch. Es soll daher zunächst untersucht werden, was dem Bürger in diesem Bereich zugemutet werden kann.

Weiterhin ist zu berücksichtigen, daß weder die Vereinten Nationen noch irgendwelche einzelnen Staaten oder Allianzen über die Mittel verfügen, allen ausgebrochenen militärischen Konflikten ein Ende zu setzen. Da es jedoch keine Alternative sein kann, die "Brandherde von selber ausbrennen" zu lassen, ist ein breites Spektrum von eingeübten Mechanismen, von Kräften und Mitteln notwendig, die (a) regional zu differenzieren und (b) schwerpunktmäßig auf die Früherkennung von Konflikten und die präventive Verhinderung ihrer gewaltsamen Austragung auszurichten sind. Unter Zugrundelegung der gewonnenen Erkenntnisse über die Einstellung der Öffentlichkeit zu dieser Problematik soll ver-

sucht werden, diskutierte Instrumente des internationalen Krisenmanagements zu bewerten und zu einem Konzept zu verknüpfen.

Wissenschaftliche Kooperation:

- Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg
- Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, Strausberg

Bearbeiter: Otfried Ischebeck

Projekt: Kooperative Strategien zur Prävention der Proliferation von Raketen und Nuklearwaffen - Perspektiven für Süd-Asien

Kurzbeschreibung:

Die Proliferation von Kernwaffen und deren Trägersystemen in Südasien ist zu einem brennenden Thema der globalen Sicherheitspolitik geworden. Indien und Pakistan sind dabei, Kurzstreckenraketen bereitzustellen, die einen Kernsprengkopf tragen können. Trotz geringer Reichweite (80-250 km) können diese Raketen Millionenstädte bedrohen (z.B. Lahore und Delhi). Weder Indien noch Pakistan scheinen bereit zu sein, dem nuklearen Nicht-Verbreitungsvertrag beizutreten. Dies ist vor dem Hintergrund zu sehen, daß regionale Konflikte in Kaschmir und in der pakistanischen Südprowinz Sindh in den vergangenen Jahren zu einer krisenhaften Verschlechterung des indisch-pakistanischen Verhältnisses geführt haben.

Das Projekt untersucht Wege, wie die militärische Zuspitzung im Verhältnis der beiden Länder in kooperativer Weise stabilisiert werden kann. Insbesondere werden Wege gesucht, die Bedrohungen durch Kernwaffen und Raketen einzudämmen.

Zum einen kann dies durch die klassischen Zugänge geschehen, die sich im Ost-West-Konflikt bewährt haben: Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle und Abrüstung. Dabei müssen die Verflechtungen von lokalen Konflikten mit strategischen Überlegungen und Rüstungsanstrengungen zu einer nuklearen Abschreckung im südasiatischen Raum berücksichtigt werden. In strategischer Hinsicht sind die Verhältnisse hier sehr verschieden von denen des zurückliegenden bipolaren Ost-West-Konflikts. Indien sieht seine Aufrüstung mit Kernwaffen und Raketen vor allem als einen Versuch, im asiatischen und im globalen Rahmen politisch mit China gleichzuziehen. Indien versucht, mit diesen Rüstungsanstrengungen den Status einer sicherheitspolitisch bestimmenden Macht im Raum des Indischen Ozeans zu erlangen. Pakistan sieht hingegen die nukleare Bedrohung direkt im Zusammenhang mit den pakistanisch-indischen Regionalkonflikten.

Zum anderen können Kooperationen im nicht-militärischen Bereich zwischen Forschungs- und Entwicklungszentren in Südasien Signale für eine zivile Kooperation in Feldern fortgeschrittener Technologie setzen. Energieprogramme und Nutzung des Weltraums zur Kommunikation, zur regionalen Wettervorhersage und zur Fernerkundung können dabei eine wichtige Rolle spielen. Als Teil einer "erweiterten Sicherheitspolitik" können diese Programme längerfristig einen Beitrag zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung, zum Umweltschutz und zur Armutsbekämpfung leisten. Sie stehen so im Rahmen einer "erweiterten Sicherheitspolitik".

Eine Einbindung europäischer Institutionen und Forschungsinstitute in diese Programme kann zum einen die regionale Kooperation unter den südasiatischen Ländern fördern, zum anderen auch für die beteiligten europäischen Institutionen selbst Nutzen bringen. Sie kann dazu beitragen, daß die Anstrengungen der Entwicklungsländer in Bereichen fortgeschrittener Technologie nicht nur als potentielle militärische Bedrohung der Industrieländer gesehen wird.

Wissenschaftliche Kooperation:

- Quaid-I-Azam University, Islamabad, Pakistan
- Institute for Defence Studies and Analyses, New Delhi, Indien

Veröffentlichung zum Thema:

- Kernwaffen in Südasien: Die Proliferation muß gestoppt werden, in: Wissenschaft und Frieden 4/1994, S. 19-23.

Bearbeiterin: Sabine Jaberg

Projekt: Ein System der Kollektiven Sicherheit in und für Europa im Spannungsfeld zwischen Theorie und Praxis

Kurzbeschreibung:

Mit dem Systemantagonismus ist auch das gesamte bisherige Koordinatensystem der europäischen Sicherheitspolitik zusammengebrochen. Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien und die zahlreichen gewaltsamen Auseinandersetzungen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion belegen exemplarisch, daß die alten Sicherheitsstrukturen zu einer effektiven Verhütung und Beilegung von Konflikten nicht taugen. In Situationen, in denen offensichtlich alte Orientierungsmuster ihre Leitfunktion verlieren, wächst der Orientierungsbedarf. Wissenschaftlich erarbeitete Modelle können diesen Bedarf erfüllen, indem sie unabhängig von politischen, kurzfristigen Partikularinteressen problemadäquate Antworten anbieten. Modelle müssen daher zum einen den realen Entwicklungstendenzen Rechnung tragen, um nicht ins willkürlich Spekulative zu verfallen. Zum anderen müssen sie mit einem gewissen konzeptionellen Überschuß zur Entwicklung einer "konkreten Utopie" beitragen, da sie ansonsten lediglich dazu dienen würden, aktuelle Entwicklungstrends fortzuschreiben, also aktuelle Politiken wissenschaftlich zu legitimieren - unabhängig davon, ob diese den sicherheitspolitischen Herausforderungen angemessen sind oder nicht.

Als Gesamtentwurf bietet sich ein System der Kollektiven Sicherheit an, denn es formuliert den Bruch hinsichtlich der Zielsetzung und Funktionsweise eines Sicherheitssystems am deutlichsten. Allerdings läßt sich daraus nicht automatisch auf seine Funktionstüchtigkeit schließen. Vielmehr müssen in der Realität bestimmte subjektive und objektive Voraussetzungen gegeben sein. Diese wirken ihrerseits auf die konkrete Ausgestaltung eines Systems der Kollektiven Sicherheit zurück. Um herauszufinden, welchen Beitrag ein System der Kollektiven Sicherheit für die Sicherheit in Europa leisten kann, muß also vom System in seiner Idealform ausgegangen werden, um es dann mit den realen Gegebenheiten zu konfrontieren und das bestehende Spannungsverhältnis in einen Modell-Entwurf übersetzen zu können.

Daraus leiten sich folgende Fragenkomplexe ab:

1. Welche historischen Erfahrungen gibt es mit einem System der Kollektiven Sicherheit?
2. Welche Rückschlüsse lassen sich auf die Wesensmerkmale eines solchen Systems ziehen? Anders gefragt: Welche konstanten und variablen Strukturmerkmale gibt es? Auf welchen Konflikttyp sind die traditionellen Systeme/Modelle kollektiver Sicherheit zugeschnitten? Welche objektiven und subjektiven Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit höchstmögliche Funktionstüchtigkeit erwartet werden kann?
3. Welche Konflikttypen müssen heute bearbeitet werden?
4. Wie sieht eine problemadäquate sicherheitspolitische Gesamtstrategie aus? Wie hängen Konfliktprophylaxe, Friedliche Streitbeilegung und Kollektive Sicherheit zusammen?
5. Welche Ansätze zur Problemlösung werden bereits besprochen? Welche dieser Ansätze können für ein System der Kollektiven Sicherheit nutzbar gemacht werden? Welche müssen gestoppt oder doch wenigstens neutralisiert werden?
6. Was konstruiert eine Region im völkerrechtlichen Sinne bzw. wer muß an einem funktionsfähigen regionalen Sicherheitssystem teilnehmen?
7. Welche Rückschlüsse lassen sich auf die Wesensmerkmale eines Systems der Kollektiven Sicherheit ziehen?
8. Welche Optionen gibt es, ein solches System normativ und institutionell auszugestalten? Welcher Option ist der Vorrang einzuräumen?

Veröffentlichungen zum Thema:

- Möglichkeiten und Grenzen der Konfliktvorbeugung und der nicht-militärischen Konfliktlösungen. Stellungnahme für die öffentliche Anhörung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages am 25. Mai 1994 in Bonn, in: Protokoll der 97. Sitzung der 12. Wahlperiode des Auswärtigen Ausschusses, S. 135-179 (zusammen mit Reinhard Mutz und Konrad Klingenburg).
- Baupläne, aber kein Gebäude: Fragmente europäischer Sicherheit, in: Friedhelm Solms/Reinhard Mutz/Gert Krell (Hrsg.), Friedensgutachten 1994. Münster/Hamburg 1994, S. 196-212 (zusammen mit Hans-Georg Ehrhart, Hans-Joachim Gießmann und Reinhard Mutz).

Bearbeiterin: Margret Johannsen

Projekt: Die nukleare Frage im Madrider Friedensprozeß: Regionale und globale Dimensionen der amerikanischen Rüstungskontrollpolitik im Nahen und Mittleren Osten

Kurzbeschreibung:

Die Auflösung des Ost-West-Konflikts führt zu einer Fragmentierung der internationalen Politik und in ihrer Folge zu einer wachsenden Bedeutung regionaler Sicherheitssysteme. Zwischen regionalspezifischen Strategien zur nuklearen Rüstungskontrolle und dem global angelegten Regime des Nichtverbreitungsvertrags (NPT) besteht ein interdependentes Verhältnis. Dies gilt in besonderem Maße für die gewählte Region.

Das Forschungsvorhaben hat den Zusammenhang von regionalen und globalen Strategien zur Kontrolle der Weiterverbreitung von Nuklearwaffen zum Gegenstand. Neben Südasien gilt der Nahe und Mittlere Osten als eine der sensibelsten Proliferationsregionen weltweit, der darüber hinaus nach wie vor außerordentliche Bedeutung für die europäische Sicherheit zugesprochen werden kann. Ziel des Vorhabens ist es, die Möglichkeiten zu untersuchen, die der Madrider Friedensprozeß für eine nachhaltige Lösung der regionalen *und* globalen Sicherheitsdilemmata bietet, die mit der - bereits bestehenden und nicht auszuschließenden weiteren - Nuklearisierung des Nahen und Mittleren Ostens verbunden sind. Das besondere Interesse der Untersuchung richtet sich auf die Rolle der USA, dem heute einzigen relevanten externen Anbieter von Sicherheit in der Region, bei den multilateralen Rüstungskontrollgesprächen im Rahmen des Madrider Friedensprozesses und die amerikanische Agenda zur Regelung der nuklearen Frage im Nahen und Mittleren Osten.

Wissenschaftliche Kooperation:

- Congressional Research Service, Washington, D.C.
- BESA Center for Strategic Studies, Ramat-Gan, Israel
- Royal Institute of International Affairs, London
- The Jaffee Center for Strategic Studies, Tel Aviv
- United Nations Institute for Disarmament Research, Genf

Veröffentlichungen zum Thema:

- **Frieden und Sicherheit am Beispiel des Nahost-Konflikts. 2 Studienhefte Sozialkunde (Sekundarstufe II), Internationale Politik, Institut für Lernsysteme, Gütersloh/Hamburg 1994.**
- **Frieden für Palästina? Pädagogische Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Ausgabe 4/1994.**

Bearbeiter: Matthias Z. Karádi

Projekt: Europäische Sicherheit im Geflecht ineinandergreifender Institutionen - Arbeitsteilung oder Konkurrenz? Konzeptionelle und organisatorische Entwicklungen der sicherheitspolitischen Institutionen Europas nach Ende des Ost-West-Konflikts.

Kurzbeschreibung:

Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts befindet sich Europa auf der Suche nach einer adäquaten Sicherheitsarchitektur. Die Reform, Anpassung und Erweiterung der bestehenden sicherheitspolitisch relevanten Institutionen steht hierbei im Mittelpunkt. Mit der NATO-Wortschöpfung des "Geflechts ineinandergreifender Institutionen" ist die gegenwärtige europäische Sicherheitsarchitektur euphemistisch umschrieben. Gegenwärtig zeichnet sich die europäische sicherheitspolitische Realität durch ein institutionelles und konzeptionelles "Durchwursteln" und ein schwer durchschaubares Nebeneinander und Miteinander von "interlocking institutions" aus, mit denen sich der Nachteil verbindet, daß sie zugleich als "interblocking institutions" wirken.

Ziel des Projektes ist es, das europäische Institutionengeflecht von NATO, WEU, OSZE und UNO zu entwirren, d.h. zu untersuchen, welche sicherheitspolitischen Funktionen die einzelnen Institutionen erfüllen, erfüllen könnten oder erfüllen möchten. Dabei lassen sich drei sicherheitspolitische Grundkonzeptionen unterscheiden:

- *die atlantische Konzeption:* Primat der NATO, um die USA so fest wie irgend möglich in Europa zu verankern.
- *die westeuropäische Konzeption:* zügiger Ausbau der WEU als Alternativorganisation.
- *die gesamteuropäische Konzeption:* Aufbau eines regionalen Systems Kollektiver Sicherheit unter gleichberechtigter Teilhabe Rußlands im OSZE-Rahmen.

Es stellt sich die Frage, ob eine einseitige Realisierung einer dieser Optionen möglich oder gar wünschenswert ist. Die unterschiedlichen Interessen der Akteure legen vielmehr den Schluß nahe, daß einseitige Optionen sich von selbst verbieten.

Aus dem oben gesagten lassen sich folgende Fragenkomplexe ableiten:

- Wie kann das gegenwärtige Institutionenwirrwarr zu einem wirksamen arbeitsteiligen System kooperativer Sicherheit umgewandelt werden? Welche Ansätze können nebeneinander laufen, welche ste-

hen sich diametral entgegen? Welche Institutionen müßten aufgewertet, welche in ihren Kompetenzen beschnitten werden?

- Inwieweit ist das Konzept der "interlocking institutions" in sich schlüssig? Besteht überhaupt die Möglichkeit einer wirksamen Arbeitsteilung oder stehen nicht vollkommen unvereinbare sicherheitspolitische Konzepte hinter den einzelnen Institutionen?
- Soll die NATO um die osteuropäischen Staaten erweitert werden? Wie sind im Rahmen der NATO-Reform die PfP, der NACC und die Rolle der NATO als ausführendes Organ der UNO zu bewerten?
- Können die westlichen Institutionen nach Ostmitteleuropa behutsam ausgedehnt und das übrige Osteuropa (GUS) gleichzeitig sicherheitspolitisch im Rahmen einer aufgewerteten OSZE und des NACC eingebunden werden?
- Wie kann die OSZE aufgewertet werden? Welche Aufgabenüberschneidungen bestehen im besonderen zwischen OSZE und NATO/NACC und PfP?
- Welche nationalstaatlichen Interessen favorisieren aus welchem Grunde bestimmte Institutionen?

These: Hauptziel europäischer Sicherheitspolitik muß es sein, den atlantischen, westeuropäischen und gesamteuropäischen sicherheitspolitischen Ansatz vertreten durch NATO, WEU/EU und OSZE zu einem wirksamen Konzept europäischer Sicherheit zu verbinden. Im Idealfall könnten sich so die Stärken und Schwächen der einzelnen Institutionen und Organisationen gegenseitig aufheben oder zumindest ausgleichend wirken. Eine eindeutige Festlegung der spezifischen Aufgaben und Kompetenzen ist hierfür erforderlich.

Wissenschaftliche Kooperation:

Arbeitsstelle für transatlantische Außen- und Sicherheitspolitik, Freie Universität Berlin

Veröffentlichungen zum Thema:

- Die Reform der Atlantischen Allianz. Bündnispolitik als Beitrag zur kooperativen Sicherheit in Europa? Münster 1994.
- Polen und die NATO - "Partnerschaft für den Frieden", Bündnispartner oder...?, in: Hamburger Lehrerzeitung, Mai 1994, S. 8-9.
- Expanding NATO But Not Quite Yet, in: European Brief 6/1994, S. 39-40.

Bearbeiter: Konrad Klingenburg

Projekt: Vom Krisenmanagement zur Konfliktprävention - Herausforderung und Chance für die internationale Gemeinschaft nach dem Ende des Ost-West-Konflikts

Kurzbeschreibung:

Die Hoffnung, mit dem Ende des Kalten Krieges würde auch eine Zivilisierung der internationalen Beziehungen einhergehen, muß nach den Ereignissen des Jahres 1994 als Illusion angesehen werden. Bosnien-Herzegowina, Ruanda und Somalia stehen als Synonyme für das Scheitern der Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft, Konflikte zu lösen und ihren gewaltsamen Austrag zu beenden. Diese Länder gelten auch als Beispiele dafür, daß es den internationalen Organisationen in ihrer gegenwärtigen Verfassung nicht gelingt, die Eskalation von Konflikten zu Kriegen zu verhindern. Allerdings sind dafür weniger die Organisationen als ihre Mitgliedstaaten verantwortlich zu machen, die die notwendige Unterstützung vermissen lassen. Weder die UNO noch die KSZE - jetzt OSZE - können den ihnen zugedachten Platz als Schaltstellen einer neuen, friedlichen Weltordnung ausfüllen und als Ordnungsinstrumente im Rahmen einer effektiven Weltinnenpolitik tätig werden.

Aus der Ohnmacht der internationalen Gemeinschaft lassen sich grundsätzlich zwei Schlußfolgerungen ziehen. Die erste ist, daß multinationales Krisen- und Konfliktmanagement aufgrund der ihm immanenten Schwierigkeiten und Defizite fast zwangsläufig scheitern muß. Regionen, in denen Konflikte ausbrechen, müßten demzufolge sich selbst überlassen werden bzw. man überläßt die Lösungsbemühungen einer einzelnen, dazu befähigten Macht. Umgekehrt läßt sich aber aus der Ohnmacht zweitens folgern, daß die Strategien und Instrumente, die internationalen Organisationen zum Krisen- und Konfliktmanagement zur Verfügung stehen, verändert und verbessert werden müssen. Im Mittelpunkt der Diskussionen über Verbesserungen stehen zwei gegensätzliche Konzepte: einerseits die Effektivierung der militärischen Schlagfähigkeit der UNO sowie der einschlägigen Regionalorganisationen; andererseits ein Umdenken, das darauf abzielt, die UNO und andere Organisationen dazu zu befähigen, künftig frühzeitig auf Krisen und Konflikte reagieren zu können und zumindest deren Eskalation zu Kriegen zu verhindern.

Folgende konkrete Fragen stehen auf der Projekt-Agenda:

- Welche Rolle können heute internationale Organisationen bei der

Friedenssicherung spielen? Wie sollte die Arbeitsteilung zwischen global und regional tätiger Organisation funktionieren?

- Welches Verständnis von Konfliktprävention bzw. Gewaltverhütung ist in den internationalen Organisationen vorherrschend? Über welche Präventions-Konzepte verfügen die Organisationen? Welche "flankierenden Maßnahmen" stehen zur Verfügung?
- Welche praktischen Erfahrungen haben UNO und OSZE mit präventiver Diplomatie gemacht? Wie müssen UNO und OSZE reformiert werden, damit sie eine aktivere und erfolgreichere Rolle im Bereich von Konfliktprävention bzw. Gewaltverhütung spielen können?
- Welche Organisationen oder Gruppen auf der nichtstaatlichen Ebene gibt es, die die UNO und die OSZE bei der Wahrnehmung ihrer neuen Funktion unterstützen könnten? Wie müsste in Zukunft die Zusammenarbeit von staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen geregelt werden?
- Welche innergesellschaftlichen Voraussetzungen erhöhen die internationalen Anwendungschancen der Prävention? Worin könnte der konkrete Beitrag einer zivilen bundesdeutschen Außenpolitik zur Steigerung der Präventionskompetenzen bestehen?

Wissenschaftliche Kooperation (geplant):

- Zusammenarbeit mit den einschlägigen Organen und Foren im Rahmen von UNO und OSZE bzw. von Nichtregierungsorganisationen sowie mit den für das Thema relevanten wissenschaftlichen Institutionen

Veröffentlichungen zum Thema:

- Prügelknabe UNO, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/1994, S. 27-31.
- Möglichkeiten und Grenzen der Konfliktvorbeugung und der nicht-militärischen Konfliktlösungen, Stellungnahme für die öffentliche Anhörung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages am 25. Mai 1994 in Bonn, in: Protokoll der 97. Sitzung der 12. Wahlperiode des Auswärtigen Ausschusses, S. 135-179 (zusammen mit Sabine Jaberg und Reinhard Mutz).
- Vom Krisenmanagement zur Konfliktprävention - Herausforderung und Chance für die Vereinten Nationen, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 3/1994, S. 98-104.

Bearbeiterin: Anna Kreikemeyer

Projekt: Russische Außen- und Sicherheitspolitik in bewaffneten Konflikten auf dem Territorium der früheren Sowjetunion

Kurzbeschreibung

Auf der Grundlage eines Kooperationsabkommens des IFSH mit dem Moskauer Staatlichen Institut für Internationale Beziehungen (MGIMO) wird in Zusammenarbeit mit Dr. Andrej V. Zagorskij, MGIMO, seit Ende 1993 das von der Stiftung Volkswagenwerk finanzierte, deutsch-russische Kooperationsprojekt "Russische Außen- und Sicherheitspolitik in bewaffneten Konflikten auf dem Territorium der früheren Sowjetunion (FSU)" durchgeführt. Es hat das Ziel, einen Teilbereich russischer Außen- und Sicherheitspolitik und zwar als leitendes Erkenntnisinteresse im Hinblick auf die Möglichkeiten und Grenzen gesamteuropäischer Sicherheit zu untersuchen.

Seit der Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten finden auf dem Territorium der FSU mehrere bewaffnete Konflikte statt, die zahlreiche Menschenleben fordern und große Fluchtbewegungen auslösen. Rußland war und ist in verschiedener Weise in solche Konflikte verwickelt. Das Forschungsprojekt geht von der Hypothese aus, daß russische Minderheiten und/oder die Stationierung russischer Truppen in anderen Staaten der FSU als Faktoren anzusehen sind, die autochthone Konfliktursachen überlagern und konfliktverschärfend wirken können. Hegemoniales Verhalten und unkontrollierte Militäreinsätze von russischer Seite erhöhen das Gewaltrisiko. Bei multilateralen Formen der Konfliktregelung stellt sich die Frage ihrer Wirksamkeit einerseits und der Bereitschaft Rußlands, sie zu nutzen, andererseits.

In dem Forschungsvorhaben sollen Untersuchungsergebnisse aus zwei Fallstudien (Dnjestr-Region, Nord- und Transkaukasus) zu den inneren Voraussetzungen der russischen Außen- und Sicherheitspolitik in Bezug gesetzt werden. Während der Transformationsphase wird sie in hohem Maße von den schwankenden Kräfteverhältnissen konkurrierender Akteure beeinflusst. In dem Maße, wie patriotische und nationalistische Kreise an Einfluß gewinnen, drohen hegemoniales Verhalten und zunehmende Militarisierung in der Sicherheitspolitik. In bewaffneten Konflikten erhöhen die Auswirkungen dieser Trends das Risiko einer Eskalation

zu zwischenstaatlichen Kriegen und tragen zu einer Verschärfung anderer außenpolitischer Konflikte bei. Unter solchen Voraussetzungen könnte die regionale Großmacht Rußland zu einem destabilisierenden Faktor im OSZE-Raum werden. In den Nachbarstaaten, in Mittelosteuropa aber auch im Westen wird Rußland daher als Sicherheitsrisiko betrachtet.

Wissenschaftliche Kooperation

- Dr. Andrei V. Zagorski, Stellv. Direktor, Moskauer Staatliches Institut für Internationale Beziehungen (MGIMO), Moskau, Russische Föderation in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern verschiedener russischer Forschungsinstitute.

Veröffentlichungen zum Thema

- Großmacht auf Bewährung. Russisches Militär zwischen Friedenssicherung und imperialer Restauration, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/1994, S. 724-732.
- Russisches Peacekeeping und die Institutionen kooperativer Sicherheit, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 2/1994, S. 71-76.

Bearbeiter: Erwin Müller

Projekt: Ein System Kollektiver Sicherheit (SKS) als Basis einer neuen Europäischen Sicherheitsordnung

Kurzbeschreibung:

Angesichts der tiefgreifenden politischen Veränderungen im europäischen Staatensystem hat sich der Bedarf an einer neuen Sicherheitsordnung der Zukunft sprunghaft erhöht. Aus dem Fundus der in der Diskussion befindlichen Alternativmodelle zur Ablösung einer labilen Sicherheitsgarantie durch Abschreckung bietet sich das Modell der Kollektiven Sicherheit an (Sicherheit durch SKS), in dessen Rahmen sich die Teilmodelle von Sicherheit durch Abrüstung, durch Angriffsunfähigkeit und durch Vertrauensbildung als integrale Elemente einbetten lassen.

Da das Modell aufgrund seiner unzulänglichen Umsetzung im Rahmen von Vorgängeransätzen wie Völkerbund und UNO (falls diese überhaupt als SKS gedacht waren bzw. implementiert wurden) vorbelastet ist und sich massiver Kritik ausgesetzt sieht, ist zunächst abzuklären, wo die prominentesten Defizite der "realisierten" Modelle liegen, die keineswegs mit potentiellen Defiziten der SKS-Idee identisch sein müssen. Gleichwohl ist auch dieser prinzipiellen Frage nachzugehen.

Um sie auf einer möglichst breiten und dementsprechend ergiebigen Basis beantworten zu können, werden auch andere historisch-empirische SKS-Ansätze untersucht und ausgewertet, insbes. das alte Deutsche Reich ab 1648 und der Deutsche Bund. Darüber hinaus läßt sich aus dem Studium der älteren aktuelleren Geschichte von Bündnissen und Balance-of-Power-Systemen, die mit einem SKS eine Vielzahl struktureller Analogien gemeinsam haben, eine Fülle von verwertbaren Aufschlüssen über die Funktionsbedingungen kollektiver Sicherheit, insbes. den Beistandsaspekt, gewinnen.

Kombiniert man diese empirisch gewonnenen Erkenntnisse mit einigen logischen Deduktionen aus vorliegenden generellen Hypothesen, so sollten sich normative Vorgaben formulieren lassen, nach denen ein SKS auszugestalten wäre.

Konkret geht es also um die Ausformulierung der Satzungsrichtlinien eines effektiven SKS, die sowohl alle nötigen Details mit der gebotenen Verbindlichkeit regeln als auch allen hinlänglich wahrscheinlichen Problemfällen gerecht werden, indem ihre Bearbeitbarkeit normativ gesichert wird. Sie müßten alle relevanten Kriterien und Desiderate in einer

so konkreten Weise angeben, daß sich ein rechtliches Regelwerk ableiten ließe. Im einzelnen sind Antworten für folgende Bereiche vonnöten:

1. SKS-Teilnehmerkreis;
2. Entscheidungsfindungsmechanismen;
4. Kompetenzen des SKS;
5. Machtinstrumente des SKS, insbes. ökonomischer und militärischer Art (supranationale Systemstreitkräfte, nationale Streitkräfte und deren -angriffsunfähige - Ausgestaltung etc.).

Die Arbeit in den hier abgesteckten Forschungsbereichen erfolgt nicht abgeschottet von anderen Optionen, sondern mit Blick auf ein weitergehendes Konzept einer Neuen Europäischen Friedensordnung, die zum zeitlich anschließenden Forschungsgegenstand werden sollte. Diese Friedensordnung könnte eine bei allem Sicherheitsgewinn nach wie vor auf der Prämisse potentieller internationaler Konfrontation beruhende Sicherheitsordnung ablösen, indem sie einen Zustand herbeiführt, in dessen Rahmen das (internationale) System die gewohnten Gefährdungen erst gar nicht produziert, sei es aufgrund der Charakteristik seiner Elemente, sei es aufgrund der Charakteristik der Beziehungen zwischen ihnen.

Das Forschungsprojekt wurde 1992 im Rahmen eines Aufenthaltes in den USA am Center for International Affairs an der Harvard University/Cambridge begonnen und danach am IFSH fortgeführt.

Wissenschaftliche Kooperation

- Center for International Affairs, Harvard University
- Center for Defense Journalism, Boston University

Veröffentlichung zum Thema:

- Vom Recht des Stärkeren zur Stärke des Rechts. Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG) als Garant von Sicherheit und Frieden - Eine Studie des IFSH - Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 75, Hamburg 1993 (Mitverf.).

Bearbeiter: Reinhard Mutz

Projekt: Europäische Sicherheit zwischen alter und neuer Frontenbildung und die sicherheitspolitische Orientierung der Bundesrepublik Deutschland.

Kurzbeschreibung:

Ziel des Forschungsvorhabens ist, Voraussetzungen und Erfordernisse zu klären, die den Gesellschaften Europas eine Zukunft gewährleisten

- ohne Krieg,
- frei von äußerer Bedrohung,
- in politischer Selbstbestimmung und
- für alle Beteiligten vorteilhaften Zusammenarbeit.

Das engere Erkenntnisinteresse des Projekts richtet sich auf den möglichen Beitrag der deutschen Politik zur Verwirklichung des Zielzustandes.

Die Konzipierung einer Ordnung des gesicherten Friedens in Europa wirft strukturelle wie strategische Fragen auf. Zunächst zu klären sind die Funktionen, die ein leistungsfähiges System regionaler Sicherheit erfüllen muß. Daraus folgt der Bedarf an Analyse und Entwicklung funktionsgerechter Institutionen, Mechanismen und Instrumente. Beide Problemkomplexe stehen nicht im Vordergrund dieser Untersuchung; sie werden in anderen Projekten bearbeitet. Das Forschungsvorhaben konzentriert sich auf die Frage nach den angemessenen Transformationsstrategien: Auf welchen Wegen und durch welche Mittel kann der Übergang von einer Sicherheitsstruktur, die nach wie vor blockförmige Züge und konfrontative Orientierungen aufweist, zu einer kooperativen (kollektiven) Sicherheitsordnung Europas bewirkt werden? Welche Entwicklungen begünstigen einen solchen Übergang, welche Hindernisse stehen ihm entgegen.

Dazu sind vornehmlich drei Empiriefelder, die derzeit tiefgreifenden Veränderungen unterliegen, realanalytisch zu bearbeiten:

a) *Sicherheitspolitische Risikofaktoren.* Aus welchen Ursachen und Anlässen können künftig in Europa sicherheitsrelevante zwischenstaatliche Konflikte erwachsen? Welche Krisen- und Konfliktzonen bergen neue (nationale, ethnische, menschenrechts- und minoritätspolitische, ökonomische, ökologische) Gefahrenpotentiale? Bedrohen außereuropäische

Konflikte Europa? Kommt eine größere Verantwortung für den Frieden in Krisenregionen der Dritten Welt auf Europa zu?

b) *Sicherheitspolitische Interessenlagen*. Wie definieren die wichtigsten europäischen Staaten ihre Sicherheit nach außen? Wodurch sehen sie sich zu Sicherheitsvorkehrungen veranlaßt? Welche Ziele und Interessen verbinden sich mit der Forderung nach verstärkter sicherheitspolitischer Integration Westeuropas? Was veranlaßt das Bestreben mittel- und ost-europäischer Länder nach Assoziierung und Integration in die multinationalen Zusammenschlüsse des Westens auch auf militärischem Gebiet?

c) *Sicherheitspolitische Strategien*. Welche Methoden, welche Instrumente der Konflikteinwirkung haben während des vergangenen Jahrzehnts in Europa welche Ergebnisse gezeitigt? Wie ist ihre künftige sicherheitspolitische Bedeutung zu beurteilen? Welche Erfolge, welche Mißerfolge verzeichnen die relevanten internationalen Institutionen und Organisationen? Wie ist ihre künftige sicherheitspolitische Bedeutung zu beurteilen?

Die Ergebnisse des Projekts sollen Aufschlüsse über Handlungsspielraum und Optionen der deutschen Sicherheitspolitik erbringen. Die Mittellage Deutschlands impliziert zugleich eine Mittlerrolle. Wie sie bisher wahrgenommen wurde, unterliegt einer kritischen Beurteilung und eröffnet die Frage nach problemangemessenen Alternativen.

Veröffentlichungen zum Thema:

- Gesamteuropäische Kooperation und die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa - Eine kritische Bilanz im Blick auf die Zukunft, in: Cord Jakobeit und Alparslan Yenil (Hrsg.), Gesamt-europa - Analysen, Probleme und Entwicklungsperspektiven, Opladen 1993, S. 98-117.
- Möglichkeiten und Grenzen der Konfliktvorbeugung und der nicht-militärischen Konfliktlösungen, Stellungnahme für die öffentliche Anhörung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages am 25. Mai 1994 in Bonn, in: Protokoll der 97. Sitzung der 12. Wahlperiode des Auswärtigen Ausschusses, S. 135-179 (zusammen mit Sabine Jaberg und Konrad Klingenburg).
- Militärmacht Deutschland? in: Friedhelm Solms, Reinhard Mutz, Gert Krell (Hrsg.), Friedensgutachten 1994, Münster/Hamburg 1994, S. 213-228.

Bearbeiter: Reinhard Mutz/Götz Neuneck/Jörg Wallner

Projekt: Vorbeugende Rüstungskontrolle - Ziele und Aufgaben unter besonderer Berücksichtigung verfahrensmäßiger und institutioneller Umsetzung im Rahmen internationaler Rüstungskontroll- und Abrüstungsregime

Kurzbeschreibung:

Nach der abrüstungspolitischen Erfolgsbilanz zu Anfang der neunziger Jahre erscheint die Zukunft der Rüstungskontrolle heute ungewisser denn je. Mit dem KSE-Vertrag war der Durchbruch zur Reduzierung konventioneller Rüstungen in Europa gelungen, die START-Abkommen werden die nuklearstrategischen Arsenale Rußlands und der USA drastisch verringern und mit der Konvention über chemische Waffen wurde erstmals die vollständige Beseitigung einer ganzen Kategorie von Massenvernichtungsmitteln vereinbart sowie deren Anwendung völkerrechtlich geächtet. Jedoch hat der Rüstungskontrollprozeß seither keine markanten Impulse mehr erhalten, die Verhandlungen wurden eingestellt oder stagnieren.

Die Notwendigkeit einer neuen Aufgabenbestimmung für Rüstungskontrolle drängt sich auf. Zum einen haben sich die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen grundlegend gewandelt. Zum anderen zeichnet sich ab, daß militärische Fähigkeiten zukünftig immer mehr auf hochinnovativen - und zudem überwiegend zivilen - Technologien basieren werden.

Vor dem Hintergrund veränderter politischer Interessen, beschleunigter technologischer Entwicklungen und neuer Bedrohungsmuster müssen die Aufgaben von Rüstungskontrolle folglich erweitert werden in Richtung:

- Krisen- und Konfliktmanagement,
- Vermeidung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen,
- Vermeidung von regionalen oder technologischen Wettrüsten,
- Vermeidung der Diffusion destabilisierender Waffentechnologien.

Vorbeugende Rüstungskontrolle bewegt sich dabei im Spannungsfeld zwischen der Gestaltung von Technologie zur Gewährleistung der äußeren Sicherheit des eigenen Staates und der Eingrenzung des Bedrohungspotentials, das aus neuen Militärtechnologien resultiert. Sie setzt

vor allem auf der Ebene von Forschung und Entwicklung - sowie gegebenenfalls bei der Beschaffung - an. Anhand bestimmter Kriterien sollen rüstungstechnologische Trends frühzeitig auf stabilitätskritische bzw. destabilisierende Wirkungen überprüft werden und es soll eine Beurteilung der Frage ermöglicht werden, ob eine Weiterentwicklung entsprechender Technologien anzustreben ist bzw. wie sie gestaltet werden soll.

Ziel des Projekts ist es, auf dem Erfahrungshintergrund bisheriger Rüstungskontrolle und mit Blick auf die Aufgaben zukünftiger Rüstungssteuerung institutionelle und verfahrensmäßige Probleme präventiver Rüstungskontrolle zu analysieren, mögliche Lösungen auf politische Operabilität zu überprüfen und einer nationalen wie internationalen Entscheidungsfindung zugänglich zu machen. Die praktische Intention ist, einen umsetzbaren Vorschlag zu erarbeiten, der die politischen Entscheidungsträger in den Verfassungsorganen der Bundesrepublik Deutschland zu eigenständiger kompetenter Urteilsbildung in Fragen präventiver Rüstungskontrolle und zukünftiger Technologiegestaltung befähigt. Die Bezugsebene ist dabei nicht allein die nationale Entscheidungskompetenz, sondern auch regionale wie internationale Zusammenarbeit. .

Eine erste Studie liegt seit Anfang 1994 vor. Eine vertiefende Untersuchung wird in der ersten Jahreshälfte 1995 abgeschlossen sein.

Wissenschaftliche Kooperation:

- Arbeitsgruppe Naturwissenschaft und Internationale Sicherheit in der Universität Hamburg (CENSIS)
- Arbeitsgruppe Verifikation an der Ruhr-Universität Bochum
- Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Naturwissenschaft, Technik und Sicherheitspolitik (IANUS), Darmstadt
- Bonn International Center for Conversion (BICC)
- Office of Technology Assessment (OTA), Washington
- Arms Control and Disarmament Agency (ACDA), Washington
- Congressional Research Service (CRS), Washington

Veröffentlichung zum Thema:

- Götz Neuneck, Reinhard Mutz, Qualitative Rüstungskontrolle - Erfahrungen und Probleme, Gutachten für das Büro für Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages im Rahmen des Projektes "Rüstungskontrollkriterien", Hamburg 1994.

Bearbeiter: Götz Neuneck

Projekt: Qualitative Rüstungsdynamik und Rüstungskontrolle - Erfahrungen und Probleme

Kurzbeschreibung:

Nach Ende des Ost-West-Konfliktes befinden sich ca. zwanzig bi- und multilaterale Rüstungskontrollabkommen in Kraft, die im wesentlichen dem Höhepunkt des Kalten Krieges Ende der sechziger Jahre entstammen. Neben dem Problem unvollständiger Vertragsabdeckung, unzureichender Beteiligungsbereitschaft und teilweise fehlender Verifikationsverpflichtung tritt das Fehlen von qualitativen Kriterien in bezug auf die militärische Forschung, Entwicklung und Erprobung besonders hervor. Mehr denn je setzen die modernen Industriestaaten, allen voran die USA, auf die Integration von Hochtechnologie in ihre durch Budgetkürzungen und eine veränderte Sicherheitslage bedrohten Streitkräfte. Militärtechnologie ist längst nicht mehr Gegenstand von Rüstungskontrolldebatten, sondern vielmehr Motor für die High-Tech-Beschaffung der Zukunft. Konzepte wie "Informations-Kriegführung", "Digitales Schlachtfeld", "Robo-Soldier" und "Non-lethal warfare" haben zur Zeit Hochkonjunktur. Ob und wie diese Entwicklungen in effiziente Rüstungskontrolle einbezogen werden sollen, ist weitgehend offen. Die "Dual-Use-Problematik", weltweiter Handel und die damit verbundenen Weiterverbreitungsmöglichkeiten sowie latenten Konfliktkonstellationen in einigen Krisenregionen erschweren zudem die Eingrenzung und Vermeidung technologischer Rüstungswettläufe.

Im Rahmen des Forschungsprojektes wurden neben der Analyse von wissenschaftlich-technischen Entwicklungen einige technologische Einzelentwicklungen näher untersucht: Elektromagnetische Geschosse, Non-lethal Warfare, Digitales Schlachtfeld, der Einfluß von Simulationstechnologien auf die Kriegführung wurden detaillierten Untersuchungen unterzogen. Der Aufbau an der Literaturlatenbank zum Thema Rakete-technologien wurde ebenso fortgesetzt wie die Errichtung einer Literaturlatenbank zum Thema "Proliferation".

In diesem Zusammenhang begann die Einarbeitung in das Projekt "Kooperative Rüstungskontrolle in Südasien", insbesondere in die Konfliktkonstellation Indien - Pakistan - China. Die Weiterverbreitung von Mas-

senvernichtungswaffen und dazugehörige Trägersysteme in dieser Region wurden analysiert.

Im Rahmen des Projektes "Rüstungskontrollkriterien" wurde für das "Büro für Technikfolgenabschätzung" des Deutschen Bundestages ein umfassendes Gutachten zum Thema "Qualitative Rüstungskontrolle - Erfahrungen und Probleme" erarbeitet. Es wurde u.a. darauf verwiesen, daß sämtliche vorhandenen Rüstungskontrollverträge nur unzureichende Beschränkungen im Bereich Forschung, Entwicklung und Erprobung enthalten. Maßnahmen und Empfehlungen in bezug auf vorbeugende Rüstungskontrolle und Rüstungstechnologiefolgenabschätzung wurden vorgeschlagen. Die Tätigkeit soll im kommenden Jahr im Rahmen eines größeren Projektes fortgesetzt werden.

Wissenschaftliche Kooperation

- IANUS, c/o Institut für Kernphysik, TH Darmstadt
- Union of Concerned Scientists, Cambridge/Mass.
- Defense and Arms Control Program, MIT, Cambridge/Mass.

Veröffentlichung zum Thema:

- High-Technology, Missiles and Advanced Weaponry: A New Factor in International Arms Trade?, in: Pugwash Conference on Science and World Affairs: Shaping our Common Future: Dangers and Opportunities. Proceedings of the 42nd Pugwash Conference, Vol. 1, London 1994, S. 529-539.
- Vollklimatisierte "Robo Soldiers". High-Tech-Einsatz in der Kriegsführung, in: Wissenschaft und Frieden 3/1994, S. 16-21.
- Qualitative Rüstungskontrolle - Erfahrungen und Probleme, Gutachten für das Büro für Technologiefolgenabschätzung des Deutschen Bundestages im Rahmen des Projektes "Rüstungskontrollkriterien", Hamburg 1994 (zusammen mit Reinhard Mutz).

Bearbeiter: Ulrike Neureither/Hans-Joachim Gießmann/Dieter S. Lutz

Projekt: Technik - Gewalt - Ethik. Entwicklung von Gesellschaft und Technik, ihrer wechselseitigen Beeinflussung und Kontrolle.

Kurzbeschreibung:

Den Revolutionen im Bereich der Kommunikation, Information und Gentechnik steht keine weltanschauliche Entwicklung gegenüber, die unser Verhalten ebenso revolutioniert hätte. Die Anwendungsmöglichkeiten entziehen sich bisher gegebenen staatlichen, kulturellen, ethischen und biologischen Grenzen. Entwicklungen in der Evolution kennen ebensowenig Moral wie in der Wissenschaft. Es ist die Anwendung durch den Menschen, die beurteilt und beeinflusst werden kann.

Das Projekt verfolgt im Rahmen des Schwerpunkts "Weltinnenpolitik" das Ziel, den wechselseitigen Einfluß von Gesellschaft und Technik zu analysieren. Wie beeinflusste Technik Gesellschaft? Wie beeinflusste Gesellschaft Technik? Welche Rolle spielt potentielle und tatsächliche Gewalt in diesen Entwicklungen?

Die wechselseitige Beziehung soll an zwei Technologiebereichen gezeigt werden: einem militärischen (Zerstörungstechnik) und einem zivilen (Gentechnik). Die jahrtausendealte Entwicklung der Zerstörungstechnik menschlicher Gesellschaften wird anhand der fundamentalen Durchbrüche nachvollzogen. Welche technische Entwicklung veränderte den Charakter von Kriegen? Welche Gesellschaft ermöglichte sie? Zu welchen politischen Veränderungen führte sie? Wer kontrollierte sie und wie?

Diese Untersuchungsweise soll auf den zivilen, vollkommen neuen Technologiebereich der Gentechnik übertragen werden.

In einem dritten Schritt sollen Entwicklungsmuster für diese beiden Technikbereiche sowie ihre politischen und gesellschaftlichen Steuerungsmöglichkeiten auf ihre Vergleichbarkeit untersucht werden.

Die Beurteilung der Übertragbarkeit und Anwendung dieser (Auto)Mechanismen auf die revolutionären neuen Techniken bedeutet eine bessere Antizipation dieser Entwicklungen und kann eine Orientierungs-

möglichkeit sein bei ihrer jetzt anstehenden, noch offenen rechtlichen, politischen und ethischen Regulierung.

Wissenschaftliche Kooperation (geplant):

- Institut für Wissenschaft und Ethik, Bonn (IWE)
- Gen-ethisches Netzwerk, Berlin
- Zentrale Kommission zur Wahrung ethischer Grundsätze in der Medizin und ihren Grenzgebieten, Köln (ZEKO)

Veröffentlichung zum Thema:

- Genetische Veränderung des Menschen, in: Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Unsere Gemeinsame Zukunft - Globale Herausforderungen, Baden-Baden 1994/1995, S. 121-129.

Bearbeiterin: Ursel Schlichting

Projekt: Nationalitätenkonflikte in der ehemaligen Sowjetunion

Kurzbeschreibung:

Die Reformpolitik Gorbatschows erlaubte es gesellschaftlichen Gruppen, so auch nationalen Bewegungen, erstmals, ihre Interessen zu artikulieren, machte gleichzeitig aber auch zahlreiche Konflikte sichtbar, die als Begleiterscheinung der Perestrojka in weiten Teilen der Sowjetunion in zunehmender Zahl zutage traten und teilweise gewaltsam ausgetragen wurden. Fast alle Konflikte nahmen im Laufe der eskalierenden Auseinandersetzungen sowohl zwischen der Unionsregierung und den Republiken um Eigentums- und Kompetenzfragen als auch innerhalb der Republiken den Charakter von Sezessionskonflikten an. Bereits vor dem gescheiterten Putschversuch im August 1991 hatten alle 15 Unionsrepubliken und zahlreiche nachgeordnete Verwaltungseinheiten ihre Souveränität oder Unabhängigkeit erklärt. Die Konflikte waren letztendlich einer der entscheidenden Gründe für den Zerfall der Sowjetunion im Dezember 1991 und setzen sich seitdem größtenteils auf der Ebene der nunmehr unabhängigen Staaten der GUS fort.

Hintergründe, Ursachen, konfliktverschärfende Faktoren und Verlaufsformen von Nationalitätenkonflikten sind äußerst komplex. Ihnen gemeinsam ist ihr Doppelcharakter als Interessen- und Identitätskonflikt. Die Forderungen der nationalen Bewegungen zunächst nach Beteiligung an wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen im Rahmen einer zu erneuernden Union, später nach Unabhängigkeit machten deutlich, daß der sowjetische Zentralismus insbesondere mit der Vielvölkerschaft in der Union unvereinbar war. Ausgangspunkt der Untersuchung ist die Hypothese, daß die Nationalitätenkonflikte weder die Folge von Glasnost und Perestrojka waren, noch ausschließlich negativ in Erscheinung traten. Vielmehr waren die (gemäßigten) nationalen Bewegungen in den ersten Jahren Vorreiter der sowjetischen Reformpolitik und wurden zum Motor eines notwendigen Wandels bzw. Wechsels eines Systems, dessen grundlegendes Ordnungsprinzip das des "Demokratischen Zentralismus" war.

"Systemwechsel" in der Sowjetunion bzw. in ihren Nachfolgestaaten bedeutet dabei die Dezentralisierung des Systems auf zwei Ebenen: zum

einen horizontal in Form der Demokratisierung der politischen Institutionen, zum anderen vertikal in Form der Föderalisierung des Staatsaufbaus. Föderalisierung als ein Aspekt des Systemwechsels, als vertikale Dezentralisierung, muß wiederum als Prozeß im Spannungsfeld zwischen zwei zentralen Funktionen von Föderalismus betrachtet werden: der Machtaufteilung in Form vertikaler Gewaltenteilung und der Integration (ethnisch) heterogener Gesellschaften. Untersuchungsgegenstand ist daher der Zusammenhang zwischen Nationalitätenkonflikten und Systemwechsel unter dem Gesichtspunkt der vertikalen Dezentralisierung bzw. Föderalisierung, ausgehend von der Prämisse, daß (regionale) Integration aus politischen wie völkerrechtlichen Gründen der Zersplitterung von Staaten in zahlreiche Nationalstaaten, also der Sezession, vorzuziehen ist. Zentrale Fragestellungen sind daher u.a.: Was sind "Nationalitätenkonflikte"? Sind Nationalitätenkonflikte ein "neuer" Konflikttyp? In welchem Verhältnis stehen Interessen und Identitätsaspekte zueinander? Zwischen welchen Gruppen und auf welchen Ebenen verlaufen die Konfliktlinien? Ist Föderalisierung langfristig ein Mittel zur Konflikt- bzw. Gewaltprävention? Welche Modelle der Integration bzw. der Dezentralisierung sind auf die ehemalige Sowjetunion anwendbar? Wie können unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in (ethnisch) heterogenen Staaten ausreichende Partizipationsmöglichkeiten (und damit friedliche Konfliktregelungsmechanismen) gewährt werden?

Wissenschaftliche Kooperation:

Institut für Internationale Politik und Regionalstudien, FU Berlin.

Veröffentlichung zum Thema:

- Möglichkeiten und Grenzen der (nichtmilitärischen) Konfliktbearbeitung in Nationalitätenkonflikten am Beispiel der georgisch-abchasischen Auseinandersetzungen, in: Deutscher Bundestag, Auswärtiger Ausschuß, Protokoll der 97. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am 25. Mai 1994, Öffentliche Anhörung zum Thema "Möglichkeiten und Grenzen der Konfliktvorbeugung und -vermeidung und nichtmilitärischer Konfliktlösungen", Bonn 1994, S. 215-239.

Bearbeiter: Wolfgang Zellner

Projekt: Strategien zur Bewältigung des sicherheitspolitischen Vakuums in Osteuropa. Das Beispiel Ungarns 1990 bis 1995

Kurzbeschreibung:

Gegenstand des Forschungsprojekts ist die exemplarische Untersuchung von Strategien zur Bewältigung des sicherheitspolitischen Vakuums in Osteuropa am Fall Ungarns vom Amtsantritt der Regierung Antall (Mai 1990) bis zur Konsolidierung der Regierung Horn (Ende 1995).

Das Ende des Blocksystems bedeutete den Zerfall der außenpolitischen (Zwangs-)Integrationsstrukturen in Osteuropa und stellt die mittel- und südosteuropäischen (MOE/SOE) Staaten ebenso wie die Folgestaaten der Sowjetunion vor die Aufgabe, ohne feste Rahmenbedingungen neue eigenständige Außen- und Sicherheitspolitiken entwickeln zu müssen, wobei die spezifischen Bedingungen dafür äußerst unterschiedlich sind.

Ungarn ist ein Schlüsselland für die regionale Entwicklung in Mittel- und Südosteuropa. Das Land liegt nicht nur an der Trennlinie zwischen Mittel- und Südosteuropa, sondern ist darüber hinaus durch starke ungarische Minderheiten in mehreren Nachbarstaaten mit deren Schicksal verbunden. Auf dem Hintergrund der schwach ausgeprägten Sicherheitsstrukturen in der Region beinhaltet die Lage Ungarns an einer strukturellen Bruchlinie zusammen mit den Minderheitenproblemen erhebliche außenpolitische Risikopotentiale, die nach denen Post-Jugoslawiens als die brisantesten in Mittel- und Südosteuropa einzuschätzen sind. Ungarns regionalpolitische Probleme stellen damit weniger einen Sonderfall als vielmehr exemplarisch die Problemlage der gesamten Region dar. Damit kommt der ungarischen Außenpolitik über die Regulierung spezifischer bilateraler Beziehungen hinaus hohe Bedeutung für die Stabilisierung der gesamten Region zu.

Die ungarische Außen- und Sicherheitspolitik steht im Spannungsfeld zweier Hauptorientierungen: Einerseits kommt im ungarischen Selbstverständnis dem Ziel der Westintegration die oberste Priorität zu. Dieser Integrationswunsch stößt aber nicht nur in der Sicherheitspolitik auf vom Westen errichtete Schranken. Andererseits verweisen offene Probleme im Verhältnis zur Slowakei und zu Rumänien auf die Notwendigkeit einer kooperativen Regional- und Nachbarschaftspolitik. Vier Faktoren beeinflussen diese Balance zwischen West- und Regionalorientierung:

- vormals die Existenz der Sowjetunion und die Präsenz ihrer Truppen, dann ihr Zerfall und die Sorge vor dessen gewaltsamen Verlauf,
- der Krieg im ehemaligen Jugoslawien, der mitten in Europa in einem Nachbarland Ungarns militärische Gewalt als erfolgreiches Mittel der Politik wiedererstehen läßt,
- der Zerfall der Tschechoslowakei, der Ungarn mit der neuen Realität einer souveränen Slowakei konfrontiert,
- der neue Stellenwert des Minderheitenproblems als Sicherheitsfaktor mit einer sowohl außen- wie innenpolitischen Dimension.

Die ungarische Außenpolitik steht, so die Ausgangsthese des Projekts, im Spannungsfeld zweier zumindest partiell widersprüchlicher Orientierungen. Dem Wunsch, sich als das mit am höchsten entwickelte osteuropäische Land vom Schicksal dieser Region abzukoppeln und mehr oder minder im Alleingang die volle EU- und NATO-Mitgliedschaft zu erreichen und der Erkenntnis, daß die Stabilität Ungarns entscheidend von der Stabilität des gesamten mittel- und südosteuropäischen Raums, und die Westintegration Ungarns damit von einer aktiven ungarischen Kooperations- und Stabilitätspolitik in der Region abhängt.

Die zentrale Fragestellung der Studie lautet daher: In welcher Weise verarbeitet die neu entstehende ungarische Sicherheitspolitik die genannten vier Komplexe? Wie beeinflussen diese das Verhältnis zwischen Westorientierung und Regionalpolitik? Inwieweit gelingt es, die teilweise widersprüchlichen Bedingungen und Orientierungen ungarischer Sicherheitspolitik in eine stringente Sicherheitsstrategie einzuordnen? Wo liegen die Chancen, Risiken und Grenzen ungarischer Sicherheitspolitik?

Wissenschaftliche Kooperation:

- Dr. Pal Dunay, stellv. Direktor des Ungarischen Instituts für Internationale Angelegenheiten, Budapest
- Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln
- Südosteuropa-Institut, München

Veröffentlichung zum Thema:

- Ungarns Sicherheitspolitik im Spannungsfeld zwischen Westorientierung und regionalen Risiken in Mittel- und Südosteuropa, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 80, Hamburg 1993.

4. Veröffentlichungen

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH haben 1994 insgesamt elf Bücher veröffentlicht und mit über 100 Beiträgen schriftlich an der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion teilgenommen. Im einzelnen wurden publiziert:

Egon Bahr

- Minderheiten zwischen Selbstbestimmung und Staatensouveränität, in: Christian-Albrechts-Universität/Schleswig-Holsteinischer Landtag (Hrsg.), Aspekte der Minderheiten- und Volksgruppenpolitik - Vorträge einer Ringvorlesung. Kiel 1994, S. 45-52.
- Ungeteilte Sicherheit für Europa, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 3/1994, S. 136-138.
- Die Zukunft des internationalen Systems: eine sozialdemokratische Perspektive, in: Spillmann, Kurt R. (Hrsg.), Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte IV. Zürich 1994 (Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft 35), S. 35-49.
- Unsere Gemeinsame Zukunft - Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG), Teil I des Symposions über die Perspektiven Globaler Friedens- und Sicherheitspolitik, Baden-Baden 1994/1995 (Hrsg. zusammen mit Dieter S. Lutz).
- Einführung in das Symposion, in: Egon Bahr/Dieter S. Lutz (Hrsg.), Unsere Gemeinsame Zukunft - Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG), Baden-Baden 1994/1995, S. 17-24.
- Kollektive Sicherheit in Europa: Rechtssystem oder Wertesystem, in: Egon Bahr/Dieter S. Lutz (Hrsg.), Unsere Gemeinsame Zukunft - Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG), Baden-Baden 1994/1995, S. 135-138.
- Unsere Gemeinsame Zukunft - Globale Herausforderungen. Teil II des Symposions über Perspektiven Europäischer und Globaler Si-

cherheitspolitik, Baden-Baden 1994/1995 (Hrsg. zusammen mit Dieter S. Lutz).

Susanne Bund

- Die orientierungslose Armee - Literatur zum Themenschwerpunkt, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 1/1994, S. 36-38.
- Jahresbericht 1993, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 83, Hamburg 1994 (Red.).

Hans-Georg Ehrhart

- L'Allemagne et l'ONU, in: Politique étrangère 3/1993, S. 673-685.
- Die Japan-Politik Frankreichs, in: Bredow, Wilfried von/Jäger, Thomas (Hrsg.), Japan, Europa, USA: Weltpolitische Konstellationen der neunziger Jahre, Opladen 1994, S. 61-82.
- The New Germany in a Changing Environment, Kingston/Ontario: Center for International Relations 1994 (Martello Papers N^o 5).
- Smith, Michael/Woolcock, Steven, The United States and the European Community in a Transformed World, London 1993, Besprechung in: Internationale Politik und Gesellschaft 1/1994, S. 92-94.
- Rummel, Reinhard (ed.), Toward Political Union. Planning a Common Foreign and Security Policy in the European Community, Baden-Baden 1992, Besprechung in: Internationale Politik und Gesellschaft 1/1994, S. 85.
- Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG) - Modell und Prozeß, in: Rissener Rundbrief 2-3/1994, S. 21-31 (ebenfalls erschienen in: Ehrhart, Hans-Georg/Gießmann, Hans-Joachim/Lutz, Dieter S./Müller, Erwin (Hrsg.), Kollektive Sicherheit zwischen Realität und Modell. Beiträge zur Diskussion über eine Europäische Sicherheitsgemeinschaft, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 82, Hamburg 1994, S. 7-24 sowie in: Bahr,

Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), *Unsere Gemeinsame Zukunft - Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG)*, Baden-Baden 1994/1995, S. 79-94).

- Konstellationen Kollektiver Sicherheit zwischen Vancouver und Wladiwostok, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 4/1994, S. 447-456.
- Was heißt Peacekeeping? *Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik*, Ausgabe 15, Hamburg 1994 (zusammen mit Konrad Klingenburg), ebenfalls erschienen in: *Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F)* 2/1994, S. 52-63.
- Literatur zum Themenschwerpunkt "Peacekeeping", in: *Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F)* 2/1994, S. 84-86 (zusammen mit Konrad Klingenburg).
- IFRI (Hrsg.), *Ramses 94 - Rapport Annuel Mondial sur le Système Economique et Stratégiques*, Besprechung in: *Dokumente, Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog* 5/1994, S. 445-446.
- Baupläne, aber kein Gebäude: Fragmente europäischer Sicherheit, in: *Solms, Friedhelm/Mutz, Reinhard/Krell, Gert (Hrsg.), Friedensgutachten 1994*, Münster/Hamburg 1994, S. 196-212 (zusammen mit Hans-Joachim Gießmann, Sabine Jaberg, Reinhard Mutz).
- "Der Krieg hat Europa eine ganze Reihe von Lektionen erteilt", in: *Basler Zeitung* vom 19.11.1994, S. 7.
- *Strany byvsevo SSSR i evropeiskaja bezopasnost'*. *Materialy mezduнародnoj konferencii*. Moskva 1994 (Hrsg. zusammen mit Andrej V. Zagorski und Anna Kreikemeyer).

Hans-Joachim Gießmann

- *Militärische Neuordnung in Mittel-Ost-Europa* (Hrsg. zusammen mit Frank Rödiger), Bremen 1994.

- Osteuropa zwischen sicherheitspolitischen Visionen und nationalen Interessen, in: Gießmann, Hans-Joachim/Rödiger, Frank S. (Hrsg.), Militärische Neuordnung in Mittel-Ost-Europa, Bremen 1994, S. 16-41.
- Zivilisation, Sicherheit, Politik. Szenarien und Handlungsgebote, in: Auf dem Wege zur Weltinnenpolitik, Loccumer Protokolle 21/1993, Rehburg-Loccum 1994, S. 219-238.
- Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft: Vision und Akzeptanz im Spiegel der Interessen Mittel-Osteuropas, in: Ehrhart, Hans-Georg/Gießmann, Hans-Joachim/Lutz, Dieter S./Müller, Erwin (Hrsg.), Kollektive Sicherheit zwischen Realität und Modell. Beiträge zur Diskussion über eine Europäische Sicherheitsgemeinschaft, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 82, Hamburg 1994, S. 25-54 (ebenfalls erschienen in: Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Unsere Gemeinsame Zukunft - Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG), Baden-Baden 1994/1995, S. 95-120).
- Wieviel Rüstung ist genug? Rüstungspolitik und Rüstungsexport in der BRD, in: Solms, Friedhelm/Mutz, Reinhard/Krell, Gert (Hrsg.), Friedensgutachten 1994, Münster/Hamburg 1994, S. 229-242.
- Baupläne, aber kein Gebäude: Fragmente europäischer Sicherheit, in: Solms, Friedhelm/Mutz, Reinhard/Krell, Gert (Hrsg.), Friedensgutachten 1994, Münster/Hamburg 1994, S. 196-212 (zusammen mit Hans-Georg Ehrhart, Sabine Jaberg, Reinhard Mutz).
- Symmetrie der Schuld?, in: Freitag. Die Ost-West-Wochenzeitung, Nr. 21 vom 20. Mai 1994, S. 1.
- Vererbte Bedrohungsängste. Europäische Sicherheit vor oder mit Rußland, in: Freitag. Die Ost-West-Wochenzeitung, Nr. 23 vom 3. Juni 1994, S. 1.
- Wozu noch Rüstung?, in: Calließ, Jörg (Hrsg.), Rüstung. Wieviel? Wozu? Wohin?, Rehburg-Loccum 1994, S. 35-50.

- Vererbte Nuklearkoption?, in: Freitag. Die Ost-West-Wochenzeitung, Nr. 29 vom 15. Juli 1994, S. 2.
- Transformation versus Konversion? Das Beispiel Polen, in: Butterwegge, Christoph/Grundmann, Martin (Hrsg.), Zivilmacht Europa. Friedenspolitik und Rüstungskonversion in Ost und West, Köln 1994, S. 272-292.
- Die "neue deutsche Verantwortung"? Zum Bundeswehrurteil des Verfassungsgerichtes, in: Bielefelder Stadtblatt, Nr. 30 vom 21. Juli 1994, S. 4.
- Europa mit "Kern" oder á la carte?, in: Freitag. Die Ost-West-Wochenzeitung, Nr. 38 vom 16. September 1994, S. 1.
- Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung in der VR China: Wechselwirkungen und politische Herausforderungen, in: Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Unsere Gemeinsame Zukunft - Globale Herausforderungen, Baden-Baden 1994/1995, S. 65-78.
- Polityka bezpieczenstwa dla panstw nieatomowych, in: Sprawy Miedzynarodowe 4/1994, S. 47-56.

Hans-Joachim Heintze

- Selbstbestimmungsrecht und Minderheitenrechte im Völkerrecht. Herausforderungen an den globalen und regionalen Menschenrechtsschutz, Baden-Baden 1994.

Otfried Ischebeck

- Kernwaffen in Südasien: Die Proliferation muß gestoppt werden, in: W&F Wissenschaft und Frieden 4/1994, S. 19-23.
- Modeling of Arms Races and Limitation of Armament, CENSIS-Report-11-94, Hamburg 1994 (zusammen mit Vladimir Akimov, Mikhail Khaiznikov, Götz Neuneck).

- Modeling Arms Races with Diplomatic Interactions, in: Hermanns, Jörg/Stengel, Bernhard von/Tolk, Andreas (Hrsg.), Mathematische Methoden in der Sicherheitspolitik, Bericht Nr. S-9409, September 1994, Universität der Bundeswehr, München, S. 1-17 (zusammen mit Vladimir Akimov, Götz Neuneck).
- Tactical Nuclear Weapons of NATO - Modeling German American Relations under the Strategy of Flexible Response, in: Hermanns, Jörg/Stengel, Bernhard von/Tolk, Andreas (Hrsg.), Mathematische Methoden in der Sicherheitspolitik, Bericht Nr. S-9409, September 1994, Universität der Bundeswehr München, S. 79-93.
- Erneuerbare Energien und Wirtschaftliche Entwicklung in Afrika, in: Becker, J. (Hrsg.), Innovation, Preprint, ICAS, Universität der Bundeswehr München.

Sabine Jaberg

- Nichtmilitärische Konfliktbearbeitung. Möglichkeiten, Grenzen, Ansätze und Anforderungen in und für Europa. Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Ausgabe 16, Hamburg 1994.
- Möglichkeiten und Grenzen der Konfliktvorbeugung und der nicht-militärischen Konfliktlösungen. Stellungnahme für die öffentliche Anhörung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages am 25. Mai 1994 in Bonn, in: Protokoll der 97. Sitzung der 12. Wahlperiode des Auswärtigen Ausschusses, S. 135-179. (zusammen mit Reinhard Mutz und Konrad Klingenburg).
- Baupläne, aber kein Gebäude: Fragmente europäischer Sicherheit, in: Solms, Friedhelm/Mutz, Reinhard/Krell, Gert (Hrsg.), Friedensgutachten 1994. Münster/Hamburg 1994, S. 196-212 (zusammen mit Hans-Georg Ehrhart, Hans-Joachim Gießmann und Reinhard Mutz).
- Staack, Michael (Hrsg.), Aufbruch nach Gesamteuropa. Die KSZE nach der Wende im Osten. (Forschungsberichte Internationale Politik, Bd. 15), Münster/Hamburg 1993 (2. unveränderte Aufl.), 401 S.,

Besprechung in: Annotierte Bibliographie für die politische Bildung 1/1994.

- Schlotter, Peter/Ropers, Norbert/ Meyer, Berthold, Die neue KSZE. Zukunftsperspektiven einer regionalen Friedensstrategie, Opladen 1994, Besprechung in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 3/1994, S. 146.

Margret Johannsen

- Frieden und Sicherheit am Beispiel des Nahost-Konflikts. Studienheft Internationale Politik, 2 Bände, Institut für Lernsysteme, Gütersloh/Hamburg 1994.
- Frieden für Palästina? Pädagogische Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Ausgabe 4/1994.
- Feinde - Gegner - Partner, in: Erziehungshilfe auf Diät, Regensburg 1994, S. 78-84.
- Ende einer Feindschaft? Der Friedensprozeß im Nahen Osten, in: Solms, Friedhelm/Mutz, Reinhard/Krell, Gert (Hrsg.), Friedensgutachten 1994, Münster/Hamburg 1994, S. 243-260 (zusammen mit Claudia Schmid).
- Amerikanische Nuklearwaffen in Europa. Funktion und Bedeutung im Spiegel der Kongreßdebatten über den INF-Vertrag, Baden-Baden 1994.

Matthias Z. Karádi

- Die Reform der Atlantischen Allianz. Bündnispolitik als Beitrag zur kooperativen Sicherheit in Europa? Münster 1994.
- Polen und die NATO - "Partnerschaft für den Frieden", Bündnispartner oder...?, in: Hamburger Lehrerzeitung, Mai 1994, S. 8-9.
- Expanding NATO But Not Quite Yet, in: European Brief 6/1994, S. 39-40.

Konrad Klingenburg

- Prügelknabe UNO, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/1994, S. 27-31.
- Matthies, Volker, Frieden durch Einmischung? Bonn 1993, Besprechung in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 1/1994, S. 49-50.
- Die UN: Vom Hoffnungsträger zum Prügelknaben?, in: Solms, Friedhelm/Mutz, Reinhard/Krell, Gert (Hrsg.), Friedensgutachten 1994, Münster/Hamburg 1994, S. 22-35.
- Was heißt Peacekeeping? Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Ausgabe 15, Hamburg 1994 (zusammen mit Hans-Georg Ehrhart), ebenfalls erschienen in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 2/1994, S. 52-63.
- Literatur zum Themenschwerpunkt "Peacekeeping", in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 2/1994, S. 84-86 (zusammen mit Hans-Georg Ehrhart).
- Möglichkeiten und Grenzen der Konfliktvorbeugung und der nicht-militärischen Konfliktlösungen, Stellungnahme für die öffentliche Anhörung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages am 25. Mai 1994 in Bonn, in: Protokoll der 97. Sitzung der 12. Wahlperiode des Auswärtigen Ausschusses, S. 135-179 (zusammen mit Sabine Jaberg und Reinhard Mutz).
- Vom Krisenmanagement zur Konfliktprevention - Herausforderung und Chance für die Vereinten Nationen, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 3/1994, S. 98-104.
- Literatur zum Themenschwerpunkt "Vereinte Nationen", in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 3/1994, S. 133-135.
- UNO und KSZE als Instrumente internationalen Krisenmanagements und der Konfliktverhütung, in: Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (Hrsg.), "Aktiver Pazifismus gegen den neuen Militarismus",

Reader zum Kongreß am 24./25.9.1994 in Hamburg, Hamburg 1994, S. 19-24.

- Die Rolle des Peacekeeping. IFSH-Konferenz mit Kanadiern, in: IFSH-Aktuell 11/1994, S. 2-3.

Anna Kreikemeyer

- Wo bleibt die Utopie Gesamteuropas, in: die tageszeitung vom 15. Februar 1994, S. 8.
- Großmacht auf Bewährung. Russisches Militär zwischen Friedenssicherung und imperialer Restauration, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/1994, 724-732.
- Russisches Peacekeeping und die Institutionen kooperativer Sicherheit, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 2/1994, S. 71-76.
- Die Grenzen des Zerfalls. Rußland, die neuen abhängigen Staaten und - der Westen, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 9/1994, S. 786-792.
- Strany byvsevo SSSR i evropeiskaja bezopasnost'. Materialy mezduнародnoj konferencii. Moskva 1994 (Hrsg. zusammen mit Andrei V. Zagorski und Hans-Georg Ehrhart).

Dieter S. Lutz

- Sicherheitspolitik, in: Holtmann, Everhard (Hrsg.), Politik-Lexikon, München/Wien 1994, S. 589-591.
- Kollektive Sicherheit, in: Boeckh, Andreas (Hrsg.), Lexikon der Politik, Bd. 6 Internationale Beziehungen, München 1994, S. 248-251.
- Sicherheitsfragen. Ist die "Überbevölkerung" eine Friedens-Bedrohung?, in: Politische Ökologie 38/1994, S. 45.

- Schöne neue Welt? Frieden, in: Hamburger Morgenpost vom 9. Juli 1994, S. 6-7.
- Aus mit der Jahrhundertchance?, in: taz vom 22. Juli 1994, S. 10.
- Die verpaßte Jahrhundertchance? Krieg und Frieden nach der Zeitenwende, in: Diakonia 4/1994, S. 232-237.
- Seit dem 12. Juli 1994 ist die NATO ein System Kollektiver Sicherheit! Eine Urteilsschelte, in: Neue Justiz 11/1994, S. 505-506. Nachdruck in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 4/1994, S. 186-188.
- Eine neue Sicherheitsarchitektur in und für Europa, in: Haus Rissen, Rissener Rundbrief 10-11/1994, S. 297-310.
- A New Security Architecture In and For Europe, in: Lutz, Dieter S./Rotfeld, Adam Daniel, Security for Europe. Two Views, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 87, Hamburg 1994, S. 5-24.
- Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG) und die Reform der Vereinten Nationen (zusammen mit Erwin Müller), in: Ehrhart, Hans-Georg/Gießmann, Hans-Joachim/Lutz, Dieter S./Müller, Erwin, Kollektive Sicherheit zwischen Realität und Modell. Beiträge zur Diskussion über eine Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG), Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 82, Hamburg 1994, S. 55-70.
- Graf Baudissin - Offizier und Friedensforscher, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 1/1994, S. 8-10 (zusammen mit Martin Kutz).
- Unsere Gemeinsame Zukunft - Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG). Teil I des Symposiums über die Perspektiven Globaler Friedens- und Sicherheitspolitik, Baden-Baden 1994/1995 (Hrsg. zusammen mit Egon Bahr).

- Vom Recht des Stärkeren zur Stärke des Rechts, in: Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Unsere Gemeinsame Zukunft - Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG), Baden-Baden 1994/1995, S. 25-63 (Mitverf.).
- Die gegenwärtige Sicherheitsarchitektur in Europa: defizitär und fragmentiert, in: Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Unsere Gemeinsame Zukunft - Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG), Baden-Baden 1994/1995, S. 67-77.
- Der Einsatz der Bundeswehr im Rahmen regionaler Einrichtungen gemäß Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen, in: Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Unsere Gemeinsame Zukunft - Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG), Baden-Baden 1994/1995, S. 209-217 (zusammen mit Horst Fischer).
- Unsere Gemeinsame Zukunft - Globale Herausforderungen. Teil II des Symposiums über Perspektiven Europäischer und Globaler Sicherheitspolitik, Baden-Baden 1994/1995 (Hrsg. zusammen mit Egon Bahr).
- Endzeit: Alptraum oder Wirklichkeit?, in: Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Unsere Gemeinsame Zukunft - Globale Herausforderungen, Baden-Baden 1994/1995, S. 21-27.
- Klimaveränderung, Migration, Erpressung. Überlegungen zur Frage, ob der Krieg der "Armen gegen die Reichen" denkbar wird, in: Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Unsere Gemeinsame Zukunft - Globale Herausforderungen, Baden-Baden 1994/1995, S.99-104.
- "Durchwursteln" oder "dem Frieden dienen"?, in: Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Unsere Gemeinsame Zukunft - Globale Herausforderungen, Baden-Baden 1994/1995, S. 225-231.

Erwin Müller

- Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG) und die Reform der Vereinten Nationen (zusammen mit Dieter S. Lutz), in: Hans-Georg Ehrhart/Hans-Joachim Gießmann/Dieter S. Lutz/Erwin Müller,

Kollektive Sicherheit zwischen Realität und Modell. Beiträge zur Diskussion über eine Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG), Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 82, Hamburg 1994, S. 55-70 (ebenfalls erschienen in: Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Unsere Gemeinsame Zukunft - Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG), Baden-Baden 1994/1995, S. 121-134).

- "Weltinnenpolitik" - mehr als ein Wort?, in: Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Unsere Gemeinsame Zukunft - Globale Herausforderungen, Baden-Baden 1994/1995, S. 165-176.

Reinhard Mutz

- Friedensgutachten 1994, Münster/Hamburg 1994 (Hrsg. zusammen mit Friedhelm Solms und Gert Krell).
- Zur gegenwärtigen Situation: Aktuelle Entwicklungen und Empfehlungen, in: Solms, Friedhelm/Mutz, Reinhard/Krell, Gert (Hrsg.), Friedensgutachten 1994, Münster/Hamburg 1994, S. 1-21 (zusammen mit Friedhelm Solms und Gert Krell).
- Baupläne, aber kein Gebäude: Fragmente europäischer Sicherheit, in: Solms, Friedhelm/Mutz, Reinhard/Krell, Gert (Hrsg.), Friedensgutachten 1994, Münster/Hamburg 1994, S. 196-212 (zusammen mit Hans-Georg Ehrhart, Hans-Joachim Gießmann und Sabine Jaberg).
- Militärmacht Deutschland?, in: Solms, Friedhelm/Mutz, Reinhard/Krell, Gert (Hrsg.), Friedensgutachten 1994, Münster/Hamburg 1994, S. 213-228.
- Möglichkeiten und Grenzen der Konfliktvorbeugung und der nicht-militärischen Konfliktlösungen, Stellungnahme für die öffentliche Anhörung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages am 25. Mai 1994 in Bonn, in: Protokoll der 97. Sitzung der 12. Wahlperiode des Auswärtigen Ausschusses, S. 135-179 (zusammen mit Sabine Jaberg und Konrad Klingenburg).

- Rüstungskontrolle/Abrüstung, konventionelle, in: Boeckh, Andreas (Hrsg.), Lexikon der Politik, Bd. 6 Internationale Beziehungen, München 1994, S. 468-472.
- Friedens- und sicherheitspolitische Identität Europas - Probleme, Herausforderungen, Lösungsansätze, in: Lange, Ulrich (Hrsg.), Identität, Integration und Verantwortung - Vorträge und Referate der ersten Görlitzer Wissenschaftstage, Berlin 1994, S. 34-40.
- Globale Herausforderungen, europäische Sicherheit, deutsche Verantwortung - Alte und neue Rahmenbedingungen für den Auftrag der Bundeswehr, in: Jung, Ulrich (Hrsg.), Vom Heimatverteidiger zum UNO-Streiter - Rolle und Selbstverständnis der Soldaten, Loccumer Protokolle 28/1994, Rehburg-Loccum 1994, S.15-27.
- Schießen wie die anderen? Eine Armee sucht ihren Zweck, in: Hessisches Institut für Bildungsplanung und Schulentwicklung (Hrsg.), Wehrpflicht und Kriegsdienstverweigerung - Noch ein Thema? Wiesbaden 1994, S. 34-41.
- Der Weg in eine fragwürdige militärische Normalität, in: Wochenschau für politische Erziehung, Sozial- und Gemeinschaftskunde 1/1994, S. 7.
- Militär in der Sinnkrise, in: Tiefflug-Nachrichten - Informationen der Bürgerinitiativen gegen Tiefflug 1/1994, S. 6.
- Die Bundeswehr auf der Suche nach ihrer Zukunft, in: Jet-News - Organ des Verbandes der Besatzungen strahlengetriebener Kampfflugzeuge der Deutschen Bundeswehr 3/1994, S. 82-97.
- Berlin und der Dritte Weltkrieg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/1994, S. 1051-1056.
- Perspektiven der Friedenspolitik nach der Öffnung des Ostens, in: Falkenburger Blätter 15/1994, S. 19-26.

- Aktionistische Hektik nach dem Massaker von Sarajewo - Replik auf Bundeswehrgeneral a.D. von Kielmansegg, in: die tageszeitung vom 9. Februar 1994, S. 10.
- Wenn deutsche Soldaten künftig Krisenreaktionskräfte heißen - Die Bundeswehr auf der Suche nach ihrer Zukunft, in: Frankfurter Rundschau vom 11. Juli 1994, S. 12.
- Die Hemmungsschwelle wurde gesenkt, in: Berliner Zeitung vom 14. Juli 1994, S. 5.
- Bundeswehr in Bosnien? NATO-Einsätze würden keinen Frieden schaffen, in: Wochenpost 50/1994, S. 2.
- Kubbig, Bernd W./Müller, Harald, Nuklearexport und Aufrüstung - Neue Bedrohungen und Friedensperspektiven, Frankfurt a.M. 1993, Besprechung in: Annotierte Bibliographie für die politische Bildung 1/1994, S. 124.
- Naumann, Klaus, Die Bundeswehr in einer Welt im Umbruch, Berlin 1994, Besprechung in: Annotierte Bibliographie für die politische Bildung 3/1994, S. 64.
- Plate, Bernard v. (Hrsg.), Europa auf dem Weg zur kollektiven Sicherheit? Konzeptionelle und organisatorische Entwicklungen der sicherheitspolitischen Institutionen Europas, Baden-Baden 1994, Besprechung in: Annotierte Bibliographie für die politische Bildung 3/1994, S. 120.

Götz Neuneck

- High-Technology, Missiles and Advanced Weaponry: A New Factor in International Arms Trade?, in: Pugwash Conference on Science and World Affairs: Shaping our Common Future: Dangers and Opportunities. Proceedings of the 42nd Pugwash Conference, Vol. 1, London 1994, S. 529-539.
- Vollklimatisierte "Robo Soldiers". High-Tech-Einsatz in der Kriegsführung, in: W&F, Wissenschaft und Frieden 3/1994, S. 16-21.

- Modeling of Arms Races and Limitation of Armaments, CENSIS-Report-11-94, Hamburg 1994 (zusammen mit Vladimir Akimov, Otfried Ischebeck, Mikhail Khaiznikov).
- Modeling Arms Races with Diplomatic Interactions, in: Hermanns, Jörg /Stengel, Bernhard von, Tolk, Andreas (Hrsg.), Mathematische Methoden in der Sicherheitspolitik, Bericht Nr. S-9409, September 1994, Universität der Bundeswehr, München, S. 1-17 (zusammen mit Vladimir Akimov, Otfried Ischebeck).

Ulrike Neureither

- Genetische Veränderung des Menschen, in: Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Unsere Gemeinsame Zukunft - Globale Herausforderungen, Baden-Baden 1994/1995, S. 121-129.

Emeka Nwokedi

- Violence and Democratisation in Africa, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 84, Hamburg 1994.
- Germany's Role in a New World Order: An African Viewpoint, in: Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Unsere Gemeinsame Zukunft - Globale Herausforderungen, Baden-Baden 1994/1995, S. 291-303.

Alexander Ryzhenkov

- Politico-economic Premises for an Evolutionary Stabilization and Integration of the Commonwealth of the Independent States (CIS), Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 81, Hamburg 1994.

Ursel Schlichting

- Möglichkeiten und Grenzen der (nichtmilitärischen) Konfliktbearbeitung in Nationalitätenkonflikten am Beispiel der georgisch-abchasischen Auseinandersetzungen. Stellungnahme für die Öffentliche Anhörung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages am

25. Mai 1994 in Bonn, in: Protokoll der 97. Sitzung der 12. Wahlperiode des Auswärtigen Ausschusses, S. 215-239.

- Integration oder Hegemonie? Rußland und die GUS, in: Solms, Friedhelm/Mutz, Reinhard/Krell, Gert (Hrsg.), Friedensgutachten 1994, Münster/Hamburg 1994, S. 182-195.

Angelika Spelten

- Ruanda: Ein Genozid unter den Augen der Vereinten Nationen, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 3/1994, S. 119-122.
- Schwarzafrika zwischen Anarchie und Demokratisierung, in: Solms, Friedhelm/Mutz, Reinhard/Krell, Gert (Hrsg.), Friedensgutachten 1994, Münster/Hamburg 1994, S. 261-274.
- Bevölkerungswachstum als globales Problem, in: Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Unsere Gemeinsame Zukunft - Globale Herausforderungen, Baden-Baden 1994/1995, S. 79-94.

Kurt Tudyka

- Der weltweite Kampf um Arbeit, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 85, Hamburg 1994.
- Sinkt die Weltarbeitslosigkeit durch nationale Beschäftigungspolitik?, in: Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Unsere Gemeinsame Zukunft - Globale Herausforderungen, Baden-Baden 1994/1995, S. 105-114.
- Von der strategischen Weltpolitik über die funktionelle Weltpolitik zur föderalen Weltpolitik, in: Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Unsere Gemeinsame Zukunft - Globale Herausforderungen, Baden-Baden 1994/1995, S. 151-164.

Wolfgang Zellner

- Die Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa, Konventionelle Rüstungskontrolle, die neue politische Lage in Europa und die Rolle der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1994.

Peter Michael Zenk

- Zur Problematik kollektiver militärischer Intervention bei innerstaatlichen Konflikten, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 2/1994, S. 76-84.
- Wirken und Wirkung von Wolf Graf von Baudissin. Gemeinsames Symposium der Führungsakademie der Bundeswehr (FüAk) und des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), in: IFSH-aktuell 12/1994, S. 1-2.
- Auf dem Weg zur Weltinnenpolitik? Zur Problematik militärischer Intervention bei innerstaatlichen Konflikten, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 86, Hamburg 1994.
- Thesen zum Gebrauch militärischer Zwangsmaßnahmen der ESG, in: Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Unsere Gemeinsame Zukunft - Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG), Baden-Baden 1994/1995, S. 219-227.

5. Anhang

5.1. Interdisziplinäre Arbeitsgruppe "Naturwissenschaft und Internationale Sicherheit" (CENSIS)

Die Arbeitsgruppe Naturwissenschaft und Internationale Sicherheit in der Universität Hamburg hat die Durchführung von Forschung und Lehre, sowie die Pflege von internationalen Kontakten auf dem Grenzgebiet zwischen Naturwissenschaft und internationaler Sicherheit zum Ziel. Sie arbeitet u.a. mit dem IFSH zusammen.

Ziel von CENSIS war und ist es, Fragestellungen aus dem Grenzbereich zwischen Naturwissenschaft und Internationaler Sicherheit in interdisziplinären Forschungsprojekten zu bearbeiten sowie in die Lehre in der Universität einzubringen. Die Gruppe will - aus den Fachdisziplinen heraus - Wissenschafts- und Technikfolgen untersuchen und Ansätze und Verfahren für einen verantwortlichen Umgang mit Wissenschaft und Technik erarbeiten.

Die bisher begonnenen Forschungsaktivitäten beziehen sich hauptsächlich auf die sicherheitspolitische Entwicklung in Europa. Es wurden Projekte zu den folgenden Themenbereichen bearbeitet:

- Mathematische Studien zu Abrüstung und Stabilität (Projektleiter: Prof. Dr. William Kerby)
- Verifikation konventioneller Abrüstung in Europa mittels Fernbeobachtung:
 - Projekt OSCAR: Rechnergestützte Bildauswertung (Projektleiterin: Prof. Dr. Leonie Dreschler-Fischer)
 - Physikalische Grundlagen der Fernerkundung (Projektleiter: Prof. Dr. Johannes Bienlein, Prof. Dr. Hartwig Spitzer)
- Modernisierung und Stabilität: Die Auswirkung neuer Waffentechnologien und ihrer Begrenzung (Projektleiter: Prof. Dr. Hartwig Spitzer)

Vorstudien für die späteren Projekte wurden - finanziert durch das IFSH - von Dipl. Inf. Ch. Drewniok und Dipl. Phys. R. Reimers begonnen. Die volle Projektarbeit begann Ende 1989.

5.2. Reihenübersicht

"Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik"

- Heft 70 Sabine Jaberg, KSZE 2001, Profil einer Europäischen Sicherheitsordnung - Bilanz und Perspektiven ihrer institutionellen Entwicklung. Dezember 1992.*
- Heft 71 Jörg Barandat, Wasser - Ein Pulverfaß. Dezember 1992.*
- Heft 72 Dieter S. Lutz, Krieg als ultima ratio? Zum Einsatz der Bundeswehr außerhalb des Territoriums der Bundesrepublik Deutschland. Januar 1993.*
- Heft 73 Jahresbericht 1992. Februar 1993.*
- Heft 74 Otfried Ischebeck, Proliferation von Raketen und Kernwaffen und die deutsche Sicherheitspolitik. März 1993.*
- Heft 75 Vom Recht des Stärkeren zur Stärke des Rechts. Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG) als Garant von Sicherheit und Frieden - Eine Studie des IFSH -. April 1993.*
- Heft 75 English Version: From the Law of the Strongest to the Strength of the Law. A European Security Community (ESC) to Safeguard Peace and Security - A Study by the Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg (IFSH) - April 1993.
- Heft 76 Maria Schoppa, Auf der Suche nach dem neuen Modus vivendi: die polnisch-ukrainischen Beziehungen im Wandel. April 1993.*
- Heft 77 Valentin Falin, Die Perestroika und der Zerfall der Sowjetunion. Ein Essay. April 1993.*
- Heft 78 Hans-Joachim Gießmann, "Globe Sicherheit" Chance oder Trugbild? Herausforderungen und Ansätze. August 1993.*
- Heft 79 Nicola Mögel, Die gescheiterte Hoffnung: "Rüstungskonversion" in Rußland. Dezember 1993.
- Heft 80 Wolfgang Zellner, Ungarns Sicherheitspolitik im Spannungsfeld zwischen Westorientierung und regionalen Risiken in Mittel- und Südosteuropa, Dezember 1993.
- Heft 81 Alexander Ryzhenkov, Politico-economic Premises for an Evolutionary Stabilization and Integration of the Commonwealth of Independent States (CIS). Januar 1994.*

- Heft 82 Hans-Georg Ehrhart/Hans-Joachim Gießmann/Dieter S. Lutz/Erwin Müller, Kollektive Sicherheit zwischen Realität und Modell. Beiträge zur Diskussion über eine Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG). April 1994.*
- Heft 83 Jahresbericht 1993. April 1994.
- Heft 84 Emeka Nwokedi, Violence and Democratisation in Africa. April 1994.
- Heft 85 Kurt Tudyka, Der weltweite Kampf um Arbeit. August 1994.
- Heft 86 Peter-Michael Zenk, Auf dem Weg zur Weltinnenpolitik? Zur Problematik militärischer Intervention bei innerstaatlichen Konflikten. August 1994.*
- Heft 87 Dieter S. Lutz/Adam Daniel Rotfeld, Security for Europe. Two Views. December 1994.

**"Hamburger Informationen zur Friedensforschung
und Sicherheitspolitik"**

- Heft 10 Krieg oder Frieden am Golf? Stellungnahme des IFSH zur Golfkrise. November 1990.*
- Heft 11 Deutsche an die Fronten? Lehren aus dem Golfkrieg. März 1991.*
- Heft 12 Friedensforschung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Alte Probleme und neue Herausforderungen. Eine Studie aus dem IFSH. Januar 1992.*
- Heft 13 Dieter S. Lutz, Endzeit: Alptraum oder Wirklichkeit? Plädoyer für eine deutsche Weltinnenpolitik. August 1993.
- Heft 14 Egon Bahr/Dieter S. Lutz, Nach der Einheit - Aussöhnung durch Amnestie? Dezember 1993.
- Heft 15 Hans-Georg Ehrhart/Konrad Klingenburg, Was heißt Peace-keeping? Mai 1994.*
- Heft 16 Sabine Jaberg, Nichtmilitärische Konfliktbearbeitung. Möglichkeiten, Grenzen, Ansätze und Anforderungen in und für Europa. Juli 1994.

"Pädagogische Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik"

- Heft 1 Jens Müller-Kent, Rüstungskonversion - Ein Thema für den Unterricht? März 1988.*
- Heft 2 Margret Johannsen, Baupläne für Europa. Institutionen europäischer Sicherheit in den 90er Jahren. September 1990.
- Heft 3 Günther Gugel, Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst 1991. November 1991.
- Heft 4 Margret Johannsen, Frieden für Palästina? August 1994.

*) vergriffen

5.3. Kontakte des IFSH - eine Auswahl

- Amerika-Haus, Hamburg
- American Institute for Contemporary German Studies, The Johns Hopkins University, Washington D.C.
- Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (AFB)
- Arbeitsstelle Transatlantische Außen- und Sicherheitspolitik, Freie Universität Berlin
- Association for Political Sciences of Uzbekistan, Taskent
- Australian National University, Research School of Pacific Studies, Canberra, Australien
- Berghof-Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung, Berlin
- BESA Center for Strategic Studies, Ramat Gan, Israel
- Birkbeck-College, University of London
- Bremische Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung, Bremen
- Brookings Institution, Washington D.C.
- Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln
- Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn
- Canadian Institute of Strategic Studies, Ottawa
- Center for Defense Journalism, Boston University
- Center for International Affairs, Harvard University
- Center for International Relations, Queens University, Kingston, Kanada
- Center for Strategic and International Studies, Washington D.C.
- Center of International Studies, Moscow State Institute of International Relations, Ministry of Foreign Affairs, Moscow
- Center of Peace and Conflict Research at the University of Copenhagen
- Centre Interdisciplinaire des Recherches sur la Paix et d'Etudes de Sécurité (CIRPES), Paris
- Committee for External Relations of the Supreme Soviet of the Republic of Kazakhstan, Alma Ata
- Congressional Research Service, Washington, D.C.
- Deutsche Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DLR), Köln/ Oberpfaffenhofen
- Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), Bonn

- Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Bonn
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN), Bonn
- Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW), Hamburg
- Deutscher Bundestag, Büro für Technikfolgenabschätzung, Bonn
- Europäisches Parlament, Straßburg / Brüssel
- Europa-Institut, Akademie der Wissenschaften Rußlands, Moskau
- Europarat, Forschungssekretariat, Straßburg
- Europarat, Direktion Menschenrechte, Straßburg
- European Institute for Security, Luxemburg
- Federation of American Scientists (FAS), Washington D.C.
- Fondation pour les Etudes de Défense Nationale, Paris
- Forschungsgruppe Europa, Institut für Politikwissenschaft, Johannes-Gutenberg Universität, Mainz
- Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), Heidelberg
- Forschungsstelle Umweltpolitik, Freie Universität Berlin
- Forum Informatik für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung, Hamburg
- Friedensforschung Linz, Österreich
- Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Bonn
- Führungsakademie der Bundeswehr (FüAk), Hamburg
- George Washington University, Washington D.C.
- Gorbatschow-Stiftung für sozialwissenschaftliche und politische Forschung, Moskau
- Hamburger Weltwirtschaftsarchiv (HWWA), Hamburg
- Hans-Böckler-Stiftung (HBS), Düsseldorf
- Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt
- Humboldt-Universität zu Berlin
- IANUS, Institut für Kernphysik, TH Darmstadt
- Innovations- und Technologieberatungstelle, IG-Metall
- Institut Français des Relations Internationales (IFRI), Paris
- Institut für allgemeine Überseeforschung, Hamburg
- Institut für Europäische Politik, Bonn
- Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV), Ruhr-Universität Bochum
- Institut für Internationale Beziehungen, Warschau
- Institut für Internationale Politik und Regionalstudien, FU Berlin
- Institut für Internationale Studien, Bratislava

- Institut für Lehrerfortbildung, Hamburg
- Institut für Politikwissenschaft, Universität Minsk
- Institut für Strategische und Verteidigungsstudien, Budapest
- Institut für Theologie und Frieden, Hamburg
- Institut für USA- und Kanada-Studien, Akademie der Wissenschaften Rußlands, Moskau
- Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der Ukraine, Kiew
- Institute for Defence Studies and Analyses, Neu Delhi, Indien
- Institute for East-West-Security Studies, New York
- Institute for Pedagogics, University of Bishkek, Kyrgyzstan
- Institute for Policy Studies (IPS), Washington D.C.
- Institute for World Policy, New York
- Institute of International Relations, Prag
- Inter Nationes, Hamburg
- International Institute for Strategic Studies (IISS), London
- Jaffee Center for Strategic Studies, Tel Aviv, Israel
- Kazakhstan Association for the Advancement of International Scholarly Projects and Exchanges (KAAISPE), Alma Ata
- King's College, Department of War Studies, London
- Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin
- Landesverteidigungsakademie, Wien,
- Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg
- Massachusetts Institute of Technology (MIT), Cambridge, USA
- MacArthur-Foundation, Chicago
- Militäarakademie der Tschechischen Republik, Brno
- Mohyla-Academy at the University of Kiev, Ukraine
- Naturwissenschaftler für den Frieden, Hamburg
- Österreichisches Institut für Friedensforschung, Stadtschlaining
- Österreichisches Institut für Internationale Politik, Wien
- Orient-Institut, Hamburg
- Ostkolleg, Köln
- Pacific Institute for Studies in Development, Environment and Security, Berkeley
- Panteion University of Social and Political Studies, Institute of International Relations, Athen
- Peace Research Institute Oslo (PRIO), Norwegen
- Purdue University, Indiana, USA
- Quaid-I-Azam Univerity, Islamabad, Pakistan

- Royal Institute of International Affairs, London
- Schweizerische Friedensstiftung, Bern
- Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr (SOWI), Strausberg
- Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Ebenhausen
- Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), Stockholm
- Südosteuropa-Institut, München
- Tampere Peace Research Institute (TAPRI), Finnland
- UNESCO-Institut für Pädagogik, Hamburg
- Ungarisches Institut für Internationale Angelegenheiten, Budapest
- Union of Concerned Scientists, Washington D.C.
- United Nations Institute for Disarmament and Development Research (UNIDIR), Genf
- Université de Montréal, Kanada
- Universität der Bundeswehr, Hamburg
- Universität der Bundeswehr, München
- University of St. Louis, Missouri, USA
- Verein für Friedenspädagogik, Tübingen
- Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW), Berlin
- Volkswagen Stiftung, Hannover
- Zentrum Innere Führung der Bundeswehr, Koblenz

5.4. Resonanz auf die Arbeit des IFSH (Auswahl)

Deutsche sollen dem Frieden dienen

Zehn Jahre lang arbeitete der Politologe und Jurist Dieter S. Lutz unter Egon Bahr im Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) an der Universität Hamburg. Ab 1. Juni übernimmt der 44-jährige die Leitung des Instituts. Der 72-jährige Sozialdemokrat Egon Bahr, früher einer der engsten Vertrauten des im Oktober 1992 verstorbenen Willy Brandt, zieht sich ins Privatleben zurück, um seine Erinnerungen zu schreiben.

Lutz, der 1976, fünf Jahre nach Gründung des Instituts, als Referent seine Laufbahn begann und zuletzt stellvertretender wissenschaftlicher Di-



Leitet vom 1. Juni an das IFSH:
Dieter S. Lutz FOTO: LÜTTGEN

rektor des IFSH war, wünscht sich künftig eine stärkere Zusammenarbeit mit Naturwissenschaftlern und Informatikern. Abgeordnete Offiziere des Bundesverteidigungsministeriums, Beamte des Auswärtigen Amtes und Pädagogen der Hamburger Schulbehörde arbeiten bereits – meist jeweils für ein Jahr – am Institut. Insgesamt sind rund 30 Mitarbeiter – die meisten sind Politologen oder Soziologen – am Institut im Falkenstein beschäftigt. Hauptträger der Einrichtung ist die Hansestadt, die zwei Millionen Mark jährlich stellt. „Wobei wir 300 000 Mark jährlich Miete an Hamburg bezahlen“, sagt Lutz.

Als Forschungsschwerpunkt sieht der künftige Instituts-Chef derzeit die Frage, „die als Auftrag im Grundgesetz festgehalten ist, bisher aber kaum berücksichtigt wurde – Deutsche sollen dem Frieden dienen.“ Nachdem der Ost-West-Konflikt beendet sei, gelte es nun herauszufinden, was Deutschland für eine „notwendige Weltinnenpolitik tun kann“.

Nur ein früher Einsatz hat auch Aussicht auf Erfolg

Von Rainer Tenhaef

Die Wirksamkeit der Konfliktregulierung durch internationale Organisationen begegnet in letzter Zeit starksten Zweifeln, mancher löst UN als „united nothing“ auf. Zugleich wird die Bundesrepublik immer wieder gebeten, sich an Friedensoperationen zu beteiligen. Mit „Möglichkeiten und Grenzen der Konfliktvorbeugung und -vermeidung und der nichtmilitärischen Konfliktlösungen“ befaßte sich am 25. Mai der Auswärtige Ausschuß in einer öffentlichen Anhörung. Die Bemühungen um den Frieden haben es heute weniger mit „klassischen“ Kriegen zwischen Staaten oder Bürgerkriegen zu tun, sondern mit dem neuartigen Typ des ethnosoziellen Konflikts. Das Konfliktpotential ist groß, nach Prof. Ulrich Albrecht gibt es mehrere tausend ethnische Gruppierungen rund um den Globus, davon melden derzeit 280 den Anspruch auf Eigenstaatlichkeit an, die ihnen andere abstreiten. Mehr als 70 dieser Konflikte werden zur Zeit gewaltsam ausgetragen.

Bei den neuen Spannungen und verheerenden Kämpfen erweisen sich sowohl ein verabsolutiertes Selbstbestimmungsrecht der Völker als auch ein Beharren auf dem Prinzip der Nichteinmischung als rechtlich und praktisch höchst problematisch. So kann die internationale Staatengemeinschaft bei ausbrechenden internen Konflikten nicht umgehend handeln, solange das Interventionsverbot (Art. 2 der UN-Charta) strikt gilt. Und darüber waren sich die Sachverständigen einig, daß rechtzeitiges, möglichst präventives Handeln geboten ist, will man nicht einen allzu hohen Preis an Menschenleben für den Frieden und schier endlose Schlichtungsaktivitäten in Kauf nehmen.

Positives Beispiel

Der Völkermord in Ruanda hätte durch „preventive deployment“ wohl vermieden werden können, vermutete Winrich Kühne von der Stiftung Wissenschaft und Politik Ebenhausen. Ein positives Beispiel sei der Blauhelm-Einsatz in Mazedonien. Polizei und Militär könnten für eine Vielzahl von Sicherungsaufgaben eingesetzt werden, die Konfliktparteien auseinanderhalten, eine Eskalation verhindern und so den Rahmen für Verhandlungen und den Erhalt humanitärer Mindeststandards errichten. Politische und soziale Möglichkeiten sowie militärische Mittel seien nicht als Gegensatz zu sehen.

oft genug könne nur ihr Verbund Sicherheit und Stabilität garantieren. Ein „recht erfolgreiches“ ziviles Instrument sei die Wahlbeobachtung, die in vielleicht 30 Fällen zur Verhinderung von Bürgerkriegen beigetragen habe.

Ausdrücklich gegen einen integrierten Einsatz militärischer und nicht-militärischer Mittel wandt sich Albrecht: er gefährde von vornherein die Erwartungssicherheit der Konfliktparteien. Wolle man „gewaltpräventiv eingreifen“, so sei zunächst für eine systematische Erfassung, Beobachtung und Analyse von Konflikten zu sorgen, in Europa etwa durch das Wiener Zentrum für Konfliktverhütung der KSZE. Einen wichtigen Beitrag zur Konfliktbearbeitung könnten die Nicht-Regierungsorganisationen (NGO) mit ihren besseren Zugängen zu Konfliktgruppen leisten. An Krisenherden sollte die UN als „transitional authority“ zeitweise die Regierungsgewalt übernehmen können. Alle Staaten sollten sich verbindlich dem Internationalen Gerichtshof unterwerfen.

Weitreichende Überlegungen entwickelte Reinhard Mutz (Universität Hamburg), nachdem er an die gewalthemmende Wirkung der Abschreckung im Kalten Krieg erinnert hatte. Die bisherige faktische Trennung von Mandat (UN, KSZE) und Kapazität (NATO, WEU) zur Konfliktbearbeitung sei langfristige zu überwinden. Hierzu stelle er das Modell eines demokratisch strukturierten regionalen Systems kollektiver Sicherheit vor, genannt „Europäische Sicherheitsgemeinschaft“. Sie soll über einen „breiten Fächer ziviler Einwirkungsmittel“ verfügen, notfalls aber auch Waffen einsetzen können.

Auch Gunter Pleuger (Auswärtiges Amt) verwies darauf, daß nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation das Eskalationsrisiko für den Verursacher abgenommen habe. Mehr denn je setze Konfliktvorbeugung den Friedenswillen der streitenden Parteien voraus. Minderheiten sollten nicht „Ministaaten“ bilden, aber ihr Schutz könnte im Rahmen der UN verbessert werden. Aus Sicht der Bundesregierung komme der präventiven Stationierung von Blauhelmen wachsende Bedeutung zu. Der Generalsekretär der KSZE, Wilhelm Höyneck, beschrieb Konfliktverhinderung als „Ergebnis hochkomplexer und umfassender Aktivitäten“, die bei Erfolg keine Schlagzeilen machen. Bewährt hätten sich bei der KSZE zur Verhütung innerer Krisen die Langzeit-Missionen z. B. im Baltikum, der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten und das Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte in Warschau. Aus dem zur Rüstungskontrolle entwickelten reichhaltigen Katalog „Vertrauensbildender Maßnahmen“ könnten Erkenntnisse für das Instrumentarium der Konfliktvermeidung gewonnen werden.

Im Gegensatz zu einigen anderen Experten betonte Mohammed Sahnoun, früherer Sonderbeauftragter der UN in Somalia, den Einfluß der Armut auf Konflikte und forderte „Mini-Marshall-Pläne“. Zu ihren Ausführungen hätten die NGO geeigneteres Personal als staatliche Organisationen. Auf einen anderen Faktor, die oft konfliktverschärfende und Positionen verhärtende Wirkung parteilicher Medien, lenkt John Roper (WEU) die Aufmerksamkeit. Es sei Aufgabe besonders der Parlamentarier, bereits vor den Medien die Initiative zu ergreifen.

Gegenläufige Entwicklungen in der Weltpolitik

„Friedensgutachten 1994“ veröffentlicht / Kritik an der Regierung

R.B. FRANKFURT, 7. Juli. Gegenläufige Entwicklungen kennzeichnen die Weltpolitik: Während die Wahl des ersten schwarzen Staatspräsidenten in Südafrika und der Abschluß des Abkommens zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) über eine palästinensische Autonomie zwei alte Konflikte dem Frieden näher brachten, nimmt die Gewalt vor allem in Afrika zu, aber auch in weiten Teilen Zentralasiens und im ehemaligen Jugoslawien. Zu dieser Einschätzung gelangt das „Friedensgutachten 1994“, das die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg und die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung gemeinsam vorgelegt haben. Im ersten Teil des achten, von 29 Wissenschaftlern erarbeiteten und am Donnerstag veröffentlichten Jahresgutachtens geben die Herausgeber Friedhelm Solms, Reinhard Mutz und Gert Krell Empfehlungen, wie Konflikte eingedämmt und Kriege verhindert werden könnten. Sie stützen sich dabei auf die 18 Einzelanalysen im zweiten Teil des Dokuments zu den Vereinten Nationen (UN) und der kollektiven Sicherheit, den globalen Herausforderungen, den Problemen des Friedens in Europa und zu den außereuropäischen Konflikten.

Nach Ansicht der Herausgeber ist die Politik der Bundesregierung unzureichend: „Wir vermessen ein klares Programm zur Förderung des Friedens in der Welt und in Europa. Ohne ein solches Konzept bleibt die ‚neue Verantwortung Deutschlands‘ eine Phrase“, heißt es im Friedensgutachten 1994, das darin der Einschätzung des Vorjahrs gleicht. Das Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, im April 1994 veröffentlicht, werfe mehr Fragen auf, als es beantworte. „Diffus“ blieben die Auskünfte über die Ziele und Rechtsgrundlagen der Einsätze von neu zu schaffenden Krisenreaktionskräften. Zwischen dem „unklaren Auftrag“ der Bundeswehr und ihrer geringen gesellschaftlichen Akzeptanz lasse sich ein Zusammenhang vermuten: 1993 habe die Zahl der Anträge ungedienter Wehrpflichtiger auf Verweigerung den höchsten Stand seit Gründung der Bundeswehr erreicht. Mit Blick auf den Waffenexport bezeichnen es die Herausgeber als „alarmierend“, daß der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) die Regierung aufgefordert habe, die Exportkontrollen den „Notwendigkeiten der europäischen und transatlantischen Zusammenarbeit anzupassen“. Die Bundesregierung zeige zunehmend Bereitschaft, dieser Forderung nachzukommen.

Der Zustand der Sicherheit in Europa biete Anlaß zu ernster Sorge, heißt es weiter. Die kriegerischen Konflikte hätten sich nicht abgeschwächt. Der Westen habe den Einfluß der Russen auf die Serben im Balkankrieg begrüßt. Das habe die Nato jedoch nicht davon abgehalten, ihr Vorgehen

unter Ausschluß Rußlands abzustimmen, einschließlich eines weiteren Ultimatum und demonstrativen Waffengebrauchs. Die „Politik der freien Hand“, die der Westen im ehemaligen Jugoslawien zeitweise geführt habe, finde ihre Entsprechung in der Politik Rußlands in Krisengebieten an seinen Außengrenzen: „Beides läuft auf Vorherrschafts- und Einflußzonenbildung hinaus und steht dem Konzept gleicher Sicherheit für alle Staaten direkt entgegen.“

Das Gutachten fordert aufgrund von „Fehlentwicklungen“ dazu auf, die Grundlagen der europäischen Sicherheitspolitik zu überdenken. Westeuropa habe Osteuropa seine Botschaft von Demokratie übermittelt, die auf dem Grundsatz gleicher Rechte und gleicher Pflichten beruhe. Dieses Prinzip müsse über die innerstaatlichen Ordnungen hinaus die Beziehungen zwischen den Staaten bestimmen. In eine Sackgasse führe deshalb der deutsche Vorschlag, die westliche Allianz Land für Land nach Osten auszudehnen. Rußland jedoch den Zutritt auf Dauer zu verweigern.

Als angemessene Lösung für die Aufgaben der Friedenswahrung in Europa fordert das Gutachten ein regionales System kollektiver Sicherheit nach dem Prinzip des konsequenten Einstehens der Gemeinschaft für die Sicherheit jedes einzelnen Mitglieds. Ein solches System sei aus den bestehenden Ansätzen zu entwickeln: aus der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, dem Verhandlungsprozeß über Minderheiten- und Grenzkonflikte („Balladur-Plan“ und „Stabilitätspakt“), der Nato-Partnerschaft für den Frieden. Als Schlüsselstein unerlässlich sei ein Vertrag, der Kompetenzen und Pflichten, Verfahren und Instrumente verbindlich festlege mit dem Ziel, die Entscheidung über den Gewalteinsatz aus der Verfügung der Einzelstaaten und Interessenkoalitionen herauszulösen und der internationalen Rechtsgemeinschaft zu übertragen.

Das Dilemma der UN liege darin, daß sie sich wegen der steigenden Zahl von Kriegen einer größeren Nachfrage nach Möglichkeiten zur Konfliktlösung gegenübersahen, aber nicht über die erforderlichen Mittel zu ihrer Befriedung verfügten. Die Studie über die „Vereinten Nationen und die kollektive Sicherheit“ empfiehlt die Stärkung der „zivilen Konfliktlösungskompetenz“ durch präventive Diplomatie und Frühwarnrichtungen. Es könne einen Aggressor abschrecken, wenn er sich beobachtet wisse. Darüber hinaus gelte es, die Wirksamkeit von Wirtschaftsanktionen zu steigern, den Internationalen Gerichtshof als Instrument der Streitschlichtung zu nutzen. Die wichtigste Erfolgsbedingung für die UN bleibe die Bereitschaft der Konfliktparteien zur Zusammenarbeit. Zu den Einzelanalysen zählen auch Aufsätze über die amerikanische Außenpolitik, das Wasser als Ressource, nukleare Abrüstung und Nichtverbreitung von Kernwaffen, die Entwicklungen in Schwarzafrika.

Konzepte für Frieden angemahnt

Wissenschaftler Lutz: Politiker verpassen Jahrhundertchance

HAMBURG, 5. Oktober (dpa). Der Hamburger Friedensforscher Dieter Lutz hat bundesdeutschen Politikern Konzeptionslosigkeit in der Friedens- und Sicherheitspolitik vorgeworfen. Gerade auch die Bundesrepublik sei dabei, eine Jahrhundertchance, die sich vor fünf Jahren aus dem Ende des Ost-West-Konflikts ergeben habe, zu verpassen, sei es bei der Lösung von Konflikten wie im früheren Jugoslawien oder bei der Neugestaltung der NATO. „Es gab noch nie eine so günstige Chance, die Welt in Ordnung zu bringen“, betonte Lutz in einem dpa-Gespräch. Nicht einmal ansatzweise seien Überlebensfragen der Menschheit wie Hunger, Massenarbeitslosigkeit oder Ressourcenvernichtung gelöst. Lutz leitet seit dem Weggang des SPD-Sicherheitspolitikers Egon Bahr das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg-Blankenese.

Fünf Jahre lang sei es versäumt worden, eine stabile Friedenssicherheitsordnung — ein regionales System kollektiver Sicherheit in und für Europa — aufzubauen, sagte Lutz. Stattdessen sei Europa ge-

genwärtig in vier Zonen ungleicher Sicherheit aufgeteilt: in die Staaten von NATO, Europäischer Union und Westeuropäischer Union, in das nach innen instabile Rußland, in die konfliktreichen ehemals russisch dominierten GUS-Staaten und in die „nach Westen tendierenden“ Staaten in Mittel- und Osteuropa.

In dieser Situation sei jedoch nicht nur die Politik, sondern auch die Wissenschaft gefordert. „Bezweifelt werden muß allerdings, ob die bisherigen knappen finanziellen und personellen Ressourcen der Friedensforschung zur Bewältigung der anstehenden Aufgaben ausreichen.“ Auch die Wirtschaft müsse deshalb angesichts knapper staatlicher Mittel zur wissenschaftlichen Förderung herangezogen werden, denn es liege auch in ihrem Interesse, friedliche Prozesse zu intensivieren.

Lutz schlug die Gründung eines Forums „Blankeneser Gespräche“ mit Vertretern aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Medien und Militär vor, die praxisorientiert über strategische Überlebensfragen diskutieren sollten. Dafür brauche das Institut jedoch Mäzene.

Frankfurter Rundschau vom 6. Oktober 1994

Zwingt der Klimawandel Menschen zur Flucht?

Von CLAUDIA EHRENSTEIN

Hamburg - Die Prognosen für die Umwelt stehen schlecht: Treibhausgase in der Atmosphäre nehmen zu, Temperaturen steigen und Grundwasserspiegel sinken. Wüsten wachsen und Ackerflächen schrumpfen. Immer mehr Menschen drängen sich auf immer engerem Raum. „Die Veränderungen sind offensichtlich“, sagt Dieter S. Lutz, Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. „Und die Konsequenzen sind schlimmer, als wir uns ausmalen können.“ Die Zerstörung der Natur wird immer mehr Menschen zwingen, ihre Heimat zu verlassen. Schon heute soll die Zahl der Umweltflüchtlinge mehr als eine halbe Milliarde betragen.

Verödete Acker und Weiden, Mißernten und Hunger haben vermutlich einst die Völker Zentralasiens zum Aufbruch gezwungen. Ihre Wanderungen begannen in einer Phase niedriger Temperaturen und langer Trockenperioden, Folgen natürlicher Klimaschwankungen. Auch Vulkanausbrüche und Erdbeben haben Menschen seit jeher aus ihrem angestammten Lebensraum vertrieben.

Heute jedoch verursacht auch der Mensch Umweltveränderungen: Seine Stauseen überfluten Täler, großflächige Tagebaue zerstören ganze Landstriche und vertreiben die dort lebenden Menschen. Mit seinen Aktivitäten beeinflusst der Mensch das Klima und damit die Umwelt. Ein Beispiel: der Meeresspiegelanstieg.

Die langsame Erwärmung der Erde, so die Berechnungen der amerikanischen Umweltbehörde Epa, wird die Meere bis zum Jahr 2100 weltweit um einen halben bis zu zwei Meter ansteigen lassen. Fünf Millionen Quadratkilometer Land entlang der Küsten sind dadurch in Gefahr, überflutet zu werden. Das sind nur drei Prozent der gesamten Landfläche der Erde, aber ein Drittel des verfügbaren Ackerlandes. Mehr als eine Milliarde Menschen leben dort - potentielle Umweltflüchtlinge.

Zu den zehn am stärksten gefährdeten Ländern gehört Bangladesch, einer der ärmsten und am dichtesten bevölkerten Staaten der Welt. Schon heute können Sturmfluten bis zu 180 Kilometer weit ins

Landesinnere vordringen. 1970 forderte der schwerste Sturm dieses Jahrhunderts mehr als 300 000 Tote. 1985 wurden mehr als 1,3 Millionen Menschen bei einer Sturmflut obdachlos. Ein weiterer Anstieg des Meeresspiegels um 1,5 Meter würde 16 Prozent des Landes überfluten - eine Fläche, die derzeit von rund 15 Millionen Menschen besiedelt wird; eine Zahl, die weiter anwächst. Im schlimmsten Fall ist allein in Bangladesch mit 40 Millionen Umweltflüchtlingen zu rechnen.

Doch der Mangel an geeigneten Massentransportmitteln würde ihre Flucht unmöglich machen.

„Wanderungen wären nur über kurze Distanzen möglich“, sagt Lutz, „aber kein Land könnte so viele Menschen aufnehmen.“ Bliebe für die Regierung eines betroffenen Landes nur die Möglichkeit, ihre Einwohner vor Ort zu schützen. In den Niederlanden, so ergaben Berechnungen, würde die Aufstockung der Deiche 40 Milliarden Gulden kosten. Entsprechende Ausgaben für den Bau von Deichen könnte sich Bangladesch keinesfalls leisten. „Die verantwortlichen Machthaber werden Mittel finden, das Geld von den reichen Industrienationen zu erpressen“, befürchtet Lutz. Seine Prognose: „Verzweifelte Menschen könnten zum Beispiel einen Öltanker kapern und drohen, ihn auf der Elbe in die Luft zu sprengen.“ Und: „Auch die Länder der Dritten Welt haben längst das Wissen und die geeigneten Labors, um biologische Waffen herzustellen.“

Derzeit, so Lutz, gebe es noch keine ernsthaften Bestrebungen, den Trend zur Klimaerwärmung und die daraus resultierenden politischen Folgen aufzuhalten. „Erst wenn die Katastrophe eingetreten ist, wird sich etwas ändern“, befürchtet Lutz. „Was wir daher brauchen, ist eine kollektive Organisation, die sich künftig um das Klima kümmert.“ Eine mögliche Aufgabe für die Berliner Klimakonferenz im kommenden Frühjahr. Lutz: „Wenn es schon keine Einigkeit über Maßnahmen zum weltweiten Klimaschutz gibt, sollte die internationale Staatengemeinschaft zumindest Krisenpläne entwickeln, wie den betroffenen Menschen im Katastrophenfall wirklich geholfen werden kann.“

Bundeswehr in Bosnien?

NATO-Einsätze würden keinen Frieden schaffen.

VON REINHARD MUTZ

Deutsche Tornado-Jets mit Kampfauftrag nach Bosnien? Vielen, die Schlüsselrollen spielen im balkanischen Kriegspoker, kommt der Vorschlag zupaß. Da ist der amerikanische Präsident, dem ein autsassiger Kongreß im Nacken sitzt. Ginge es nach ihm, würde jetzt kurzer Prozeß gemacht und die Sache unter den Streitenden ausgefochten – mit energischer Waffenhilfe an die moslemische Seite.

Aber auch Briten und Franzosen sind ihres Parts überdrüssig. Sie haben täglich mehr Grund, um ihre Blauhelm-Soldaten am Boden zu fürchten und wurden sich gern aus der NATO-Drohkulisse zurückziehen, am liebsten ohne Gesichtsverlust. Deutsche Ablösung wäre willkommen. Sie könnte Balsam sein auf die blankliegenden Nerven der zerstrittenen Bündnispartner. Also Solidarität für eine vorilere Sache?

Seitdem sich das Konfliktmanagement aus den UN-Gremien heraus- und in die NATO-Gremien hineinverlagert hat, probt man die Quadratur des Kreises. UNPROFOR-Truppen feilschen um jeden lokalen Waffenstillstand, verhandeln blockierte Konvois frei, organisieren den Austausch von Gefangenen, schützen so gut sie können Zivilisten, versorgen Eingeschlossene mit dem Lebensnötigsten. Ihr Geschäft ist die Hilfe für Opfer, ihre Geschäftsgrundlage die Unparteilichkeit. Gleichzeitig fliegen Kampjets derselben Staaten Angriffe gegen eine der Konfliktparteien. Halb humanitäres Peacekeeping zu Lande, halb Kriegsführung aus der Luft, das geht nicht zusammen. Es hat den Frieden nicht näher gebracht.

Je mehr der Westen auf die militärische Karte setzt, um so unhaltbarer wird die Lage der Blauhelme vor Ort. Aber auch nach einem Ende der Kampfhandlungen würden sie dort noch gebraucht

werden. Die Glaubwürdigkeit der NATO ist die eine Frage. Eine andere ist die ungleich bedeutsamere: Wie können die geschundenen Menschen in einem versinkenden Land ein Mindestmaß an Frieden wiederfinden? Dazu steuert der Vorschlag der deutschen Beteiligung am Krieg nichts bei.

Der Karlsruher Richterspruch vom vergangenen Sommer hat die verfassungsrechtlichen Hürden gegen exterritoriale Bundeswehreinsätze weggeräumt. Juristisch dürften wir also mitschießen – sollen wir auch politisch? Einige scharren schon mit den Füßen. »Einen Segen für die Bundeswehr« nannte ein kommandierender General des deutschen Heeres die glücklose Somalia-Expedition vor Jahresfrist: Schließlich müsse eine Armee nicht nur wissen, sondern auch erfahren können, wofür sie da sei.

Das Bonner Kabinett und der Bundestag sollten sich von anderen Erwägungen leiten lassen. Im ehemaligen Jugoslawien stehen nicht nur die Feinde von heute, sondern auch die Gespenster der Vergangenheit gegeneinander. Von deutschem Boden wird nur Frieden ausgehen, heißt es im Vereinigungsvertrag. Frieden läßt sich nicht herbeibomben. ■

Reinhard Mutz ist stellvertretender Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg.

Wochenpost vom 8. Dezember 1994

Im Namen Baudissins



Bundesverteidigungsminister Volker Rühle nach der Enthüllung des neuen Namensschildes der Kaserne in Osdorf mit Dagmar Gräfin von Baudissin. Foto: BODIG

Ehrung für Friedensforscher: Schwartzkopff-Kaserne umbenannt

Von RALF NEHMZOW

Für einen Moment war das Wetter dem Protokoll gnädig: Aus düsteren Regenwolken blinzelte die Sonne hervor, als Bundesverteidigungsminister Volker Rühle (CDU) gestern nachmittag in Begleitung von Dagmar Gräfin v. Baudissin und Bürgermeister Henning Voscherau vor das Tor der General-Schwartzkopff-Kaserne am Blomkamp in Osdorf trat. Mit einem Schwung riß der Minister die graue Plane von dem neuen Namensschild und verkündete: „Hiermit benenne ich die General-Schwartzkopff-Kaserne um in die Generalleutnant-Gravon-Baudissin-Kaserne.“

Rund 450 Gäste aus der Politik und der Bundeswehr, aber auch Freunde und Angehörige der Baudissin'schen Familie waren zum Festakt geladen, als die Kaserne, in der Teile der Führungsakademie untergebracht sind, ihren neuen Namen erhielt: darunter die Ehefrau des im vergangenen

Jahr verstorbenen Grafen, Dagmar Gräfin v. Baudissin, General Ulrich de Maiziere sowie der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Klaus Naumann.

Es war die Ehrung für einen Mann, der als einer der Väter des Bundeswehr-Konzepts der „Inneren Führung“ mit dem Leitbild „Staatsbürger in Uniform“ gilt: Wolf Graf v. Baudissin. Im Zweiten Weltkrieg gehörte er als Major dem Generalstab von Feldmarschall Rommel im Afrikakorps an, zwischen 1941 und 1947 war er in Kriegsgefangenschaft. Baudissin selbst hatte noch den „Kadavergehorsam“ deutscher Militärs kennengelernt – als Oberst wurde er 1956 in die neue Bundeswehr übernommen.

Rühle würdigte in seiner Festrede Baudissin als „eine herausragende Persönlichkeit und einen Offizier, dessen Name und Wirken untrennbar mit der Bundeswehr verbunden sind.“ Baudissin wußte, „daß nationale Enge den Frieden nicht erhalten

kann“. Die Werteerziehung auf der Grundlage der Inneren Führung sei „eine eindrucksvolle Bestätigung der Ideen von Baudissin“. Überdies äußerte sich Rühle auch zur Frage der NATO-Mitgliedschaft mittel- und osteuropäischer Staaten: „ich bin überzeugt, daß die erweiterte Mitgliedschaft bis zum Jahr 2000 möglich sein wird.“

Bürgermeister Voscherau würdigte unter anderem Baudissins Rolle als Friedensforscher, der von 1971 bis 1984 Gründungsdirektor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Hamburger Universität war. Voscherau: „Blinder Gehorsam und demokratische Armee sind, das war seine Überzeugung, nicht vereinbar.“ Seit 1965 trug die Kaserne den Namen von Günter Schwartzkopff. Er war einst als Oberst Kommandore des Sturzkampf-Geschwaders 165 und fiel 1940. Posthum wurde er zum Generalmajor befördert.

Hans-Joachim Gießmann/Ursel Schlichting (Hrsg.)

Handbuch Sicherheit

Militär und Sicherheit in Mittel- und Osteuropa

Daten – Fakten – Analysen

Knapp sechs Jahre nach der politischen Zeitenwende in Europa wird in diesem Handbuch erstmals der Versuch unternommen, einen wichtigen Ausschnitt der gesellschaftlichen Transformation in den ost- und mitteleuropäischen Staaten – die Militär-, Rüstungs- und Sicherheitspolitik – umfassend und detailliert zu dokumentieren und, soweit bereits möglich, kritisch zu analysieren. Der Leser erhält Zugang zu den wichtigsten Daten, Informationen und Konzeptionen, die der militär- und sicherheitspolitischen Neuorientierung in 22 mittel- und osteuropäischen Staaten nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zugrunde liegen. Die synoptische Darstellung in Form von Länderkapiteln ermöglicht dem Leser sowohl einen tiefgehenden Einblick in die Situation und Interessenlage der Einzelstaaten als auch eine vergleichende regionale Perspektive entlang der untersuchten Schwerpunkte. Unerlässlich als reiche Informationsquelle wendet sich das Buch sowohl an Fachwissenschaftler als auch an Studierende, Journalisten und an den allgemein politisch interessierten Leser.

1995, 460 S., brosch., 48,- DM, 374,50 öS, 48,- sFr,

ISBN 3-7890-3763-X

(Demokratie, Sicherheit, Frieden, Bd. 91)



NOMOS VERLAGSGESELLSCHAFT
Postfach 610 • 76484 Baden-Baden



S+F

Jahrgang 10
Heft 2 · 1992
ISSN 0175-274X

Herausgeber: Dieter S. Lutz
Mitherausgeber: Detlef Bald, Joachim Betz,
Susanne Bund, Helmut Fröchling,
Wolfgang Gessenharter, Martin Kutz,
Ekkehard Lippert, Erwin Müller
Redaktion: Günter Quast, Ursel Schlichting

Vierteljahresschrift für
Sicherheit und Frieden

Themenschwerpunkt:

Die Welt von morgen

Dieter Senghaas: Die Welt als Schrecken

Dieter S. Lutz: Endet die Zukunft in der Gegenwart?

Ernst-Otto Czempel: Demokratie und Frieden

Katrin Fuchs: Zweitausendunddreißig

Willy Brandt: Was uns bedrängte im Kalten Krieg

Erwin Müller: Schöne neue Welt? Das amerikanische Konzept einer
»Neuen Weltordnung«

Lothar Gutjahr: Globale Konflikteindämmung

Außerhalb des Themenschwerpunktes:

Jürgen Rose: Im Westen etwas Neues?

Götz Neuneck/Wolfgang Liebert: Das Nuklearerbe der Sowjetunion
als Proliferationsproblem

Horst Fischer: Die Proliferation von Massenvernichtungswaffen und der
Begriff der Friedenssicherung



Nomos Verlagsgesellschaft
7570 Baden-Baden